Stadtarchiv Mannheim

Nachlaß

Hermann Heimerich

Zugang: 24/1972

176

Best.-Nr. 16583/1. Regis GmbH. Bonn-Beuel. Nachdruck verb.

SÜDWESTSTAAT

II

ab 1.1.1950

III/2

ELBA
Universal

Der Landesbezirk Baden

1.) Artikel 44 der württembergisch-badischen Verfassung vom 30. November 1946 lautet:

"Das Staatsgebiet besteht derzeit aus den in der Anlage aufgeführten Gebietsteilen der Länder Württemberg und Baden.
Entsprechend seiner früheren Zugehörigkeit zu Württemberg und Baden gliedert sich derzeit das Staatsgebiet in die Landesbezirke Württemberg und Baden, deren gleiche Gliederung und Selbstverwaltung gesichert und durch Gesetz geregelt werden."

In dem Kommentar zur württembergisch-badischen Verfassung von Dr. Nebinger heißt es in Anmerkung 3:

"Die gleiche Gliederung und Selbstverwaltung der beiden Landesbezirke sollen gesichert und durch Gesetz geregelt werden. Der Wille des Verfassungsgesetzgebers geht demnach dahin, daß die beiden Landesteile gleichberechtigte Verwaltungsbezirke sein sollen, die eine gewisse Selbständigkeit genießen."

2.) Die Landtagsdrucksache Beilage 420, ausgegeben am 10. Dezember 1947 enthält den Entwurf eines Gesetzes Nr. 186 über die Neuordnung der Verwaltung der Landesbezirke Württemberg und Baden. Eine Abschrift dieses Entwurfs liegt bei. Die erste Beratung des Gesetzentwurfs hat im württ.-badischen Landtag am 30. Januar 1948 stattgefunden, die Fortsetzung dieser Beratung am 5. Februar 1948. Der Gesetzentwurf ist dann einem Sonderausschuß von 20 Mitgliedern überwiesen worden. Diesem Sonderausschuß gehörten folgende Abgeordnete an:
CDU: Harter, Brendle, Kühn, Ersing, Walter, Dr. Maria Friedemann, Schwan und Dr. Kaufmann-Bühler,

-/-

./.

SPD: Gehring, Möller, Lausen, Dr. Knorr, Pflüger und Fischer,
DVP: Dr. Haußmann, Dr. Heuss, Dr. Kessler, Schloß,
KPD: Boepple und Schätzle.

Mit der Landtagsdrucksache Beilage 606, ausgegeben am 17. Juni 1948, hat der 20köpfige Sonderausschuß seinen Bericht über die Verhandlungen des Sonderausschusses dem Landtag vorgelegt. Berichterstatter war Abgeordneter Dr. Kessler, Mitberichterstatter Abgeordneter Walter. Es ergab sich nach dem Bericht ein etwas abgeänderter Gesetzentwurf gemäß der Landtagsdrucksache Beilage 560, ausgegeben am 4. Mai 1948. Eine Abschrift dieser Beilage liegt an.

-/-

In der Sitzung des württ.-badischen Landtags vom 21. Juli 1948 sollte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs mit den Anträgen des Sonderausschusses stattfinden. Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes gab der Landtagspräsident bekannt, daß der am 15. Juli an die Herren Fraktionsvorsitzenden folgendes Schreiben gerichtet habe:

"Bei den wiederholten Besprechungen im Ältestenrat über die Frage, wann der Sonderausschuß für das Landesbezirksverwaltungsgesetz vor der Vollversammlung Bericht erstatten und die zweite Beratung dieses Gesetzes stattfinden soll, war die Meinung vorherrschend, daß die Vereinigung des Landes Württemberg und Baden mit Süd-Baden und Süd-Württemberg-Hohenzollern noch in unabsehbarer Zukunft liegt. Auf dieser Annahme beruhte auch der Beschluß des Landtags in der 79. Sitzung vom 9. Juli 1948, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten, am 21. Juli stattfindenden Sitzung zu setzen. Inzwischen ist insofern eine wesentliche Änderung der Lage eingetreten, als durch die den Ministerpräsidenten der Länder der westlichen Zonen durch die Militärgouverneure gemachten Eröffnungen der Weg zur baldigen Vereinigung der südwestdeutschen Länder zu einem gemeinsamen Staat freigemacht worden ist. Es kann nun damit gerechnet werden, daß die ersten entscheidenden Schritte zur Vereinigung von ganz

Württemberg und ganz Baden einschließlich Hohenzollern in naher Zukunft getan werden. In dieser Lage dürfte es sich nicht empfehlen, ein Gesetz zu verabschieden, das eine Verwaltungsorganisation zu errichten bestimmt ist, die in ihren Grundzügen und Auswirkungen zugleich für die südlichen Teile von Baden und Württemberg von prinzipieller Bedeutung sein wird. Ich möchte deshalb hiermit die Anregung geben, von der Beratung des erwähnten Gesetzentwurfs vorläufig abzusehen und zunächst die weitere Entwicklung der Vereinigungsbemühungen abzuwarten. Falls die Fraktionsvorsitzenden meiner Anregung zustimmen würden, würde ich dem Plenum in der nächsten Sitzung den Vorschlag unterbreiten, den 2. Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und dafür die Berichte des Finanzausschusses und des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses über die diesen Ausschüssen überwiesenen Anträge zur Währungsreform auf die Tagesordnung zu setzen."

Die Vorsitzenden der drei großen Fraktionen des Landtags haben zu diesem Vorschlag ihre Zustimmung ausgesprochen. Es wurde in die weitere Beratung des Gesetzentwurfs nicht mehr eingetreten und kurz darauf, wahrscheinlich in der Landtagssitzung am 23. Juli 1948, folgender Antrag der Abgeordneten Wiedemeier, Gehring und Dr. Haußmann angenommen:

> "Die Staatsregierung wird beauftragt, mit den Regierungen der Länder Süd-Württemberg-Hohenzollern und Baden unverzüglich in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel einer baldigen Vereinigung der Länder Württemberg-Baden, Süd-Württemberg-Hohenzollern und Baden."

Seither ist der Gesetzentwurf über die Neuordnung der Verwaltung der Landesbezirke Württemberg und Baden nicht mehr beraten worden.

3.) In der Sitzung des württembergisch-badischen Landtags am 12. Oktober 1949 wurde die erste Beratung eines Gesetzes Nr. 1067 über die Zuständigkeit für die Ernennung usw. von Beamten des Landes Württemberg-Baden behandelt. Auf Antrag

./.

des Abgeordneten Kessler wurde der Gesetzentwurf an den Ständigen Ausschuß überwiesen.

Eine Abschrift des Gesetzentwurfs Beilage 1321, ausgegeben am 30. September 1949, liegt an. Die zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes Nr. 1067 über die Zuständigkeit für die Ernennung von Beamten des Landes Württemberg-Baden mit dem Antrag des Ständigen Ausschusses (Beilagen 1321 und 1438) erfolgte in der Sitzung des Landtags vom 30. November 1949. Der Gesetzentwurf wurde, wie der Landtagspräsident feststellte, mit übergroßer Mehrheit angenommen. Die endgültige Fassung des Gesetzes dürfte aus dem Württembergisch-badischen Gesetzblatt hervorgehen. Eine entsprechende Anlage soll beigefügt werden. -/- -/-

4.) In der Sitzung des württembergisch-badischen Landtags am 10. November 1949 wurde dann ein Antrag des Finanzausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Möller und Genossen angenommen betreffend die Aufstellung eines gemeinsamen Haushalts für die beiden Landesteile. Es handelt sich um die Landtagsdrucksache Beilage 1332 und Beilage 1371. -/-

Abschrift.

Entwurf eines Gesetzes Nr. 186 über die Neuordnung der Verwaltung der Landesbezirke Württemberg und Baden.

Zur Ausführung des Art. 44 der Verfassung für Württemberg-Baden hat der Landtag am ..... das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

Art. 1

(1) Württemberg-Baden ist eine Verwaltungseinheit.

(2) Die oberste Leitung der Verwaltung steht, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen, dem Ministerpräsidenten, der Landesregierung und den Ministerien zu.

Art. 2

(1) Die Landesbezirke Württemberg und Baden werden in Regierungsbezirke eingeteilt.

(2) Aus dem Landesbezirk Baden wird ein Regierungsbezirk gebildet.

(3) Die Einteilung des Landesbezirks Württemberg in einen oder mehrere Regierungsbezirke wird einem späteren Gesetz vorbehalten.

(4) Die Grenzen der Regierungsbezirke können nur durch Gesetz geändert werden. Eine Veränderung der Grenzen von Gemeinden, die verschiedenen Regierungsbezirken angehören, hat die Veränderung der Grenzen der Regierungsbezirke ohne weiteres zur Folge.

Art. 3

Die Regierungsbezirke sind Bezirke der staatlichen Verwaltung und der Selbstverwaltung.

Art. 4

(1) Die staatliche Behörde des Regierungsbezirks ist das Regierungspräsidium.

(2) Das Regierungspräsidium wird vom Regierungspräsidenten geleitet, der vom Ministerpräsidenten ernannt wird. Ihm werden die zur geordneten Verwaltung erforderlichen Beamten und Angestellten zugeteilt. Es kann auch ein ständiger Stellvertreter bestellt werden, der die Amtsbezeichnung Regierungsvizepräsident führt.

(3) Der Regierungspräsident ist Dienstvorgesetzter der Beamten und Angestellten des Regierungspräsidiums und der ihm nachgeordneten Behörden.

(4) Dienstvorgesetzter des Regierungspräsidenten ist der Innenminister.

Art. 5

Das Regierungspräsidium wird in Abteilungen gegliedert. Das Nähere wird durch die Geschäftsordnung bestimmt, die von der Landesregierung erlassen wird. Es kann darin auch Bestimmung darüber getroffen werden, welche Angelegenheiten im Büroweg und welche durch Kollegialbeschluß zu erledigen sind.

Art. 6

(1) Das Regierungspräsidium ist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zuständig:

a) zur Ausübung der staatlichen Aufsicht über die Gemeinden und Kreise sowie über die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die sich auf das Gebiet des Regierungsbezirks beschränken;

b) für alle Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, soweit sie nicht anderen Behörden der allgemeinen Landesverwaltung oder Sonderverwaltungsbehörden übertragen oder dem Ministerpräsidenten, der Landesregierung oder den Ministerien vorbehalten sind.

(2) Die Oberleitung steht dem Ministerpräsidenten, der Landesregierung und den Ministerien zu.

(3) Die Zuständigkeiten der Regierungspräsidien werden durch eine Zuständigkeitsordnung geregelt, die von der Landesregierung erlassen wird.

Art. 7

Bis zur Bildung eines oder mehrerer Regierungsbezirke für den Landesbezirk Württemberg werden die Aufgaben des Regierungspräsidiums von den Ministerien wahrgenommen, in deren Geschäftskreis die betreffenden Angelegenheiten fallen.

Art. 8

(1) Die Land- und Stadtkreise eines Regierungsbezirks werden je zu einem Bezirksverband zusammengeschlossen. Der Bezirksverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (Zweckverband). Sein Zweck ist die gemeinsame Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben, die ihm durch Gesetz oder Verbandssatzung übertragen werden. Er verwaltet sich selbst unter eigener Verantwortung.

(2) Die Rechtsverhältnisse des Bezirksverbands werden, soweit sie nicht durch Gesetz geregelt sind, durch die Verbandssatzung geordnet. Diese kann von den Land- und Stadtkreisen vereinbart werden; kommt eine Einigung nicht zustande, so wird die Verbandssatzung von der Aufsichtsbehörde festgesetzt. Die Verbandssatzung muß Bestimmungen enthalten über Mitglieder, Aufgaben, Namen und Sitz, Vertretung und Verwaltung des Verbands, Aufbringung der Mittel zur Deckung des Aufwands, so-

wie über Art der öffentlichen Bekanntmachungen. Die Bestimmungen über die Vertretung und Verwaltung des Bezirksverbands sollen den Vorschriften über die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden angeglichen werden. Im übrigen sind die gesetzlichen Vorschriften über Zweckverbände sinngemäß anzuwenden. Die Verbandssatzung und jede Änderung bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(3) Der Bezirksverband steht unter staatlicher Aufsicht, die vom Regierungspräsidium ausgeübt wird.

(4) Im Landesbezirk Württemberg werden die Land- und Stadtkreise erst mit der Bildung eines oder mehrerer Regierungsbezirke zu einem oder mehreren Bezirksverbänden zusammengeschlossen.

Art. 9

Das Gesetz tritt am ..... in Kraft.

Art. 10

Soweit nicht die Landesregierung für zuständig erklärt ist, wird das Gesetz vom Innenministerium vollzogen.

Stuttgart, den .....

Die Regierung

des Landes Württemberg-Baden.

Abschrift.

Der Sonderausschuß hat nach Beendigung der Zweiten Beratung beschlossen, dem

Entwurf eines Gesetzes Nr. 186
über die Neuordnung der Verwaltung der Landesbezirke
Württemberg und Baden

folgende neue Fassung zu geben:

Ohne der im Art. 107 der Verfassung vorgesehenen Regelung bei einer Wiedervereinigung der Länder Süd-Baden, Süd-Württemberg und Hohenzollern und Württemberg-Baden vorzugreifen, hat der Landtag in Ausführung des Art. 44 der Verfassung am ..... das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Art. 1

(1) Württemberg-Baden ist eine Verwaltungseinheit.

(2) Die oberste Leitung der Verwaltung steht, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen, dem Ministerpräsidenten, der Landesregierung und den Ministerien zu.

Art. 2

(1) Das Land Württemberg-Baden wird in die Landesbezirke Nord-Württemberg und Nord-Baden eingeteilt.

(2) Die Grenzen der Landesbezirke können nur durch Gesetz geändert werden. Eine Veränderung der Grenzen von Gemeinden, die verschiedenen Landesbezirken angehören, hat die Veränderung der Grenzen der Landesbezirke ohne weiteres zur Folge.

Art. 3

Die Landesbezirke sind Bezirke der staatlichen Verwaltung und der Selbstverwaltung.

Art. 4

(1) Die staatliche Behörde des Landesbezirks ist das Landesbezirkspräsidium.

(2) Das Landesbezirkspräsidium wird vom Landesbezirkspräsidenten geleitet, der vom Ministerpräsidenten ernannt wird. Dem Landesbezirkspräsidium werden die zur geordneten Verwaltung erforderlichen Beamten und Angestellten zugeteilt. Es kann auch ein ständiger Stellvertreter bestellt werden, der die Amtsbezeichnung Landesbezirksvizepräsident führt.

(3) Der Landesbezirkspräsident ist Dienstvorgesetzter der Beamten und Angestellten des Landesbezirkspräsidium und der ihm nachgeordneten Behörden.

(4) Dienstvorgesetzter des Landesbezirkspräsidenten ist der Innenminister.

Art. 5

Das Landesbezirkspräsidium wird in Abteilungen gegliedert, die der Gliederung der Ministerien tunlichst entsprechen. Das Nähere wird durch die Geschäftsordnung bestimmt, die von der Landesregierung nach Anhörung des Landesbezirkspräsidiums erlassen wird.

Art. 6

(1) Das Landesbezirkspräsidium ist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zuständig:

a) zur Ausübung der staatlichen Aufsicht über die ~~die~~ Gemeinden und Kreise sowie über die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die sich auf das Gebiet des Landesbezirks beschränken;

b) für alle Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, soweit sie nicht anderen Behörden der allgemeinen Landesverwaltung oder Sonderverwaltungsbehörden übertragen oder dem Ministerpräsidenten, der Landesregierung oder den Ministerien vorbehalten sind.

(2) Die Oberleitung steht dem Ministerpräsidenten, der Landesregierung und den Ministerien zu.

(3) Die Zuständigkeiten der Landesbezirkspräsidien werden durch eine Zuständigkeitsordnung geregelt, die vom Landtag zu verabschieden ist.

Art. 7

(1) Die Land- und Stadtkreise eines Landesbezirks werden zu je einem Bezirksverband zusammengeschlossen. Der Bezirksverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (Zweckverband). Sein Zweck ist die gemeinsame Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben, die ihm durch Gesetz oder Verbandssatzung übertragen werden. Er verwaltet sich selbst unter eigener Verantwortung.

(2) Die Rechtsverhältnisse des Bezirksverbands werden, soweit sie nicht durch Gesetz geregelt sind, durch die Verbandssatzung geordnet. Diese kann von den Land- und Stadtkreisen vereinbart werden; kommt eine Einigung nicht zustande, so wird die Verbandssatzung von der Aufsichtsbehörde festgesetzt. Die Verbandssatzung muß Bestimmungen enthalten über Mitglieder, Aufgaben, Namen und Sitz, Vertretung und Ver-

waltung des Bezirksverbands sollen den Vorschriften über die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden angeglichen werden. Im übrigen sind die gesetzlichen Vorschriften über Zweckverbände sinngemäss anzuwenden. Die Verbandssatzung und jede Änderung bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(3) Der Bezirksverband steht unter staatlicher Aufsicht, die vom Landesbezirkspräsidium ausgeübt wird.

Art. 8

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlässt die Landesregierung.

Art. 9

Das Gesetz tritt am ..... in Kraft.

Stuttgart, den .....

Die Regierung
des Landes Württemberg-Baden

Entwurf eines Gesetzes Nr. 1067

über die Zuständigkeit für die Ernennung usw. von Beamten des Landes Württemberg-Baden

Der Landtag hat zur Ausführung des Art. 75 der Verfassung für Württemberg-Baden am .... 1949 das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Die Landesbeamten des höheren Dienstes werden durch den Ministerpräsidenten, die übrigen Landesbeamten durch den zuständigen Fachminister ernannt, befördert, in den Wartestand oder Ruhestand versetzt und entlassen. Die in der Anlage verzeichneten Behörden werden ermächtigt, bei den ihnen unterstellten Landesbeamten des mittleren und einfachen Dienstes diese Verfügungen zu treffen.

(2) Für Versetzungen von Landesbeamten innerhalb ihres Geschäftsbereichs und für die Einstellung und Kündigung von Anwärtern sind die Fachminister zuständig, soweit nicht in Abs. 3 Abweichendes bestimmt ist.

(3) Für Versetzungen von Landesbeamten des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes und für die Einstellung und Kündigung von Anwärtern für diese Dienstlaufbahnen sind die in der Anlage bestimmten Behörden innerhalb ihres Geschäftsbereichs zuständig.

(4) Soweit Behörden nicht selbst zuständig sind, haben sie ihre Vorschläge für Verfügungen der in Abs. 1 und 2 genannten Art dem zuständigen Fachminister, im Landesbezirk Baden über den Landesbezirkspräsidenten, vorzulegen.

(5) Das Recht, einem Beamten eine andere als die nach dem Besoldungsrecht für seine Stellung vorgesehene Amtbezeichnung zu verleihen, bleibt dem Ministerpräsidenten vorbehalten.

(6) Zuständiger Fachminister im Sinne der vorstehenden

./.

Bestimmungen ist der Minister, in dessen Haushaltsplan die zu besetzende Stelle enthalten ist.

§ 2

Die seit dem 8. Mai 1945 verfügten Ernennungen, Beförderungen, Verleihungen von Amtsbezeichnungen, Versetzungen in den Wartestand oder Ruhestand, Kündigungen und Entlassungen von Beamten sind nicht aus dem Grund rechtsunwirksam, weil sie nicht vom Ministerpräsidenten oder einer gesetzlich ermächtigten Stelle ausgesprochen worden sind.

§ 3

Die Vorschriften der §§ 1 und 2 sind auf Angestellte entsprechend anzuwenden.

§ 4

Das Gesetz tritt mit seiner Verkündigung in Kraft.

Stuttgart, den

Die Regierung
des Landes Württemberg-Baden

Anlage:

Präsident des Landesbezirks Baden
Landesarbeitsamt
Technisches Landesamt
Landespolizeidirektion Stuttgart und Karlsruhe

Abschrift

Gesetz Nr. 1067
über die Zuständigkeit für die Ernennung und Entlassung von Beamten des Landes Württemberg-Baden

Vom 13. Dezember 1949

Der Landtag hat zur Ausführung des Art. 75 der Verfassung für Württemberg-Baden am 30. November 1949 das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Wie im Entwurf Beilage 1321.

§ 2

Die seit dem 8. Mai 1945 von deutschen Dienststellen verfügten Ernennungen ....

im weiteren wie im Entwurf.

Stuttgart, den 13. Dezember 1949.

Die Regierung des Landes Württemberg-Baden:

Dr. Reinhold Maier J. Beyerle Fr. Ulrich
Th. Bäuerle Dr. Kaufmann

Anlage

Präsident des Landesbezirks Baden
Landesarbeitsamt
Technisches Landesamt
Landesfinanzämter Stuttgart und Karlsruhe

Abschrift

1332
ausg. 5.10.49

A n t r a g

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung zu ersuchen,
gemäß den Erklärungen des Finanzministers Dr. Kaufmann in der 119. Sitzung des Württ.-Bad. Landtags einen gemeinsamen Haushalt für beide Landesteile aufzustellen, der mit dem neuen Etatjahr in Kraft tritt.

Den 1. Oktober 1949

gez.: Möller, Gehring, Konz, Dr. Knorr, Dr. Nies, Lena Maurer, Angstmann, Greiner, Hund, Dr. Kienle, Weißer, Hornung, Töpper, Helmstätter, Wolf, Härle, Kamm

---

1371
ausg. 29.10.49

A n t r a g
des Finanz-Ausschusses
zu dem Antrag der Abg. Möller und Gen. - Beil. 1332

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Antrag der Abg. Möller und Gen. betr. Aufstellung eines gemeinsamen Haushalts für beide Landesteile in der Form stattzugeben, daß keine getrennten Einzelpläne für die Landesteile Württemberg und Baden mehr geführt werden, daß aber innerhalb der Einzelpläne die Kapitel für die Landesbezirke Württemberg und Baden getrennt - und zwar untereinander - aufgeführt werden.

Den 25. Oktober 1949

Der Berichterstatter:
gez. Pflüger

Der stellv. Vorsitzende:
gez. Möller

Stadtarchiv Mannheim
Eing. 14. JULI 1950

Württembergisch-Badischer
Städteverband
-Der Geschäftsführer-

Karlsruhe, den 12. Juli 195o

Betr.: Verwaltungsreform auf Landesebene.

Bezug: Rundschreiben vom 23. Juni 195o Nr. 182 - 195o.

1.) An die Mitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses

Herrn Oberbürgermeister DDr.Heimerich - Mannheim (Vors.)
Herrn Oberbürgermeister Pfizer - Ulm /Donau (st.Vors.)
Herrn Oberbürgermeister Dr.Swart - Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister Meyle - Heilbronn
Herrn Oberbürgermeister Töpper - Karlsruhe
Herrn Oberbürgermeister Dr.Brandenburg- Pforzheim
Herrn Oberbürgermeister Kah - Schwäbisch-Gmünd
Herrn Oberbürgermeister Engelbrecht - Weinheim a.d.B.

sowie an den Vorsitzenden des Wttbg.-Bad.Städteverbandes
-Herrn Oberbürgermeister Dr. Klett - Stuttgart-

Zum Bezugschreiben erlaube ich mir eine weitere Ausarbeitung des Herrn Oberbürgermeisters Dr.Swart - Heidelberg

"Die Regierungserklärung der Württ.-Bad.Landesregierung zum Südweststaat und die Selbstverwaltung"

als Material zur nächsten Sitzung des Rationalisierungs-Ausschusses mitfolgen zu lassen.

2.) Nachricht hiervon:

den übrigen Mitgliedstädten Nr. 197 - 195o
mit der Bitte um einstweilige Kenntnisnahme.

DDr. Hagen

Hausen Abdruck mit Anl. Forts. Gen. Dr. Voll abgeben. 17/7. Rog H.

I. K. 8. Wird die Anregung des OB. Swart [illegible]

II Kr. 1. X. 50.

W.V. 10/11.50

22. 7.

Zum Akt Südweststaat 74. 4r

W/r 10. 7.

Staatssekretär a. D. Dr. jur. Hugo Swart
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

Die Regierungserklärung der Württ.-Bad. Landesregierung zum Südweststaat und die Selbstverwaltung

1. Juli 1950

In einer Ende Mai dieses Jahres verfaßten Broschüre „Verwaltungsaufbau im Südweststaat einmal anders“ hatte ich zum Ausdruck gebracht, daß es bedauerlich wäre, daß seitens der zuständigen Stellen, insbesondere also des württembergisch-badischen Staatsministeriums, bisher keinerlei Pläne über die Gestaltung der Landesverwaltung im zukünftigen Südweststaat bekanntgegeben worden wären und damit die Bevölkerung über diese außerordentlich wichtigen Programmpunkte völlig in Unkenntnis gehalten würde. Ich habe dann selbst einen konstruktiven Vorschlag dahin gemacht, durch Schaffung von 2, evtl. aber auch, entsprechend der jetzigen Ländereinteilung, von 3 oder von 4 Kommunalverbänden höherer Ordnung auf ehemaliger Landes- bzw. Bezirksebene oberhalb der Kreisebene landschaftlich verbundene Selbstverwaltungskörperschaften nach dem Muster der ehemaligen preußischen Provinzialverbände mit weitgehendem Zuständigkeitsbereich zu schaffen. Dies wären dann die gegebenen Traditionsträger der einzelnen Landesteile im neuen Gesamtstaat, so wie dies in Preußen nach 1866 die neugeschaffenen kommunalen Provinzial- bzw. Bezirksverbände von Hannover, Schleswig-Holstein, Kurhessen und Nassau mit bekanntlich größtem Erfolg gewesen sind. Des näheren darf ich auf die angezogene Broschüre verweisen.

Inzwischen hat die württembergisch-badische Landesregierung durch Veröffentlichung einer Regierungserklärung zum Südweststaat, der Landtagsverhandlung darüber und des Entwurfs eines Staatsvertrags zwischen den drei beteiligten Länderregierungen, wie er von dem vorbereitenden Ausschuß am 24. 8. 1948 in Karlsruhe entworfen worden war, in dem Meinungsstreit um den Südweststaat Stellung bezogen und mit der Veröffentlichung des Staatsvertragsentwurfes erfreulicherweise die bisherige Geheimnistuerei in puncto gedachter Verwaltungsorganisation aufgegeben.

Wenn ich sagte „erfreulicherweise“, so bezieht sich dies nur auf die T a t s a c h e der Veröffentlichung, nicht auf den Inhalt des Staatsvertragsentwurfes, der leider in manchen Punkten alles andere als erfreulich ist. Es hat sich gezeigt, daß die in der von mir erwähnten Broschüre geäußerten Befürchtungen, daß eine die berechtigten Forderungen der jetzigen Länder bzw. Länderteile nach Erhaltung ihres

landschaftlichen Eigenlebens befriedigende Lösung nicht nur durch Staatsverträge vor der Konstituierung des Südweststaats geschaffen werde könnte, sich leider voll erfüllt haben. Ich habe dazu ausgeführt:

„Schon konstruktiv ergeben sich aus solchen Vorbelastungen mit Rücksicht auf die zukünftige Gestaltung der Verfassung des neuen Staates und die Souveränität des späteren Parlaments Schwierigkeiten.

Auch ist zu fürchten, daß dabei die Ministerialbürokratie der verschiedenen Länder, die ja die Verträge zu entwerfen hat, ihnen ein entsprechendes Gesicht geben wird, in dem von wirklicher demokratischer Selbstverwaltung der Bevölkerung nicht viel verzeichnet sein dürfte, abgesehen vielleicht von einzelnen schönen Versprechungen auf dem Papier."

Es war für mich hochinteressant, hiermit aus der mir bei Niederschrift dieser Sätze noch nicht bekannten Regierungserklärung vom 30. 5. 1950 folgende Worte zu vergleichen:

„Ganz am Anfang, im Herbst 1948, hatte Baden einen Staatsvertrag gefordert. In diesem Vertrag sollte die staatsrechtliche Gestaltung des neuen Landes in bindender Form festgelegt werden; Dinge, welche durch die zukünftige Verfassunggebende Versammlung des Südweststaats zu regeln waren, dieser entzogen und vorweg geregelt werden. Eine derartige Festlegung der zukünftigen Verfassung erachteten wir als mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar. Wir fühlten uns nicht zu der Rolle regierender Fürsten berufen, welche die Zukunft ihrer Länder festlegten. Diese Grundfrage hat später das Volk zu entscheiden. Uns lag die Vereinbarung eines sachlichen Arbeitsprogramms am Herzen."

Wenn man diese absolut richtige und erfreuliche Erklärung für sich allein nimmt, müßte man daraus folgern, daß das württembergisch-badische Staatsministerium schon damals und erst recht wohl jetzt eine Vorwegnahme der Regelung der Staatsverwaltung, die ja ein wesentlicher Teil der Verfassung ist, vor Entscheidung durch das Volk ablehnte. Demgegenüber steht die Tatsache, daß in dem Karlsruher Staatsvertragsentwurf nicht nur, worauf die Regierungserklärung lobend hingewiesen hat, „Vereinbarungen über ein sachliches Arbeitsprogramm" enthalten sind, sondern in überwiegendem Maße, nämlich in drei von den vier Abschnitten, detaillierte Bestimmungen über die zukünftige Staatsverfassung und die Staatsverwaltung. Hier besteht eine nicht aufgeklärte Diskrepanz. Hat die württembergisch-badische Landesregierung damals ihre Auffassung, etwa um ein Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, im Kompromißwege geopfert? Hat die Regierung jetzt in ihrer Erklärung absichtlich nur Einzelheiten aus dem Staatsvertragsentwurf in puncto Arbeitsprogramm erwähnt, über die staatspolitischen Abschnitte aber geschwiegen, weil sie diese entsprechend ihrer grundsätzlichen Stellungnahme nicht für glücklich hält? Oder war unter dem Wort „Verfassung" seinerzeit lediglich die Fixierung eines ganzen Verfassungsaktes gemeint? Wie dem auch sei — warum ist jetzt der ganze Text des Vertragsentwurfs veröffentlicht worden? Es wäre beunruhigend, wenn man annehmen müßte, daß die württembergisch-badische Landesregierung jetzt, im Sommer 1950, vollinhaltlich hinter diesem Entwurf von 1948 stehen würde, also nicht nur hinter dem darin enthaltenen Arbeitsprogramm. Nach außen hin ist ja freilich „das Postulat des Staatsvertrages von Freiburg 1949 über Bord gewörfen worden", wie es in der Regierungserklärung heißt und damit der jetzt veröffentlichte Entwurf von 1948 nur noch von musealem Wert. Da er aber ohne Erläuterung mit der Regierungserklärung zusammen veröffentlicht und damit aus der Dunkelkammer, in der er sich bisher befand, hervorgeholt worden ist, ist es unbedingt notwendig, dazu Stellung zu nhemen und die in ihm enthaltenen Fehlerquellen aufzuzeigen, die bei allen Freunden einer wahrhaft demokratischen Staatsverwaltung, insbesondere aber einer fortschrittlichen Selbstverwaltung, schwerste Bedenken und Widerstände ausgelöst haben. Der Entwurf des Staatsvertrages trägt das Datum 24. 8. 1948, ist also rund zwei Jahre alt und damit total veraltet, da er die innerpolitische Entwicklung der beiden letzten Jahre nicht berücksichtigt oder, richtiger gesagt, nicht voraussehen und berücksichtigen konnte. Diese Jahre haben aber gerade auf dem Gebiet des inneren Verwaltungsaufbaus im ganzen Bundesgebiet neue, entscheidende Momente gebracht. Zunächst ist der Bund entstanden und damit ein großer Teil der Landeszuständigkeiten auf ihn übergegangen. In Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz, in Hessen, ja sogar in Bayern ist man zur Zeit aus den Erfahrungen der letzten Jahre hinaus dabei, die innere Landesverwaltung stark umzubauen und zwar nach der Selbstverwaltungsseite hin, da das bisherige, 1945 eingeführte zentralistische Regierungssystem überall abgewirtschaftet hat. Das Ziel ist dort die Schaffung großer, landschaftlich begründeter kommunaler Selbstverwaltungsverbände oberhalb der Kreisebene in Anlehnung an das Muster der früheren preußischen Provinzialverwaltung bei Übertragung des größten Teils der jetzigen Verwaltungsaufgaben der Ministerien und anderer staat-

lichen Behörden. In Nordrhein-Westfalen und in Hessen erwägt man darüber hinaus sogar ernsthaft die Abschaffung der staatlichen Mittelinstanz der Regierungspräsidenten zugunsten dieser neuen höheren Kommunalverwaltung.

Im geraden Gegensatz zu diesen sehr lebhaften, den Zeiterfordernissen Rechnung tragenden Reformbestrebungen in den anderen Ländern, will der Staatsvertragsentwurf im Südweststaat vier staatliche Landesbezirke neu schaffen, bei denen (Art. 5) „in allen Angelegenheiten, die nicht über den Bereich eines Landesbezirks hinaus Bedeutung haben", die vollziehende Gewalt liegt. Die staatliche Verwaltungsbehörde der Landesbezirksverwaltung ist das Landesbezirkspräsidium (Art. 6). Es wird von einem Landesbezirkspräsidenten mit Hilfe von Landesdirektoren geleitet. Wir haben hier also ein verstärktes preußisches Regierungspräsidenten-System, dazu noch mit einigen, vom Staatsganzen her gesehen, sehr unerfreulichen Verlegenheitszusätzen: dem eigenen Bezirkshaushalt (Art. 8), dem Mitwirkungsrecht der Bezirkspräsidenten bei den Kabinettsberatungen und bei Entscheidungen der einzelnen Ministerien (Art. 7) und einer verwischten Zuständigkeitsgrenze. Wenn man durchaus eine staatliche Mittelinstanz hier, wo man sie bisher nicht gekannt hat (abgesehen von den nur sehr beschränkt zuständig gewesenen badischen Landeskommissären), schaffen will, die ich persönlich neben den Landeskommunalverbänden nicht für notwendig halte, über deren Zweckmäßigkeit man aber, wie ich zugeben muß, geteilter Meinung sein kann, so sollte man sie wenigstens als wirklich saubere, klar abgegrenzte staatliche mittlere Verwaltungsbehörde aufbauen, d. h. die Bezirkspräsidenten nicht in das Kabinett und nicht in die Ministerien hineinreden lassen, sondern sie als ausführende Außenbeamte dem Staatsmnisterium unterstellen. Dieses ist ja auch allein dem Landtag verantwortlich und also demokratisch verankert und kontrolliert. Die in dem Vertragsentwurf enthaltene Zwitterstelle der Landesbezirkspräsidenten hat ja schon im jetzigen Landesbezirk Nordbaden, wo sie durch das Statut von 1945 ähnlich konstituiert worden ist, zu fortgesetzten Klagen des Parlaments und der Bevölkerung geführt und nach keiner Richtung hin befriedigend gearbeitet.

Nun hat man sich bei Abfassung des Staatsvertragsentwurfs offenbar selbst geniert, daß man hinsichtlich des Verwaltungsaufbaus, bar jeder neuen konstruktiven demokratischen Idee, geglaubt hat, lediglich durch Zwischenschaltung einer rein bürokratisch verwalteten Mittelinstanz genügend dezentralisiert und genug für die Demokratisierung der Verwaltung getan zu haben. Aus diesem schlechten

Gewissen heraus hat man dann in den Staatsvertrag, abgesehen von einer allein programmatischen, an sich gut abgefaßten Erklärung in Art. 3 über Dezentralisation und Selbstverwaltung, einen ganzen, allerdings nur aus einem Artikel bestehenden, aber mit fettgedruckter Überschrift ausgestatteten Abschnitt 3: „Landesbezirke als Selbstverwaltungskörper" hereingebracht — ut aliquit fieri videatur.

„3. Abschnitt: Landesbezirke als Selbstverwaltungskörper.

Art. 10

Die Landesbezirke haben das Recht, solche öffentlichen Aufgaben unter eigener Verantwortung zu erfüllen, die ihnen durch Gesetz zugewiesen werden oder die sie mit Genehmigung der Landesregierung freiwillig übernehmen (Selbstverwaltung). Für solche Zwecke können die Stadtkreise und Kreisverbände eines Landesbezirks einen Landesbezirksverband nach Art eines Zweckverbandes bilden, der durch den Präsidenten des Landesbezirks geleitet und vertreten wird."

Der Staatsvertragsentwurf hinsichtlich der Gestaltung der Landesbezirksverwaltung ist in seinen Leitgedanken: sehr begrenzte Zuständigkeit lediglich von Staatsgnaden, Zweckverbandsform, Leitung und Vertretung" durch den staatlichen Bezirkspräsidenten", dem bayerischen Verwaltungsrecht entnommen, das diese Form von sogenannter Selbstverwaltungstätigkeit oberhalb der Kreisebene von allen deutschen Ländern allein kennt. In allen anderen Ländern war man sich schon vor der Nazizeit darüber klar, daß sich diese bayerische Konstruktion nicht bewährt hat und überhaupt keine echte Selbstverwaltung darstellt, die vor allem keinen Staatsbeamten als Leiter und bevollmächtigten Vertreter dieser Körperschaft duldet. Auch ist die Zweckverbandsform ihrer gesetzlich auf Einzelaufgaben beschränkten Zuständigkeit wegen für eine umfassende wirkliche Selbstverwaltungstätigkeit völlig unbrauchbar. Die bayerische Form der Bezirksselbstverwaltung konnte sich auch nur deswegen halten, weil sie eine minimale Zuständigkeit hatte, im wesentlichen die Verwaltung von landwirtschaftlichen Schulen, Beratung in Meliorationsangelegenheiten und sonstige wenig bedeutsame Verwaltungsakte. Aber auch in Bayern hat man die Unzulänglichkeit der bisherigen Bestimmungen erkannt und sucht zur Zeit nach einer besseren Formung, die deshalb nicht leicht zu finden ist, weil die bayerische Verfassung selbst (Art. 10 und 12) eine „Ausgestaltung der Regierungsbezirke zu demokratischen, auf dem allgemeinen Wahlrecht aufgebauten Selbstverwaltungskörperschaften" vorschreibt. Eine Denkschrift des bayerischen Innenministeriums hierzu

gibt das Versagen der bisherigen Form zu, was bei dem bekannten, staatsautoritären, zentralistischen Zug der bayerischen Verwaltung sehr viel bedeuten will; aber gleichwohl möchte das Innenministerium dort die staatliche Leitung der neu zu schaffenden oder umzugestaltenden Bezirksselbstverwaltung nicht aus der Hand geben im Gegensatz zum Landtag und den Wünschen der kommunalen Spitzenverbände im Lande.

Warum will man also im Südweststaat, um dem Staatsvertragsentwurf zu folgen, eine sogenannte Bezirksselbstverwaltung, die in Wirklichkeit gar keine Selbstverwaltung ist, in einer in allen deutschen Ländern früher und neuerdings abgelehnten Fehlkonstruktion neu einrichten? *Mit einem solchen unverkäuflichen Ladenhüter sollte man ein neues Staatswesen wirklich verschonen!* Damit kann man auch nicht das Versprechen der Verfassung von Württemberg-Baden nach einer Bezirksselbstverwaltung einlösen.

Das Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt a. M. hat Ende April eine Sondertagung mit dem Thema „Staatliche und kommunale Mittelinstanz" abgehalten, auf der ich das Referat über die kommunale Mittelinstanz gehalten habe. Bei dieser Tagung waren die meist bekannten Verwaltungsexperten und Kommunalpolitiker aus dem staatlichen, kommunalen und wissenschaftlichen Lager sämtlicher Länder des Bundesgebietes anwesend. In den am Schluß der Tagung festgelegten Leitsätzen findet sich u. a. folgender Abschnitt, gegen den sich lediglich die Vertreter des bayerischen Innenministeriums ausgesprochen haben:

> „Ob eine staatliche Mittelinstanz in den einzelnen Ländern bestehen bleiben oder neu eingeführt werden soll, ist für die höheren Kommunalverbände nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Die staatliche Mittelinstanz wäre nur dann, vom kommunalen Standpunkt aus gesehen, abzulehnen, wenn beabsichtigt wäre, ihr kommunale Aufgaben zu übertragen oder den Leiter der staatlichen Mittelinstanz gleichzeitig zum Leiter des höheren Kommunalverbandes zu machen."

Also weg mit dem unmöglichen 3. Abschnitt des Staatsvertragsentwurfs! Entweder man schaffe eine wirkliche Selbstverwaltung in Form von Landes- oder Bezirkskommunalverbänden, wie ich sie in meiner erwähnten Broschüre näher skizziert habe und wie man sie in Hessen schon hat und in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen jetzt wieder einführen will, mit eigenem Kommunallandtag, gewählt von den Vertretungen der Stadt- und Landkreise, eigener Zuständigkeit und eigener Finanzwirtschaft, eigenem Verwaltungs-Ausschuß,

eigenem leitenden, vom Kommunallandtag gewählten Beamten, oder man lasse, wenn man dies nicht fertig bringt, die Finger lieber ganz davon — das wäre zwar außerordentlich bedauerlich, aber immer noch besser, als ein zweckloser Zweckverband mit dem staatlichen Bezirkspräsidenten als „Führer" an der Spitze. Selbstverwaltungskörperschaften sind nur dann vorhanden, wenn sie nicht nur ihre Aufgaben selbst verwalten, sondern ihre Organe auch selbst wählen und bestellen!

Es geht auch nicht an, daß der Regierungs-(Bezirks-)Präsident in der ganzen Woche, weil er dauernd aus seinen Verpflichtungen nach dem Staatsvertragsentwurf heraus im Kabinett oder in den einzelnen Ministerien oder wo anders zu tun hat, normalerweise an einem oder einem halben Tag an seinem eigentlichen Amtssitz anwesend ist, anormalerweise aber womöglich die ganze Woche nicht, und daß deshalb dort eine reine Referentenwirtschaft einreißt. Wie heißt es doch in der Regierungserklärung zutreffend: „Die Bevölkerung will so oder so nur in einen Staat hinein mit einem einfachen, wirksamen, billigen Staatsapparat. Sie will keine vier Regierungen und darüber eine Oberregierung oder eine Überregierung, welche gar nicht zum Bürger selbst herunterdringt." Die Regierungserklärung hätte hinzufügen können: „Sie will aber auch in den einzelnen Landesteilen bei den Verwaltungsstellen auf der Ebene der ehemaligen Länder oder der jetzigen Landesteile eine demokratische Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung, so wie sie auch in der württembergisch-badischen Verfassung versprochen worden ist."

Über die Organisation, den Aufgabenkreis und die finanzielle Gestaltung der Landes-(Bezirks-)Kommunalverbände habe ich im „Verwaltungsaufbau im Südweststaat — einmal anders" das Erforderliche im einzelnen ausgeführt. Ich möchte deshalb hier zum besseren Verständnis des Problems kurz zusammenfassend die Leitsätze des Instituts zur Förderung der öffentlichen Angelegenheiten in Frankfurt a. M. zur Frage der staatlichen und kommunalen Mittelinstanz veröffentlichen, deren Entwurf von mir stammt und die auf der Tagung des Instituts am 24. 4. 1950 beschlossen worden sind:

1. Höhere Kommunalverbände sollen nach Möglichkeit da erhalten bzw. neu eingerichtet werden, wo ein genügend großer, landschaftlich geschlossener Raum dafür vorhanden ist. Der Name kann wechselnd sein: Provinzialverband, Bezirksverband, Landschaftsverband, Landeskommunalverband und dergleichen.
2. Die Organisationsform ist nach dem Muster der früheren preußischen Provinzialverbände als echter Kommunalverband zu ge-

stalten, d. h. mit eigenem Landtag, der nicht durch direkte Wahlen der Bevölkerung, sondern mittelbar von den angehörigen Kreisen gewählt wird, einem Verwaltungsausschuß (Provinzialausschuß, Landesausschuß, Landschaftsausschuß, Bezirksausschuß), einem Landeshauptmann (Landesdirektor, Bezirkspräsident, Landschaftsdirektor), der zugleich geborener Vorsitzender des Ausschusses mit vollem Stimmrecht ist.

3. Ob eine staatliche Mittelinstanz in den einzelnen Ländern bestehen bleiben oder neu eingeführt werden soll, ist für den höheren Kommunalverband nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Die staatliche Mittelinstanz wäre nur dann vom kommunalen Standpunkt aus gesehen abzulehnen, wenn beabsichtigt würde, ihr kommunale Aufgaben zu übertragen oder den Leiter der staatlichen Mittelinstanz gleichzeitig zum Leiter des höheren Kommunalverbandes (der kommunalen Mittelinstanz) zu machen.
4. Der Aufgabenkreis des höheren Kommunalverbandes muß sich nach den besonderen Verhältnissen des Bezirks richten. Der Aufgabenkreis soll möglichst umfangreich gestaltet werden, wobei als Muster der der preußischen Provinzialverwaltungen dienen kann, jedoch mit der Maßgabe, daß die politischen Aufgabengebiete, die nach 1919 den Provinzen übertragen wurden, grundsätzlich fortzubleiben haben, soweit sie nicht sowieso schon von selbst inzwischen fortgefallen sind. Ziel soll sein, alles, was auf kommunaler Ebene ebenso gut oder besser als auf der Staatsebene geregelt werden kann, der kommunalen Körperschaft zu überlassen, damit der Staat sich auf seine eigentlichen staatlichen Hoheitsaufgaben und das Staatsministerium besonders sich auf das Regieren beschränken kann.
5. Die Finanzierung des höheren Kommunalverbandes erfolgt im Wege des Finanzausgleichs, wobei den Kommunalverbänden auch das Recht der Umlage auf die angehörigen Stadt- und Landkreise gegeben werden muß.

Diese auf die Verhältnisse im ganzen Bundesgebiet zugeschnittenen Leitsätze (nur die Vertreter Bayerns äußerten gewisse Vorbehalte) lassen die Frage: einmal, wie groß das Gebiet des höheren Kommunalverbandes sein soll, und zum andern, ob daneben eine staatliche Mittelinstanz (Regierungspräsident und Bezirkspräsident) bestehen bleiben oder neu eingeführt werden soll, absichtlich offen. Ich habe diese Formulierung seinerzeit bewußt gewählt, und die Tagung hat dem zugestimmt, weil die Verhältnisse in den einzelnen Ländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz oder

Württemberg-Baden oder meinetwegen Schleswig-Holstein, ganz verschieden liegen. Die Entscheidung über diese Fragen muß und soll deshalb den Landesregierungen und den Landesparlamenten und den Verfassungen überlassen bleiben. Deshalb konnte man sich auch auf das Grundsätzliche völlig einigen (Vorbehalt Bayerns in einigen Punkten):

1. Grundsätzlich Schaffung von höheren Kommunalverbänden überall, wo räumlich möglich.
2. Organisation als echte kommunale Selbstverwaltungskörperschaften mit Verbundscharakter (indirekte Wahl durch die Stadt- und Landkreisvertretungen).
3. Saubere Trennung zwischen Kommunalverwaltung und etwaiger staatlicher Mittelinstanz, persönlich und sachlich.
4. Zuständigkeit für alle Verwaltungsaufgaben oberhalb der Kreisebene, die kommunal ebenso gut oder besser als auf Staatsebene geregelt werden können, eigene, durch den Finanzausgleich gesicherte Finanzverwaltung.

Auf unsere Verhältnisse im Raum des Südweststaats übertragen, ergibt sich aus all dem folgendes:

1. Die räumlichen Voraussetzungen (Gebietsumfang, Einwohnerzahl, wirtschaftliche und damit steuerliche Leistungsfähigkeit) für die Bildung von lebensfähigen höheren Kommunalverbänden sind gegeben:

   a) sowohl für 2 große Landeskommunalverbände: Baden und Württemberg-Hohenzollern,

   b) wie für 4 Bezirkskommunalverbände: Nordwürttemberg, Südwürttemberg, Nordbaden, Südbaden. Ich persönlich halte nach wie vor aus meiner kommunalen Erfahrung heraus die Bildung von 2 großen Landeskommunalverbänden für zweckmäßiger, da sie naturgemäß leistungsfähiger sind und zum anderen der Ländergestaltung vor 1945 (abgesehen von Hohenzollern) entsprechen und damit badische und württembergische Sonderwünsche nach einem traditionellen Eigenleben besser gerecht werden können und schließlich verwaltungsorganisatorisch gesehen eine einfachere und billiger arbeitende Verwaltungseinteilung darstellen. Bei einer solchen Zweiteilung wären auch regionale Wünsche auf anderweitige Zugehörigkeit, wie z. B. bei Pforzheim, Bodenseegebiet, Hohenzollern, leichter zu erfüllen als bei einer Vierteilung. Ich muß allerdings zugeben, daß die Auffassung prominenter Kenner der

badischen Verhältnisse: die Verbundenheit zwischen Nord- und Südbaden wäre schon im alten badischen Staat nur sehr äußerlich gewesen und hätte sich durch die Entwicklung nach 1945 noch mehr gelockert und deshalb müßten, wenn man den Verhältnissen wirklich gerecht werden wolle, 2 Bezirkskommunalverbände in Baden für Nord- und Südbaden gebildet werden, sicher auch etwas für sich hat, jedenfalls ernsthaft ausgewogen werden sollte;

c) für eine Dreiteilung: Nordbaden, Südbaden, ganz Württemberg, falls die württembergischen Landesteile wieder enger zusammenkommen wollen. Allerdings würde dann der große württembergische Landeskommunalverband gegenüber den wesentlich kleineren, leistungsschwächeren beiden badischen Bezirkskommunalverbänden etwas erdrückend wirken; aber schließlich hat es ja auch in Preußen große Provinzialverbände gegeben, z. B. die Rheinprovinz mit 7,9 Millionen Einwohnern und gleichgestellte Bezirkskommunalverbände wie Kurhessen (Kassel) mit nur 1,1 Millionen Einwohnern nebeneinander, und sie haben alle funktioniert, wenn auch natürlich die großen besser als die kleinen. Daneben läßt sich auch durch Abmachungen zwischen den einzelnen Landes- und Bezirkskommunalverbänden, vor allem auf dem Gebiete der Anstaltsverwaltung, der Verkehrsverwaltung, der wirtschaftlichen Betätigung eine enge Arbeitsgemeinschaft erreichen.

2. Ob man neben den Landes- bzw. Bezirkskommunalverbänden eine staatliche Mittelinstanz (Regierungspräsident, Bezirkspräsident) — in Betracht kommen wohl vier — (Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern) einrichten will, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Man kann darüber, wie ich schon ausgeführt habe, verschiedener Meinung sein. Persönlich halte ich eine solche Neueinrichtung in unserem Raume nicht für notwendig und darf nochmals darauf hinweisen, daß man sich in anderen Ländern, wo diese Behörden von altersher bestehen, ernsthaft überlegt, ob man sie nicht abschaffen soll. Vom Standpunkt der Selbstverwaltung aus betrachtet, ist eine staatliche Mittelinstanz letzten Endes, wenn auch nicht notwendig, so doch annehmbar, wenn

   a) jeder Versuch, konstruktionsmäßig die staatliche Mittelinstanz mit der Landes-(Bezirks-)Kommunalverwaltung zu verkoppeln oder in sie hineinreden zu lassen, unterbleibt. Die Landes-(Bezirks-)Kommunalverwaltung ist deshalb auch der unmittelbaren Aufsicht des Staatsministeriums (Minister des Innern) zu unterstellen, nicht des etwaigen Bezirkspräsidenten.

   b) der staatlichen Mittelinstanz keine kommunalen Aufgabengebiete übertragen werden, also eine saubere Trennung zwischen staatlichen und kommunalen Aufgaben besteht und alles, was kommunal ebenso gut oder besser geregelt werden kann, der Landes-(Bezirks-)Kommunalverwaltung zugewiesen wird (vgl. Leitsätze oben);

   c) der Regierungs-(Bezirks-)Präsident in einem klaren Untergebenenverhältnis zum Staatsministerium steht, d. h. insbesondere nicht, sei es in welcher Form auch immer, im Kabinett sitzt oder in den Ministerien mitzureden hat. Er soll vielmehr auf seinem Amtsstuhl am Sitze der Bezirksregierung sitzen, diese straff leiten, dort für seine Bezirksangehörigen und seine Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister auch erreichbar und zu sprechen sein und nicht dauernd irgendwo anders, sei es in Stuttgart oder in Bonn, herumschwirren. Er muß andererseits aber der Außenvertreter des gesamten Staatsministeriums sein und deshalb in seiner Behörde unter Abschaffung aller überflüssigen Sonderbehörden die gesamte Staatsverwaltung in der Bezirksebene in seiner Hand vereinigen, wie dies auch der Staatsvertragsentwurf vorsieht.

Weiter läßt sich die Einrichtung von Bezirksregierungen nur dann rechtfertigen, wenn ihnen von den Ministerien nach Vorwegabzug aller den Landeskommunalverbänden zu übertragenden, bisher in der Ministerialebene bearbeiteten Verwaltungsaufgaben, d. h. etwa 75 %, die der Staatsverwaltung verbleibenden, bisher ebenfalls in den Ministerien bearbeiteten Verwaltungsaufgaben, in der Regel also staatliche Hoheitsaufgaben, abgegeben werden, so daß dann die eigentliche Verwaltung draußen im Lande in den Landeskommunalverbänden einerseits und den Bezirksregierungen andererseits geleistet wird und das Staatsministerium, abgesehen von Justiz, Finanzen usw., sich seiner eigentlichen Aufgabe des Regierens nunmehr unbeschwert und mit Hingabe widmen kann. Dieser dem Regierungspräsidenten (Bezirkspräsidenten) danach zufallende Geschäftskreis ist verhältnismäßig beschränkt, jedenfalls nicht so umfangreich, daß er einen großen Verwaltungsapparat erfordert. Also Landesdirektoren, Ministerialräte usw. sind hier überflüssig und in die Ministerien zu versetzen. Ein Vizepräsident, ein oder zwei Regierungsdirektoren nebst den dazugehörigen wenigen Oberräten und Räten genügen vollkommen. Wie sagt die Regierungserklärung doch? „Einfach, wirksam, billig."

Ich fasse zusammen: Nur wenn man, wie skizziert, entsprechend leistungsfähige und unabhängige Landes- (oder Bezirks-)Kommunalverbände schafft, — ob mit oder ohne staatliche Mittelinstanz daneben, ist eine Frage zweiter Ordnung — kann man dem an sich gut formulierten Art. 3 des Staatsvertragsentwurfs gerecht werden, der da lautet:

„Dezentralisation — Selbstverwaltung.

(1) Der Südweststaat anerkennt in allen Zweigen der Staatsverwaltung, in der Behördenorganisation und in der Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung den Grundsatz weitgehender Dezentralisation.

(2) Der Südweststaat überläßt den Gemeinden die Selbstverwaltung der örtlichen Aufgaben sowie den sonstigen kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften diejenigen Aufgaben, welche von diesen zweckentsprechend, wirksam und sparsam besorgt werden können und welche nicht ihrer Natur oder ihrer Bedeutung nach als staatliche Aufgaben zu betrachten sind. Diese Körperschaften sind durch einen entsprechenden Finanz- und Lastenausgleich wirtschaftlich zur Durchführung ihrer Aufgaben instandzusetzen.

(3) In allen Stufen ist die Einheit der Verwaltung anzustreben."

Heidelberger Gutenberg-Druckerei GmbH

30. Sep. 1950

Professor Dr. THEODOR ESCHENBURG

Tübingen, den 28.9.1950

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Heimerich
Mannheim
Postschliessfach 550

K/G zum Verbleib

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Ich darf Ihnen auf Ihr Schreiben vom 25.9. mitteilen, dass sich Herr Dr. Eschenburg auf Reisen befindet und anschliessend seinen Urlaub antreten wird. Es ist mir also erst nach seiner Rückkehr (Ende Oktober) möglich, Ihr Schreiben vorzulegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Sekretärin

August Weiß VDI
Ingenieur

(17a) Mannheim, den 21. September 1950
Schafweide 51

Stadt Mannheim
Hauptverwaltung
23. SEPT. 1950

An den
Herrn Oberbürgermeister
der Stadt M a n n h e i m

Die heutige Postwurfsendung, die Südweststaatwahl betreffend, kann ich nicht unwidersprochen lassen.
Man macht es sich sehr leicht, wenn gesagt wird, das was der Stadtrat beschliesst, hat die Bürgerschaft „vertrauensvoll" für richtig zu halten. In vordemokratischer Zeit hätte man von einer Hammelherde sprechen können.
Es ist nämlich gar nicht so, dass die Bürgerschaft alle Kundgebungen der hohen Stadtverwaltungals hl. Schrift ansieht. Was die Kundgebungen in letzter Zeit anbeht, seien sie mündlicher, schriftlicher oder metallener Art, so fordern sie zur Kritik geradezu heraus. Das kleinere Uebel auf der Broncetafel an der neuen Neckarbrücke hat man glücklich beseitigt, die grosse Entgleisung ist stehen geblieben. In vordemokratischer Zeit hätte man von einem Eselstritt gesprochen.-
Gleichzeitig mit Ihrer Postwurfsendung traf die A-Z bei mir ein, mit einem in geradezu empörenden Stil abgefassten Wahlaufruf. Der Zeitung habe ich geantwortet und erlaube mir, einen Durchschlag beizufügen. Ich brauche mich dann in Sachen der Wahl nicht zu widerholen. Ich hoffe, dass das Volk die rechte Lösung findet, unbeeindruckt von den Fanas hüben und drüben. Es wäre zu bedauern, wenn zum Schluss ein Schlagwort aus vordemokratischer Zeit recht behielte: Nur die allergrössten Kälber wählen ihre Metzger selber.

1 Anlage.

Hochachtungsvoll!

Aug. Weiß

August Weiß, Ingenieur VDI
Mannheim / Schafweide 51

21. September 1950.

Durchschlag.

An die

Schriftleitung der A Z Abendzeitung

M a n n h e i m

R 1.

In № 220 Ihrer Zeitung vom 21.9.50 bringen Sie in auffallender Form unter reichlicher Benutzung roter Farbe einen Aufruf zur Stimmabgabe für den Südweststaat. Er trägt keine Unterschrift, ich nehme daher an, dass er Ihre „eigene Ansicht" blosstellt.
Die darin beliebten Ausdrücke, ein Mistkarren voll Schimpfwörtern, haben mir die Zornröte ins Gesicht getrieben und geben mir Anlass Sie zu fragen, wer oder was Sie berechtigt, gegen Ihre Mitbürger und wohl auch gegen einen Grossteil Ihrer Sie bezahlenden Bezieher einen solchen Sauherdenton anzuschlagen?
Entweder wissen Sie nichts von dem begründeten Misstrauen der meisten Badener gegen die Korruptionszentrale Stuttgart oder Sie verleugnen Ihr Wissen. Haben Sie vergessen, dass Württemberg nach dem Zusammenbruch 1945 u.a. jahrelang die Viehausfuhr nach Baden verboten hat. Ihnen hat wohl das Mannemer Schwarzbrot in der gesegneten Markenzeit besser geschmeckt als das Weissbrot, das gleichzeitig die Stuttgarter zu essen bekamen?
Es droht uns eine Fusion im grossen, wie s.Zt. die zwischen den Firmen Benz und Daimler im Kleinen: Bald nach deren Vollzug konnte man hören, wie sehr dabei die „Benzeritter" die Hereingefallenen waren. Mit der beabsichtigten neuen, grossen „Fusion" wird es nicht anders kommen.
Das Sprichwort: Trau, schau, wem, kein Schwob, kein Sax, kein Böhm! ist alt und doch immer wieder neu!
Da meine Frau schon vor längerer Zeit Ihre Zeitung zum 1.10. abbestellt hat, erübrigt es sich für mich, dies jetzt zu tun. Von mir aus können Sie die Lieferung sofort einstellen.

28. Sep. 1950

Der Oberbürgermeister
der Stadt Ulm

Ulm (Donau), den 20. Sept. 1950
Fernsprecher Nr. 2041 – 44

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. Dr. Heimerich

Mannheim

Hochverehrter, lieber Herr Dr. Heimerich!

Wieder habe ich Ihnen für vielerlei herzlichen Dank zu sagen: zunächst einmal für Ihre so ausgezeichneten und mich, der ich noch immer mit Vorbehalten behaftet war, nun ganz überzeugenden Darlegungen über den Südweststaat auf der Schorndorfer Tagung. Nicht zuletzt Sie und Ihre Ausführungen waren es, die mich bestimmt haben, nun auch aktiv für den Südweststaat einzutreten. Wir haben nicht nur wie Sie einstimmig mit Ausnahme der Kommunisten im Gemeinderat einen entsprechenden Beschluß gefaßt, sondern ich werde in diesen Tagen mich durch einen gedruckten Brief als Postwurfsendung an alle Bürger unserer Stadt wenden, dessen Wortlaut ich Sie aus der Anlage zu entnehmen bitte.

Sodann habe ich Ihnen zu danken für die Übersendung des zweiten Bandes Ihrer Mannheimer jüngsten Geschichte, der mich wie der erste außerordentlich interessierte und den ich in seinen Hauptteilen sofort durchlas, besonders auch in Erinnerung an meine Ludwigshafener, Mannheim benachbarte Zeit in den Jahren 1930 bis 1938.

Zu danken habe ich Ihnen aber nicht zuletzt auch für Ihre Anregung bei Herrn van Aubel, mich als Referenten bei der Delegiertenversammlung des Deutschen Einzelhandels in Köln am 10.10. zu benennen. Nachdem ich mit dem sehr vernünftigen Hauptgeschäftsführer des Deutschen Einzelhandels, Herrn Effer, mich kürzlich ausgesprochen und dabei klargestellt habe, daß ich unter keinen Umständen die Fragen unkritisch behandeln möchte, habe ich mich gerne bereit erklärt, die Aufgabe zu übernehmen, auch deshalb, weil ich auf diese Weise gezwungen bin, mich noch mehr als bisher mit den Fragen des Einzelhandels, seiner Verbindung zur Stadt und der ganzen Problematik des freien Wettbewerbs zu befassen. Daß Sie an mich gedacht haben, darf ich als ein Zeichen Ihres Vertrauens auffassen, für das ich Ihnen aufrichtig danken möchte. Wie ich höre, soll der Vortrag gedruckt werden, und ich werde mir erlauben, Ihnen dann später ein Exemplar zu übermitteln.

Der Brief ist zu meinem Bedauern liegen geblieben. Inzwischen ist die Südweststaat-Volksbefragung durchgeführt mit einem Ergebnis, wie ich es etwa erwartete. Es wird ja auf der Sitzung des württ.-bad. Städteverbands in Mannheim am nächsten Montag Gelegenheit sein, sich über die Frage zu unterhalten. Ich darf noch einmal, was ich in Schorndorf nur mit einem Satz Ihnen gegenüber kurz tun konnte, sagen: daß unter allen Umständen nun etwas geschehen muß. Das Volk läßt sich nicht noch einmal zu politischen Befragungen - die ja keine Entscheidungen sind - mißbrauchen, wenn nicht klare Entschlüsse daraufhin gefaßt werden. Besonders aber liegt mir am Herzen, und da glaube ich mich mit Ihnen einig zu wissen, daß die unglückselige Frage

der 4 Regierungsbezirke vom Städteverband aufs energischste bekämpft wird. Ich habe mit Herrn Ministerialrat Eschenburg in Tübingen ausführlich darüber gesprochen und vorgeschlagen, daß bald unter Ihrer Leitung unser Rationalisierungsausschuß zusammentritt, bei dem Eschenburg und vielleicht noch ein anderer Ministerialvertreter als Gast zugezogen werden könnten, damit über diese Frage Klarheit geschaffen wird. Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, daß es völlig unnötig ist, angesichts der zahlreichen Aufgaben, die heute schon von den Ländern auf den Bund übergegangen sind, und in dem von uns doch mit allen Mitteln geförderten Bestreben, umgekehrt in größtem Umfang Aufgaben in die Selbstverwaltungsebene zu delegieren und den Kreisen und Städten zu übergeben, daneben noch Zwischeninstanzen zu bilden, die sicher nicht nur einen teuren Verwaltungsapparat darstellen, sondern sich mit dem jeder Verwaltung innewohnenden natürlichen Schwergewicht ausbreiten, Kompetenzen an sich ziehen und damit die Selbstverwaltung aufs neue und aufs schwerste gefährden. Vielleicht finden Sie es komisch, daß ich diese These dauernd wiederhole, aber ich glaube, man kann es nicht oft genug sagen, und ich hoffe insbesondere, daß Sie, verehrter Herr Dr. Heimerich, in dieser Frage sich mit Ihrer ganzen Persönlichkeit gegen solche Pläne stellen. Wenn der neue Südweststaat ein Musterland werden soll, muß er ein Musterland sein mit dem geringstmöglichen Verwaltungsaufwand, mit der geringstmöglichen Bürokratie, mit den geringstmöglichen Instanzen und mit einer wirklich lebendigen, vom Volk verstandenen, dem Volk unmittelbar dienenden und so im besten Sinn populären Selbstverwaltung.

Mit vielen Grüßen und Empfehlungen

Ihr dankbarer Pfeiffer

Der Oberbürgermeister zur Volksbefragung

Liebe Mitbürger!

Wir alle werden in den nächsten Monaten zu wichtigen politischen Entscheidungen aufgerufen. Außer den Wahlen zum Landtag und zum Gemeinderat im November und Dezember ist am nächsten Sonntag eine Volksbefragung über den Südweststaat.

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hat damit das Volk selbst die Möglichkeit, die Grenzen seiner Länder festzusetzen und dabei politische, wirtschaftliche und landsmannschaftliche Überlegungen in die Waagschale zu werfen.

Wir wissen, daß im südlichen Baden zugunsten der Wiederherstellung des früheren Landes geworben wird. Wir wissen, daß man sich in den nordbadischen Städten ebenso leidenschaftlich für den Zusammenschluß der früheren Länder einsetzt. Wir wissen, daß das durch eine unsinnige Grenzlinie von uns geschiedene Land Württemberg-Hohenzollern überwiegend den Südweststaat erstrebt, weil seine Bewohner wieder mit dem ganzen Württemberg vereinigt sein wollen.

Auch bei uns haben Regierung und Landtag, Städteverband und Gemeinderat, Gewerkschaften und viele Einzelpersönlichkeiten sich mit sachlicher Überzeugungskraft für einen Südweststaat ausgesprochen. Die Gründe sind so einleuchtend, daß eine andere Entscheidung uns kaum möglich erscheint:

Wir reden von Europa und müssen angesichts der Weltlage europäisch denken und handeln – wer vermag da noch eine deutsche Kleinstaaterei gutzuheißen?

Wir fordern eine Verbilligung der Verwaltung – wer kann nicht wünschen, daß aus dreißig Ministerien im südwestdeutschen Gebiet ein halbes Dutzend wird, aus drei Landtagen einer – von anderen Doppelorganisationen abgesehen?

Wir beklagen uns darüber, daß nur die großen Länder, Nordrhein-Westfalen oder Bayern, mit ihrem Gewicht sich durchzusetzen vermögen – wer kann nicht hoffen, daß unsere wirtschaftlichen und politischen Anliegen im Bereich von Württemberg und Baden ebenso einheitlich zur Geltung gebracht werden?

Wir bedauern, daß im Wege eines komplizierten Finanzausgleichs andere Bundesländer einen Teil unserer Steuern erhalten, für uns in ihrer Verwendung unkontrollierbar – wer möchte nicht lieber diese Gelder der eigenen Wirtschaft in einer größeren Heimat zugute kommen lassen?

Allein, meine Mitbürger, mit Reden, Wünschen und Klagen ist es nicht getan. Wir haben jetzt die Gelegenheit, uns politisch zu **entscheiden.** Wer der Stimmurne fernbleibt, billigt die jetzigen willkürlichen, von uns Ulmern besonders schmerzlich empfundenen Grenzen. Wer für die früheren Länder stimmt, blickt rückwärts.

Wer vorwärts blickt, stimmt für den Südweststaat.

Wir Ulmer sind stolz auf eine alte demokratische Verfassung, die jeden Bürger politisch selbstverantwortlich machte.

Dem wollen wir uns auch jetzt nicht entziehen.

Im Namen des Gemeinderats der Stadt Ulm

THEODOR PFIZER

Oberbürgermeister

Ulm, 20. September 1950

An alle

Haushaltungen!

21/9.50

Donnerstag.

M i t b ü r g e r !

Der Stadtrat der Stadt Mannheim hat sich wiederholt - zuletzt am 8. August d.J. - einmütig (bei Stimmenthaltung der kommu - nistischen Mitglieder) für die Bildung des S ü d w e s t - s t a a t e s aus den jetzigen drei südwestdeutschen Ländern ausgesprochen.

Der Stadtrat ist die gewählte Vertretung der Mannheimer Bür - gerschaft. Er ist auf Grund seiner Arbeit in der Lage, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Stadt zu übersehen. Wenn er einmütig zu der Auffassung gekommen ist, daß Mannheim im Südweststaat weit besser fährt, als in einem neugebildeten Altbaden, dann kann die Bürgerschaft das Ver - trauen haben, daß diese Entscheidung die richtige ist.

Kein Mannheimer Bürger lasse sich von den falschen Argumen - ten der Altbadener beeinflußen ! Jeder denke auch daran, daß die Neubildung des altbadischen Landes die Hoffnung, den Rhein hier bei Mannheim als Ländergrenze zu beseitigen, end - gültig vernichtet.

Wer Mannheim liebt und unserer Stadt eine günstige Entwicklung auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet wünscht, der versäume am Sonntag, den 24. September nicht, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen und seine Stimme für die Bil - dung des Südweststaates abzugeben. Für jeden Mannheimer ist das Recht zur Beteiligung an der Volksabstimmung in diesem Fal- le Pflicht, an der notwendigen Entscheidung mitzuwirken !

Im Namen
~~Der Vorsitzende~~ des Stadtrates,

Dr. Heimerich

Oberbürgermeister

So stimmt man für
den Südweststaat

Stimmzettel

Entschliessung des Stadtrats der Stadt Pforzheim zur Volksbefragung über den Südweststaat am 24.9.5o

Der Stadtrat hat am 3o.3.1949 mit überwältigender Mehrheit erklärt, dass nach seiner Auffassung für die Weiterentwicklung der Stadt Pforzheim und des zu ihr gehörigen Raumes die Bildung eines Südweststaates aus den jetzigen 3 südwestdeutschen Ländern wesentlichste Voraussetzung ist. Der Kreistag des Landkreises Pforzheim hat sich am 2.4.49 ebenfalls einstimmig zu dieser Auffassung bekannt.

In wenigen Tagen, am 24.9.195o, wird nun die stimmberechtigte Bevölkerung der früheren Länder Württemberg und Baden im Wege der Volksbefragung ihre Meinung zur Bildung des Südweststaates oder zur Rückbildung der alten Länder zu erklären haben. Der Stadtrat wiederholt aus seiner Verantwortlichkeit für die Schaffung einer günstigen Entwicklung unseres Raumes und unserer Stadt noch einmal seine Auffassung und bittet gleichzeitig die Bevölkerung der Stadt Pforzheim und des zu ihr gehörigen Gebietes, ganz gleich, ob es badisch oder württembergisch ist, sich am 24.9.195o für den Südweststaat auszusprechen. Er hält eine grosszügige Lösung der noch schwebenden verkehrspolitischen, verwaltungsmässigen, sozialpolitischen und der anderen unseren Raum betreffenden Fragen nur für gegeben, wenn nicht mehr die früheren Ländergrenzen und der Ländereogoismus hindernd im Wege stehen. Er wünscht die Angleichung der politischen und verwaltungamässigen Grenzen an die vom Menschen und seinem Wirken her geschaffenen Bedürfnisse und Erfordernisse.

Der Stadtrat teilt nicht die Auffassung, wie von altbadischer Seite verbreitet wird, dass die Probleme Pforzheims und seines Raumes auch auf der Basis der alten Länder und im Wege von Vereinbarungen gefördert werden könnten; er verweist auf die vielfachen Enttäuschungen in der Vergangenheit und fordert deshalb eine Loslösung von den bisherigen Gebundenheiten.

Er fordert alle stimmberechtigten Frauen und Männer der Stadt und der mit ihr verkehrsmässig und wirtschaftlich, stammesmässig und durch vielfache verwandtschaftliche Verbindungen verbundenen Umgebung auf, ihre Stimme für den Südweststaat abzugeben und vor allen Dingen dieser hochpolitischen Entscheidung nicht fernzubleiben.

Der Vorsitzende des Stadtrats:
gez. Dr. Brandenburg
Oberbürgermeister.

18. Sep. 1950

Staatsministerium

Stuttgart-O, den 15. September 5o.

Richard-Wagner-Straße 15
Fernsprecher: 915 40, 915 48/49

IV/19

Sehr spricht noch

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr. h.c.Hermann Heimerich
M a n n h e i m

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Ihr Schreiben vom 13.d.M. an Herrn Ministerpräsident Dr.Maier ist beim Staatsministerium eingelaufen.

Der Herr Ministerpräsident ist z.Zt. nicht in Stuttgart. Er hat wohl an der Feier des Arbeitsbeginns des Heidelberger Hauptbahnhofes teilgenommen, jedoch gegen den Rat seines Arztes und nur im Hinblick auf die Bedeutung dieser Feier im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Südweststaat. Seine Dienstgeschäfte wird der Herr Ministerpräsident erst um den 2o.September herum aufnehmen können. Er hat sich dann sofort für Veranstaltungen verpflichtet und wird am 22. September in Stuttgart zusammen mit Herrn Staatspräsident Dr.Müller sprechen. Es wird deshalb nicht möglich sein, dass er am selben Tag auch nach Mannheim kommt, so gerne er sicher mit Herrn Staatsrat Prof.Dr.Carlo Schmid zusammen dort gesprechen hätte.

Ich bitte um Ihr Verständnis für diese Sachlage.

In ausgezeichneter Hochachtung
Ihr sehr ergebener

(Konrad Wittwer)
Staatsrat

den 13. Sept. 1950

Herrn

Ministerpräsidenten
1.) Dr. Reinhold M a i e r,

S t u t t g a r t

Staatsministerium

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident !

Ich habe mir in den vergangenen Monaten wiederholt erlaubt, wegen eines Besuches in Mannheim an Sie heranzutreten, weil ich einen solchen Besuch schon aus psychologischen Gründen und auch im Hinblick auf die Südweststaat-Entscheidung für notwendig hielt. Leider haben Sie zur Einweihung der "Kurpfalzbrücke" abgesagt. Da Sie aber nun gesundheitlich wieder hergestellt sind, können Sie vielleicht doch noch vor der Südweststaatabstimmung einen Besuch in Mannheim möglich machen. Ich habe jetzt hinsichtlich des Abstimmungsergebnisses einige Sorgen, nachdem die Altbadener wirklich alle Agitationsmöglichkeiten ausschöpfen. Nach einer heutigen Zeitungsnotiz hat sich jetzt auch der Freiburger Erzbischof für Altbaden erklärt; außerdem gehen meine Informationen dahin, daß die Kommunisten ihre Anhänger zur Stimmabgabe gegen den Südweststaat auffordern werden. Kommunistische Versammlungen finden in den nächsten Tagen in zahlreichen Orten statt, so z.B. auch am 20. September in Mannheim im Rosengarten.

Ich würde es für sehr gut halten, wenn Sie in Mannheim für den Südweststaat sprechen könnten, und zwar am Freitag, den 22. September im Rosengarten zusammen mit Professor Carlo Schmid. Ihr Erscheinen in Nordbaden würde zweifellos einen

./.

Eindruck auf die Bevölkerung nicht verfehlen und vor allem auch in der Presse einen Nachhall finden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

bin ich Ihr ergebener

1a) Je eine Abschrift an Herrn Dr. Gutermann und Herrn Stadtrat Ott -
2.) W.V. 18.9.5o

Obgmstr.

Artikel im "Rundschau"

Mannheim, den 13. September 1950

Wie schlecht die Altbadener im Bilde sind, geht daraus hervor, dass sie in der neuesten Nummer der Badischen Post berichten, dass Oberbürgermeister Dr. Heimerich aus Schleswig-Holstein stamme. Diese Nachricht ist grundfalsch, da Oberbürgermeister Dr. Heimerich in Würzburg geboren ist und den grössten Teil seines Lebens in fränkischen Gebieten gewohnt hat. Auch das badische Bauland mit den Orten Wertheim und Tauberbischofsheim ist fränkisches Land. Im übrigen erscheint es unerhört, nordbadische Oberbürgermeister - die Oberbürgermeister von Heidelberg und Pforzheim sind auch nicht in Baden geboren - als Fremdlinge zu disqualifizieren. Wie viele von den heute in Baden Wahlberechtigten sind wirklich auch in Baden geboren ? Will man etwa auch den Heimatvertriebenen, die heute in Baden ansässig sind, kein volles Bürgerrecht zuerkennen ?

11. September 1950.

1.) An die Vereinigung Südwest - Herrn Dr. D. O n c k e n -
Weinheim a:d.B. Weststr. 2

Sehr geehrter Herr Dr. Oncken !

Ich habe mir für den Tag der Volksabstimmung und den Tag vorher, also für Sonntag, den 24. September und Samstag, den 23. September folgende Propaganda gedacht:

In Mannheim stehen die kurpfälzer Jäger zur Verfügung. Wie mir der Polizeipräsident sagte, werden diese Jäger zweifellos bereit sein, für den Südweststaat zu reiten, natürlich außerdienstlich. Es könnten drei Reitertrupps gebildet werden, bestehend aus je zwei Jägern und einem Bläser, sodaß neun Mann erforderlich sind. Diese drei Trupps könnten dann durch alle Stadtteile reiten. Der Bläser müßte die Hand frei haben für seine Signale. Die beiden anderen könnten ein Plakat tragen, und zwar eines mit der Aufschrift "Wir reiten für den Südweststaat" und das andere mit der Aufschrift "Gebt Euere Stimme ab für die Vereinigung von Baden und Württemberg" oder so ähnlich. Ich habe dem Polizeipräsidenten gesagt, daß die reitenden Jäger natürlich eine Entschädigung erhalten würden; besonders hoch braucht sie wohl gar nicht zu sein.

Bitte setzen Sie sich in dieser Angelegenheit mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Dr. Leiber, in Verbindung und vereinbaren Sie mit ihm einen Besuchstermin. Herr Dr. Leiber wird dann den Kommissar hinzubitten, der der berittenen Polizei in Mannheim vorsteht. Alles Nähere kann dann bei dieser Unterredung vereinbart werden.

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr

2.) Nachricht an den Verein Kurpfalz - K 5

3.) Z.d.A.

Obgmstr. Hg.

DER PRÄSIDENT
DES LANDESBEZIRKS
BADEN

ABT. INNERE VERWALTUNG
-Ministerialrat Dr.Unser-

KARLSRUHE, den 10.August 1950.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Die Arbeitsgemeinschaft der Badener hat Flugblätter anschlagen lassen mit der Überschrift „Weg mit den Schlag=wörtern". Unter einer der ersten Ziffern wird folgende Behauptung aufgestellt: „Wir sind für einen kleinen Staat, weil sich ein kleiner Staat billiger verwalten läßt."

Aus diesem Grunde erlaube ich mir, Jhre Aufmerksamkeit auf die beiden in Abschrift beiliegenden Zusammenstellungen unseres Stat.Landesamts über die persönlichen Ausgaben der Gebiete im Südwestdeutschen Raum in DM auf den Kopf der Bevölkerung vom 21.Juni 1948 bis 31.März 1949 und die Steuerkraft in den südwestdeutschen Gebieten vom 1. April 1946 bis 31.März 1950 zu lenken, die m.E. der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden sollten.

Jch erlaube mir, Sie bestens zu grüßen

Jhr sehr ergebener

Remmele

An Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Heimerich
M a n n h e i m .

Plakate

Gartenbauausstellung.

~~Umlage 100 000 DM.~~

Stellungnahme
gegen Leitung
der Altstädter

Reklameschilder
in der Stadt.

~~12 14 März.~~

Dr. Otto OE. G.

Persönliche Ausgaben.

der Gebiete im südwestdeutschen Raum in DM auf den Kopf der Bevölkerung
vom 21. Juni 1948 bis 31. März 1949
(DM-Abschnitt 1948)

Verwaltungszweige	Württemberg-Baden insges	Nord=württ.	Nord=baden	Süd=baden	Süd=württ.	Gesamtgebiet
Allgemeine Verwaltung	1,97	2,21	1,59	2,73	3,03	2,33
darunter: Oberste Staatsorgane	-.3o	-.39	-.17	o,34	-.47	-.34
Innere Verwaltung	1.67	1.82	1.42	2,39	2,56	1,99
Staats- und Rechtssicherheit	5,91	5,89	5.96	9.44	7.19	6.87
darunter: Polizei	2,33	2,29	2,39	5,80	4,oo	3,34
Rechtspflege	3,36	3,34	3,4o	3,47	3,o5	3,33
Bildungswesen	17,95	15,97	21,19	20,57	17,83	18,46
darunter: Schulwesen	14,12	13,2o	15,63	16,69	18,81	14,77
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	3,o1	2,74	5,55	3,88	2,98	3,67
Sozialwesen	3,91	3,67	4,26	3,77	4,91	4,o6
darunter: Arbeitsverwaltung	1,47	1,35	1,65	1,8o	1,11	1,47
Kriegsfolgenfürsorge	1,23	1,32	1,o6	o,49	2,23	1,26
Gesundheitswesen und Leibesübungen	o,99	o,83	1,24	1,17	1,4o	1,1o
Bau- und Wohnungswesen, Wirtschaft u. Verkehr	4,76	5,28	3,9o	8.82	6,44	5,89
darunter: Bau- und Wohnungswesen	o,91	o,8o	1,o8	1,8o	1,8o	1,25
Ernährung, Land- u. Forst=wirtschaft	1,88	2,o8	1,56	4,4o	2,63	2,53
Handel, Industrie u. Gewerbe	o,87	1,o9	o,52	o,71	o,89	o,84
Verkehr	1,1o	1,31	o,74	1,91	1,12	1,27
Finanzwesen	17,o3	15,92	18,84	21.95	15,o5	17,67
darunter: Versorgung	12,o2	1o,79	14,o2	12,82	1o,72	11,94
übrige Finanz- u. Steuerverwaltung	5,o1	5,13	4,82	9,13	4,33	5,73
Politische Befreiung u. Kriegsfolgelasten	2,o8	3,26	o,14	3,42	1,56	2,26
darunter: Politische Befreiung	2,o4	3,21	o,12	1,8o	o,6o	1,73
Kriegsfolgelasten	o,o4	o,o5	o,o2	1,62	o,96	o,52
Gesamtsumme	53,61	52,2o	55,91	7o,71	56,o1	57,52
Belastung im Verhältnis zum Gesamtgebiet (v.H.)	93,2	9o,6	97,4	124,7	97,4	1oo,o
zu Nordwürttemberg	1o2,7	1oo,o	1o7,1	135,5	1o7,3	11o,2
Aufteilung: Beamte, Beamtengehälter	22.26	2o.52	25.1o	35.98	25.82	25,7o
Angestelltenvergütungen	15.52	16.15	14.49)	21.91	18.13	19.16
Arbeiter	3.o3	3.73	1.88)			
sonstige persönliche Ausgaben	o.78	1.oo	o.42	o.oo	1.34	o.72
Versorgung	12.o2	1o.79	14.2	12.82	1o.72	11.95
Gesamtsumme	53.61	52.2o	55.91	7o.71	56.o1	57.52

(...)

An persönlichen Ausgaben hatten die Länder des südwestdeutschen Raumes

	Württ.-Baden	Nord=württ.	Nord=Baden	Süd=Baden	Württ.-Hohenz.
1947 RM je Kopf	67,67	1)	1)	74,84	67,52
1948 2) RM/DM je Kopf	71,48	69,6o	74,55	94,28	74,68

1) im einzelnen nicht veröffentlicht 2) auf 12 Monate umgerechnete Ergeb=nisse ($\frac{4}{3}$ der obigen Ausgaben des DM-Abschnitts)

Bei einem durchschnittlichen Kopfbetrag aller Länder des Bundesgebietes im RJ. 1947 von 57,38 RM lagen alle südwestdeutschen Gebiete erheblich über dem Länderdurchschnitt (Württ.-Baden um 19,7 v.H., Südbaden um 30,4 v.H., Württ.-Hohenz. um 17,7 v.H.). Südbaden hatte die höchsten persönlichen Aus=gaben aller Länder des Bundesgebiets (von den Stadtstaaten Hamburg und Bre=men abgesehen). Die an Fläche und Bevölkerung kleineren Länder hatten einen relativ höheren Personalaufwand als die größeren Länder. Wegen der verschie=denen Aufgabenverteilung zwischen Land, Kreisen und Gemeinden lassen sich diese Ausgaben der Länder des Bundesgebiets nicht ohne weiteres vergleichen. Im Südwestdeutschen Raum bestehen jedoch keine erheblichen Unterschiede sol=cher Art.

Die niedrigsten persönlichen Ausgaben der 4 Gebiete hatte Nordwürt=temberg, Nordbaden und Südwürttemberg kamen einander sehr nahe, lagen aber mit mehr als 7 v.H. über Nordwürttemberg, während Südbaden sogar 35 v.H. mehr ausgab. Dabei trug Nordwürttemberg nicht unerhebliche Ausgaben für das ganze Land (Landtag), die gegenüber der Landesbezirksverwaltung größere Aus=gaben verursachenden Ministerien; außerdem sind im Nord-württ.Haushalt die ganzen Ausgaben der politischen Befreiung enthalten. Die wesentlichsten Mehrausgaben sowohl Nord- als Südbadens im Vergleich zu Nordwürttemberg ent=standen bei dem Bildungswesen und den Versorgungsausgaben. Südbaden und Süd=württemberg weisen bei der Polizei erheblich höhere Aufwendungen aus. (für welche Nordwürttemberg und Nordbaden die in den beiden anderen Ländern feh=lenden sehr erheblichen Polizeikostenzuschüsse an die Städte leisteten, die aber nicht unter den persönlichen Ausgaben enthalten sind). Stark aus dem Rahmen fallen auch in Südbaden die Ausgaben für die Verwaltungszweige Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, übrige Finanz- und Steuerverwaltung, Verkehr (Straßen) und Kriegsfolgelasten.

In allen 4 Gebieten entfiel der höchste Anteil auf die Beamtenge=hälter, bei welchen die ungewöhnliche Höhe in Südbaden auffällt. Die Ver=sorgungsausgaben enthalten auch die Pensionen für bezirksfremde Berechtigte und ehemalige Wehrmachtsangehörige, die bei den Gebieten sehr unterschied=liche Höhen erreichten, übrigens waren die Versorgungsausgaben im alten Lande Baden schon immer höher als in den anderen süddeutschen Ländern.

Im Verhältnis zum Bruttobetrag aller Ausgaben der sog.Hoheitsver=waltungen (Verwaltungszweige der Tabelle) machten die persönlichen Ausgaben in v.H. aus in

	Württ.-Baden	Nord-Württ.	Nord-Baden	Süd=Baden	Süd.-Württ.
1947	24,o	-	-	15,1	18,3
1948 (DM-Ab=schnitt)	23,9	24,4	23,3	25,1	21,8

Die bisherigen

Diese Verhältniszahlen werden sich vom Jahre 1950 an erheblich ändern (erhöhen), weil die persönlichen Ausgaben nach dem Übergang durchschnittlich der Hälfte aller Ausgaben der Länder auf den Bund gleichwohl nahezu ganz zu Lasten der Länder bleiben, in den Haushalten also vom verbleibenden Restaufwand einen höheren Teil beanspruchen werden. Der folgende Vergleich der persönlichen Ausgaben mit den bisherigen und den künftigen Steuereinnahmen der Länder läßt dies ebenfalls erkennen.

Setzt man die persönlichen Ausgaben ins Verhältnis zum Steueraufkommen (beide auf den Kopf der Bevölkerung berechnet), so ergibt sich eine sehr unterschiedliche Inanspruchnahme der Steuern für diesen Zweck.

		Württ.-Baden	Nord-württ.	Nord-baden	Süd-Baden	Württ.-Hohenz.
Von dem gesamten Steueraufkommen je Kopf	1947	402,55	394,45	415,67	424,6o	257,95
	1948 xx	223,62	217,95	232,9o	176,62	143,68
waren zur Deckung der persönlichen Ausgaben nötig v.H.	1947	17,1	x	x	18,5	26,2
	1948 xx	23,9	23,9	24,o	4o,o	39,o
Von den nach der neuen Verteilung dem Land verbleibenden	1947	257,45	267,32	241,62	196,61	169,64
	1948 xx	12o,77	128,68	107,83	77,o2	78,21
wären hierfür verbraucht worden v.H.	1947	26,7	x	x	4o,1	39,7
	1948 xx	44,3	40,6	51,8	91,8	71,6

x Einzelangaben liegen nicht vor
xx DM-Abschnitt.

Die Steuerkraft in den südwestdeutschen Gebieten vom 1.4.1946 - 31.3.1950.

Aus der Vergleichung des Aufkommens der Einkommensteuer (Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer) und der Vermögensteuer - beide Steuerarten wurden als die "Personalsteuern" bezeichnet - sowie der Umsatzsteuer wurde früher von dem Stat.Reichsamt die Steuerkraft der Oberfinanzbezirke und Länder berechnet. Nachdem nunmehr die Steuerergebnisse der 4 Rechnungsjahre 1946 - 1949 vorliegen, wurde eine entsprechende Berechnung für die südwestdeutschen Gebiete aufgestellt. Dabei blieb die Vermögenssteuer wegen ihres nach dem 20.6.1948 vorübergehend fast bis zur Bedeutungslosigkeit gesunkenen Anteils am Steueraufkommen ausser Betracht, da sie auch in den nächsten Jahren noch keine erheblichen Erträge liefern wird.

Die 4 graphischen Darstellungen zeigen unter I. die Entwicklung in den auf einen Kopf entfallenden Steuerbeträgen (absolute Werte), unter II. bei Bewertung des nordwürttembergischen Aufkommens je Kopf mit 100 v.H. (als Maßstab) die Annäherung der übrigen Gebiete an diesen Maßstab oder ihre Entfernung von demselben (relative Werte) .

In RM/DM auf den Kopf der Bevölkerung (absolute Werte) verlief die Entwicklung wie folgt:

	1946	1947	1948	1949	4-jähr. Mittel
bei den Einkommensteuern					
in Nordwürttemberg	147,90	191,15	173,54	177,94	172,63
Nordbaden	149,96	183,79	154,76	133,53	155,51
Südbaden	115,14	142,84	114,89	112,47	121,33
Süd-Württ. (mit Hohenzollern)	93,75	113,16	112,29	112,76	107,99
bei der Umsatzsteuer					
in Nordwürttemberg	43,90	58,71	76,83	103,83	70,32
Nordbaden	46,19	57,00	69,19	84,63	64,25
Südbaden	31,61	45,81	53,85	77,25	52,13
Süd-Württ.(mit Hohenzollern)	28,65	38,41	52,79	80,72	50,14

Dem s tarken Rückgang der Einkommensteuer nach 1947 in Nordbaden steht 1949 wieder ein Mehraufkommen in Nordwürttemberg, ein leichtes Ansteigen in Südwürttemberg und ein erheblich geringeres Minus in Südbaden gegenüber.

Auf die einzelnen Gebiete entfielen folgende v.H.-Anteile an der Gesamtbevölkerung und dem gesamten Aufkommen der Einkommen- und der Umsatzsteuer im Südwestraum:

Gebiete	Bevölkerung am 1.10.49	Steueraufkommen 1946/49 aus Einkommen	Umsätzen
Nordwürttemberg	38,1	45,0	43,6
Nordbaden	23,3	24,9	24,3
Südbaden	20,5	16,8	17,3
Südwürttemberg (mit Hohenzollern)	18,1	13,3	14,8

Die auf der Basis Nordwürttemberg = 100 v.H. ermittelten relativen

Werte der übrigen Gebiete und die entsprechenden Entwicklungslinien (II. der graphischen Darstellung) lassen, sinnfälliger als die folgenden Zahlen, die stärkere Steuerkraft in Nordwürttemberg gegenüber den Nachbargebieten erkennen. Sie zeigen bei der Einkommensteuer im Absinken der übrigen Gebiete die kräftigere Entwicklung in Nordwürttemberg und lassen die hier besonders ungünstige Lage Nordbadens (mit über 25 v.H. Rückgang im Verhältnis zu Nordwürttemberg seit 1946) hervortreten. Bei der Umsatzsteuer ist die sehr unterschiedliche Entwicklung in Nordbaden einerseits, in Südbaden und Südwürttemberg andererseits auffällig. Immerhin stand Nordbaden sowohl absolut als auch relativ mit den Endzahlen 1949 (bei den Einkommensteuern sogar um 17,7 v.H.) erheblich über den beiden Südgebieten, doch haben die Entwicklungslinien im Verhältnis zu Nordwürttemberg die gegenläufige Tendenz gerade im Jahre 1949 schärfer erkennen lassen.

Für diese relativen Werte wurden folgende v.H. - Zahlen (Steuererträge je Kopf in Hundertteilen der nordwürtt. Erträge) ermittelt:

	Einkommensteuern				Umsatzsteuern			
	1946	1947	1948	1949	1946	1947	1948	1949
Nordwürttemberg	100	100	100	100	100	100	100	100
Nordbaden	101,4	96,1	89,2	75,0	105,1	97,1	90,3	81,5
Südbaden	77,8	74,8	66,2	63,2	72,0	78,0	70,1	74,4
Südwürttemberg (mit Hohenzollern)	63,4	59,2	64,7	63,4	65,3	65,4	68,7	77,7

Mannheim, den 14. August 1950

15 AUG 1950

Herrn Direktor Dr. H o o k , Statistisches Amt

Ich bitte Sie die beiliegende Statistik in einem kleinen Aufsatz auszuwerten, der am besten zunächst wohl im Amtsblatt erschiene, und zwar möglichst bald.

Oberbürgermeister

Mannheim, den 16. August 1950

U. an den Herrn Oberbürgermeister zurück.
Auftragsgemäß wurde von mir ein kurzer Beitrag über das Thema „Die billigste Staatsverwaltung" für das Amtsblatt ~~verfaßt~~, der in der morgigen Ausgabe veröffentlicht wird. / liegt bei

Statistisches Amt:

A m t s b l a t t

vom 18. August 1950, Nr. 31

Die billigste Staatsverwaltung

Wenn in den letzten Wochen im nordbadischen Hinterland, im Raum von Karlsruhe und Pforzheim oder im Oberland, wo die Rufer im Streit um die Wiederherstellung Alt-Badens einen besonders betonten Eifer an den Tag legen zu müssen glauben, Flugblätter zur Verteilung kommen, in denen die Bildung des kleinen Staates (Baden) verlangt wird, weil dieser angeblich auch die kleinsten Staatsaufgaben verbürgt, so wird jeder objektiv denkende Mensch, der auch nur einen blassen Schimmer von den Dingen der Verwaltung hat, zum Widerspruch geradezu gereizt.

Man kann sich an den fünf Fingern abzählen, daß beispielsweise in einem Gebiet, in dem — sagen wir — sechs Millionen Menschen wohnen und wirtschaftlich tätig sind, zwangsläufig bei einer Aufteilung dieses Gebietes in drei staatliche Hoheitsgebiete höhere Verwaltungskosten auf den Kopf der „verwalteten" Bevölkerung entfallen müssen als in dem Falle, daß dieses Gebiet e i n — zentral verwaltetes — Staatsgebiet darstellt. „Zentral verwaltet" darf dabei nicht, wie etwa Gegner des staatlichen Zusammenschlusses gehässig genug bemerken könnten, so verstanden werden, daß alle für den zusammengeschlossenen Staat entscheidenden Regierungs- und Verwaltungsdienststellen in der zentralen Landeshauptstadt etabliert sind; nichts wäre verfehlter als diese Annahme. Es wird im Gegenteil sogar so sein, daß eine Reihe von staatlichen Verwaltungsorganen mit ihrer obersten Dienstbehörde durchaus nicht in der Landeshauptstadt, sondern dezentralisiert in den verschiedensten Städten des Landes untergebracht sind. So und nicht anders ist der Gedanke der staatlichen Zusammenfassung auch von den prominenten Vertretern des Südweststaat-Gedankens bei allen Gelegenheiten propagiert worden. Damit verhält es sich übrigens ähnlich wie mit der Verwaltung des Bundes, der auch nicht, wie den Verfechtern der altbadischen Staatsidee ja wohl nicht unbekannt geblieben ist, alle zentralen Verwaltungsdienststellen in den Mauern der Bundeshauptstadt Bonn eingezwängt hat.

Wenn aber — und das kann wohl von keinem objektiv urteilenden Menschen bestritten werden — das südwestdeutsche Siedlungsgebiet dreimal mit staatlichen Hoheitsgrenzen wie zur Zeit aufgeteilt ist, wenn drei Länder-Parlamente bestehen, wenn drei Regierungen vorhanden sind, so müssen folglich auch die den einzelnen Verwaltungsressorts zugehörigen Personaldienststellen geschaffen und besetzt sein. So ist es kein Wunder, daß die Summe der Verwaltungsausgaben für die drei südwestdeutschen Länder die entsprechenden Verwaltungsausgaben eines Bundeslandes, das etwa gleich groß oder gar noch größer ist, erheblich überschreitet. Diese Tatsache, auf den Vergleich der drei südwestdeutschen Länder untereinander angewandt, ergibt den nicht anders zu erwartenden Schluß, daß das Kleinste dieser drei Länder — nämlich Süd-Baden — bei weitem die kostspieligste Staatsverwaltung aufweist .

Das Badische Statistische Landesamt Karlsruhe, über dessen bemerkenswerte Publikationen bezüglich des verhältnismäßig hohen Steuerertrages des Südweststaats in Nr. 18 des Amtsblattes berichtet worden war, hat dankenswerterweise einmal eine Untersuchung über die persönlichen Ausgaben der drei Länder im südwestdeutschen Raum für die Zeit vom 21. Juni 1948 bis 31. März 1949 angestellt und das Ergebnis im Kurzbericht Nr. 46 der Öffentlichkeit unterbreitet. Die wenigen paar Zahlen, die wir in dem hier knapp gesteckten Rahmen nur bringen können, sind daher nicht — wie manche Agitationsargumente der „anderen Seite" — lediglich aus der Tiefe des Gemüts hervorgeholt, sondern schwarz auf weiß gedruckt und jedem Alt-Badener ebenso wie jedem Neu-Südweststaatler zugänglich. Wie dort zu lesen steht, betrugen die persönlichen Ausgaben der Staatsverwaltung (wie gesagt für die Zeit vom 21. Juni 1948 bis 31. März 1949) in

	je Kopf der Bevölkerung
Nord-Württemberg	52,20 DM
Nord-Baden	55,91 DM
Württemberg-Baden	53,61 DM
Süd-Württemberg	56,01 DM
Süd-Baden	70,71 DM

Diese Relativ-Beträge sind an der zitierten Stelle nach Verwaltungszweigen aufgegliedert, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann. Als für den Leser wissenswert soll hier nur mitgeteilt werden, daß der hohe Personal-Aufwandsbetrag (je Kopf) von Süd-Baden mit 70,71 DM wohl in der Hauptsache damit erklärt werden muß, daß rund 36,— DM davon, also mehr als die Hälfte auf Beamten-Gehälter entfallen, demgegenüber die entsprechenden Beträge in den anderen Gebieten sich wie folgt belaufen:

Nord-Württemberg	20,52 DM
Nord-Baden	25,10 DM
Süd-Württemberg	25,82 DM

Wir sehen, daß — wenigstens an dem Anteil der Beamten-Gehälter an den persönlichen Ausgaben der Staatsverwaltung gemessen — der derzeitige Staat Südbaden erheblich mehr „verbeamtet" ist als die anderen Länder des Südwestraums.

Da die hier verglichenen persönlichen Ausgaben der Staatsverwaltungen nur einen Teil der staatlichen Verwaltungsausgaben darstellen, ist ein abschließendes Urteil über die höhere Verwaltungsökonomie der einzelnen Länder nicht möglich, doch dürfte das grundsätzlich hier zum Ausdruck Kommende und auch im einzelnen Bewiesene ohne einschneidende Veränderung im Schlußurteil auch auf die gesamte Verwaltung zutreffen.

Sehr aufschlußreich ist zuletzt eine kurze Betrachtung des Verhältnisses dieser persönlichen Staatsausgaben zu dem in den Ländern erzielten Steueraufkommen. Nach der Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes waren von dem Steueraufkommen je Kopf der Bevölkerung zur Deckung der persönlichen Verwaltungsausgaben nötig (im Jahre 1948) in:

	des Steueraufkommens
Nord-Württemberg	24 %
Nord-Baden	24 %
Württemberg-Baden	24 %
Süd-Württemberg	39 %
Süd-Baden	40 %

In Nr. 18 des Amtsblattes hatten wir mitgeteilt, daß nach der ab 1. April 1950 gültigen Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern folgende Kopfbeträge (unter Zugrundelegung des gleichen Steueraufkommens wie 1949) den einzelnen Ländern verbleiben:

Nord-Württemberg	203,— DM
Nord-Baden	154,— DM
Württemberg-Baden	185,— DM
Süd-Württemberg	132,— DM
Süd-Baden	138,— DM

Zu diesem geringen Steueraufkommen insbesondere Süd-Badens stehen die persönlichen Staatsverwaltungsausgaben, deren Höhe sich mittlerweile wohl nicht beachtlich geändert hat, in einem sehr vielsagenden Verhältnis, vor allem, wenn man die Umkehrung der Vergleichswerte für Württemberg-Baden betrachtet. An diesen unanfechtbaren Relativzahlen über die staatlichen Verwaltungskosten sollten die Wortführer in beiden Lagern — also die Anhänger und die Gegner des Südweststaates — nicht vorbeigehen. Die einen, indem sie deren Aussagewert bei gegebener Gelegenheit gebührend hervorheben, — die anderen, indem sie ihn mit Bedacht zu verschweigen allen Anlaß haben.

Dr. Hook

29. Aug. 1950

Mannheimer Zeitungs-Verlag G. m. b. H.

MANNHEIM

Herrn
Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Hermann Heimrich
M a n n h e i m

MANNHEIM, 28. August 1950.

Antworten an folgende Anschrift:

Sonderheft
„Lebensraum Südweststaat"
Redaktion:
Dr. Dr. Karl Hook
Dir. des Statist. Amtes Mhm. K 5

K/4

Hoch-geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wir beehren uns, Ihnen anbei 3 Autoren-Exemplare der soeben erschienenen Schrift „Lebensraum Südweststaat" ergebenst zu überreichen und verbinden damit unseren aufrichtigen Dank für Ihre geschätzte Mitarbeit.

Was die redaktionelle Fassung der Schrift angeht, so gestatten wir uns zu bemerken, daß wir sowohl aus herausgabetechnischen Gründen wie insbesondere im Hinblick auf die gebotene Notwendigkeit, jede Verärgerung zu vermeiden, uns entschlossen haben, von der Aufnahme von Fotos über Baulichkeiten und Landschaften des Interessengebiets generell abzusehen. In den Fällen, in denen in den einzelnen Abhandlungen Zwischenüberschriften, Diagramme, Kartenskizzen usw. zur Behebung des Textes eingestreut, bezw. die von den Herren Autoren gelieferten Zeichnungen und Diagramme in gekürzter Form von uns wiedergegeben wurden, wurde im Hinblick auf die gebotene Beschleunigung der Herausgabe das Einverständnis der Herren Autoren stillschweigend vorausgesetzt.

Die Schrift wird nach dem im seinerzeitigen Prospekt angekündigten Rahmen in den nächsten Tagen kostenlos verteilt.

Mit dem Ausdruck verbindlichsten Dankes und vorzüglicher Hochachtung

Staatssekretär a. D. Dr. jur. Hugo Swart
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

Die Regierungserklärung der Württ.-Bad. Landesregierung zum Südweststaat und die Selbstverwaltung

1. Juli 1950

In einer Ende Mai dieses Jahres verfaßten Broschüre „Verwaltungsaufbau im Südweststaat einmal anders“ hatte ich zum Ausdruck gebracht, daß es bedauerlich wäre, daß seitens der zuständigen Stellen, insbesondere also des württembergisch-badischen Staatsministeriums, bisher keinerlei Pläne über die Gestaltung der Landesverwaltung im zukünftigen Südweststaat bekanntgegeben worden wären und damit die Bevölkerung über diese außerordentlich wichtigen Programmpunkte völlig in Unkenntnis gehalten würde. Ich habe dann selbst einen konstruktiven Vorschlag dahin gemacht, durch Schaffung von 2, evtl. aber auch, entsprechend der jetzigen Ländereinteilung, von 3 oder von 4 Kommunalverbänden höherer Ordnung auf ehemaliger Landes- bzw. Bezirksebene oberhalb der Kreisebene landschaftlich verbundene Selbstverwaltungskörperschaften nach dem Muster der ehemaligen preußischen Provinzialverbände mit weitgehendem Zuständigkeitsbereich zu schaffen. Dies wären dann die gegebenen Traditionsträger der einzelnen Landesteile im neuen Gesamtstaat, so wie dies in Preußen nach 1866 die neugeschaffenen kommunalen Provinzial- bzw. Bezirksverbände von Hannover, Schleswig-Holstein, Kurhessen und Nassau mit bekanntlich größtem Erfolg gewesen sind. Des näheren darf ich auf die angezogene Broschüre verweisen.

Inzwischen hat die württembergisch-badische Landesregierung durch Veröffentlichung einer Regierungserklärung zum Südweststaat, der Landtagsverhandlung darüber und des Entwurfs eines Staatsvertrags zwischen den drei beteiligten Länderregierungen, wie er von dem vorbereitenden Ausschuß am 24. 8. 1948 in Karlsruhe entworfen worden war, in dem Meinungsstreit um den Südweststaat Stellung bezogen und mit der Veröffentlichung des Staatsvertragsentwurfes erfreulicherweise die bisherige Geheimnistuerei in puncto gedachter Verwaltungsorganisation aufgegeben.

Wenn ich sagte „erfreulicherweise“, so bezieht sich dies nur auf die T a t s a c h e der Veröffentlichung, nicht auf den Inhalt des Staatsvertragsentwurfes, der leider in manchen Punkten alles andere als erfreulich ist. Es hat sich gezeigt, daß die in der von mir erwähnten Broschüre geäußerten Befürchtungen, daß eine die berechtigten Forderungen der jetzigen Länder bzw. Länderteile nach Erhaltung ihres

landschaftlichen Eigenlebens befriedigende Lösung nicht nur durch Staatsverträge vor der Konstituierung des Südweststaats geschaffen werde könnte, sich leider voll erfüllt haben. Ich habe dazu ausgeführt:

„Schon konstruktiv ergeben sich aus solchen Vorbelastungen mit Rücksicht auf die zukünftige Gestaltung der Verfassung des neuen Staates und die Souveränität des späteren Parlaments Schwierigkeiten.

Auch ist zu fürchten, daß dabei die Ministerialbürokratie der verschiedenen Länder, die ja die Verträge zu entwerfen hat, ihnen ein entsprechendes Gesicht geben wird, in dem von wirklicher demokratischer Selbstverwaltung der Bevölkerung nicht viel verzeichnet sein dürfte, abgesehen vielleicht von einzelnen schönen Versprechungen auf dem Papier."

Es war für mich hochinteressant, hiermit aus der mir bei Niederschrift dieser Sätze noch nicht bekannten Regierungserklärung vom 30. 5. 1950 folgende Worte zu vergleichen:

„Ganz am Anfang, im Herbst 1948, hatte Baden einen Staatsvertrag gefordert. In diesem Vertrag sollte die staatsrechtliche Gestaltung des neuen Landes in bindender Form festgelegt werden; Dinge, welche durch die zukünftige Verfassunggebende Versammlung des Südweststaats zu regeln waren, dieser entzogen und vorweg geregelt werden. Eine derartige Festlegung der zukünftigen Verfassung erachteten wir als mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar. Wir fühlten uns nicht zu der Rolle regierender Fürsten berufen, welche die Zukunft ihrer Länder festlegten. Diese Grundfrage hat später das Volk zu entscheiden. Uns lag die Vereinbarung eines sachlichen Arbeitsprogramms am Herzen."

Wenn man diese absolut richtige und erfreuliche Erklärung für sich allein nimmt, müßte man daraus folgern, daß das württembergisch-badische Staatsministerium schon damals und erst recht wohl jetzt eine Vorwegnahme der Regelung der Staatsverwaltung, die ja ein wesentlicher Teil der Verfassung ist, vor Entscheidung durch das Volk ablehnte. Demgegenüber steht die Tatsache, daß in dem Karlsruher Staatsvertragsentwurf nicht nur, worauf die Regierungserklärung lobend hingewiesen hat, „Vereinbarungen über ein sachliches Arbeitsprogramm" enthalten sind, sondern in überwiegendem Maße, nämlich in drei von den vier Abschnitten, detaillierte Bestimmungen über die zukünftige Staatsverfassung und die Staatsverwaltung. Hier besteht eine nicht aufgeklärte Diskrepanz. Hat die württembergisch-badische Landesregierung damals ihre Auffassung, etwa um ein Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, im Kompromißwege geopfert? Hat die Regierung jetzt in ihrer Erklärung absichtlich nur Einzelheiten aus dem Staatsvertragsentwurf in puncto Arbeitsprogramm erwähnt, über die staatspolitischen Abschnitte aber geschwiegen, weil sie diese entsprechend ihrer grundsätzlichen Stellungnahme nicht für glücklich hält? Oder war unter dem Wort „Verfassung" seinerzeit lediglich die Fixierung eines ganzen Verfassungsaktes gemeint? Wie dem auch sei — warum ist jetzt der ganze Text des Vertragsentwurfs veröffentlicht worden? Es wäre beunruhigend, wenn man annehmen müßte, daß die württembergisch-badische Landesregierung jetzt, im Sommer 1950, vollinhaltlich hinter diesem Entwurf von 1948 stehen würde, also nicht nur hinter dem darin enthaltenen Arbeitsprogramm. Nach außen hin ist ja freilich „das Postulat des Staatsvertrages von Freiburg 1949 über Bord geworfen worden", wie es in der Regierungserklärung heißt und damit der jetzt veröffentlichte Entwurf von 1948 nur noch von musealem Wert. Da er aber ohne Erläuterung mit der Regierungserklärung zusammen veröffentlicht und damit aus der Dunkelkammer, in der er sich bisher befand, hervorgeholt worden ist, ist es unbedingt notwendig, dazu Stellung zu nhemen und die in ihm enthaltenen Fehlerquellen aufzuzeigen, die bei allen Freunden einer wahrhaft demokratischen Staatsverwaltung, insbesondere aber einer fortschrittlichen Selbstverwaltung, schwerste Bedenken und Widerstände ausgelöst haben. Der Entwurf des Staatsvertrages trägt das Datum 24. 8. 1948, ist also rund zwei Jahre alt und damit total veraltet, da er die innerpolitische Entwicklung der beiden letzten Jahre nicht berücksichtigt oder, richtiger gesagt, nicht voraussehen und berücksichtigen konnte. Diese Jahre haben aber gerade auf dem Gebiet des inneren Verwaltungsaufbaus im ganzen Bundesgebiet neue, entscheidende Momente gebracht. Zunächst ist der Bund entstanden und damit ein großer Teil der Landeszuständigkeiten auf ihn übergegangen. In Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz, in Hessen, ja sogar in Bayern ist man zur Zeit aus den Erfahrungen der letzten Jahre hinaus dabei, die innere Landesverwaltung stark umzubauen und zwar nach der Selbstverwaltungsseite hin, da das bisherige, 1945 eingeführte zentralistische Regierungssystem überall abgewirtschaftet hat. Das Ziel ist dort die Schaffung großer, landschaftlich begründeter kommunaler Selbstverwaltungsverbände oberhalb der Kreisebene in Anlehnung an das Muster der früheren preußischen Provinzialverwaltung bei Übertragung des größten Teils der jetzigen Verwaltungsaufgaben der Ministerien und anderer staat-

lichen Behörden. In Nordrhein-Westfalen und in Hessen erwägt man darüber hinaus sogar ernsthaft die Abschaffung der staatlichen Mittelinstanz der Regierungspräsidenten zugunsten dieser neuen höheren Kommunalverwaltung.

Im geraden Gegensatz zu diesen sehr lebhaften, den Zeiterfordernissen Rechnung tragenden Reformbestrebungen in den anderen Ländern, will der Staatsvertragsentwurf im Südweststaat vier staatliche Landesbezirke neu schaffen, bei denen (Art. 5) „in allen Angelegenheiten, die nicht über den Bereich eines Landesbezirks hinaus Bedeutung haben", die vollziehende Gewalt liegt. Die staatliche Verwaltungsbehörde der Landesbezirksverwaltung ist das Landesbezirkspräsidium (Art. 6). Es wird von einem Landesbezirkspräsidenten mit Hilfe von Landesdirektoren geleitet. Wir haben hier also ein verstärktes preußisches Regierungspräsidenten-System, dazu noch mit einigen, vom Staatsganzen her gesehen, sehr unerfreulichen Verlegenheitszusätzen: dem eigenen Bezirkshaushalt (Art. 8), dem Mitwirkungsrecht der Bezirkspräsidenten bei den Kabinettsberatungen und bei Entscheidungen der einzelnen Ministerien (Art. 7) und einer verwischten Zuständigkeitsgrenze. Wenn man durchaus eine staatliche Mittelinstanz hier, wo man sie bisher nicht gekannt hat (abgesehen von den nur sehr beschränkt zuständig gewesenen badischen Landeskommissären), schaffen will, die ich persönlich neben den Landeskommunalverbänden nicht für notwendig halte, über deren Zweckmäßigkeit man aber, wie ich zugeben muß, geteilter Meinung sein kann, so sollte man sie wenigstens als wirklich saubere, klar abgegrenzte staatliche mittlere Verwaltungsbehörde aufbauen, d. h. die Bezirkspräsidenten nicht in das Kabinett und nicht in die Ministerien hineinreden lassen, sondern sie als ausführende Außenbeamte dem Staatsmnisterium unterstellen. Dieses ist ja auch allein dem Landtag verantwortlich und also demokratisch verankert und kontrolliert. Die in dem Vertragsentwurf enthaltene Zwitterstelle der Landesbezirkspräsidenten hat ja schon im jetzigen Landesbezirk Nordbaden, wo sie durch das Statut von 1945 ähnlich konstituiert worden ist, zu fortgesetzten Klagen des Parlaments und der Bevölkerung geführt und nach keiner Richtung hin befriedigend gearbeitet.

Nun hat man sich bei Abfassung des Staatsvertragsentwurfs offenbar selbst geniert, daß man hinsichtlich des Verwaltungsaufbaus, bar jeder neuen konstruktiven demokratischen Idee, geglaubt hat, lediglich durch Zwischenschaltung einer rein bürokratisch verwalteten Mittelinstanz genügend dezentralisiert und genug für die Demokratisierung der Verwaltung getan zu haben. Aus diesem schlechten

Gewissen heraus hat man dann in den Staatsvertrag, abgesehen von einer allein programmatischen, an sich gut abgefaßten Erklärung in Art. 3 über Dezentralisation und Selbstverwaltung, einen ganzen, allerdings nur aus einem Artikel bestehenden, aber mit fettgedruckter Überschrift ausgestatteten Abschnitt 3: „Landesbezirke als Selbstverwaltungskörper" hereingebracht — ut aliquit fieri videatur.

„3. Abschnitt: Landesbezirke als Selbstverwaltungskörper.

Art. 10

Die Landesbezirke haben das Recht, solche öffentlichen Aufgaben unter eigener Verantwortung zu erfüllen, die ihnen durch Gesetz zugewiesen werden oder die sie mit Genehmigung der Landesregierung freiwillig übernehmen (Selbstverwaltung). Für solche Zwecke können die Stadtkreise und Kreisverbände eines Landesbezirks einen Landesbezirksverband nach Art eines Zweckverbandes bilden, der durch den Präsidenten des Landesbezirks geleitet und vertreten wird."

Der Staatsvertragsentwurf hinsichtlich der Gestaltung der Landesbezirksverwaltung ist in seinen Leitgedanken: sehr begrenzte Zuständigkeit lediglich von Staatsgnaden, Zweckverbandsform, Leitung und Vertretung" durch den staatlichen Bezirkspräsidenten", dem bayerischen Verwaltungsrecht entnommen, das diese Form von sogenannter Selbstverwaltungstätigkeit oberhalb der Kreisebene von allen deutschen Ländern allein kennt. In allen anderen Ländern war man sich schon vor der Nazizeit darüber klar, daß sich diese bayerische Konstruktion nicht bewährt hat und überhaupt keine echte Selbstverwaltung darstellt, die vor allem keinen Staatsbeamten als Leiter und bevollmächtigten Vertreter dieser Körperschaft duldet. Auch ist die Zweckverbandsform ihrer gesetzlich auf Einzelaufgaben beschränkten Zuständigkeit wegen für eine umfassende wirkliche Selbstverwaltungstätigkeit völlig unbrauchbar. Die bayerische Form der Bezirksselbstverwaltung konnte sich auch nur deswegen halten, weil sie eine minimale Zuständigkeit hatte, im wesentlichen die Verwaltung von landwirtschaftlichen Schulen, Beratung in Meliorationsangelegenheiten und sonstige wenig bedeutsame Verwaltungsakte. Aber auch in Bayern hat man die Unzulänglichkeit der bisherigen Bestimmungen erkannt und sucht zur Zeit nach einer besseren Formung, die deshalb nicht leicht zu finden ist, weil die bayerische Verfassung selbst (Art. 10 und 12) eine „Ausgestaltung der Regierungsbezirke zu demokratischen, auf dem allgemeinen Wahlrecht aufgebauten Selbstverwaltungskörperschaften" vorschreibt. Eine Denkschrift des bayerischen Innenministeriums hierzu

gibt das Versagen der bisherigen Form zu, was bei dem bekannten, staatsautoritären, zentralistischen Zug der bayerischen Verwaltung sehr viel bedeuten will; aber gleichwohl möchte das Innenministerium dort die staatliche Leitung der neu zu schaffenden oder umzugestaltenden Bezirksselbstverwaltung nicht aus der Hand geben im Gegensatz zum Landtag und den Wünschen der kommunalen Spitzenverbände im Lande.

Warum will man also im Südweststaat, um dem Staatsvertragsentwurf zu folgen, eine sogenannte Bezirksselbstverwaltung, die in Wirklichkeit gar keine Selbstverwaltung ist, in einer in allen deutschen Ländern früher und neuerdings abgelehnten Fehlkonstruktion neu einrichten? *Mit einem solchen unverkäuflichen Ladenhüter sollte man ein neues Staatswesen wirklich verschonen!* Damit kann man auch nicht das Versprechen der Verfassung von Württemberg-Baden nach einer Bezirksselbstverwaltung einlösen.

Das Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt a. M. hat Ende April eine Sondertagung mit dem Thema „Staatliche und kommunale Mittelinstanz" abgehalten, auf der ich das Referat über die kommunale Mittelinstanz gehalten habe. Bei dieser Tagung waren die meist bekannten Verwaltungsexperten und Kommunalpolitiker aus dem staatlichen, kommunalen und wissenschaftlichen Lager sämtlicher Länder des Bundesgebietes anwesend. In den am Schluß der Tagung festgelegten Leitsätzen findet sich u. a. folgender Abschnitt, gegen den sich lediglich die Vertreter des bayerischen Innenministeriums ausgesprochen haben:

> „Ob eine staatliche Mittelinstanz in den einzelnen Ländern bestehen bleiben oder neu eingeführt werden soll, ist für die höheren Kommunalverbände nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Die staatliche Mittelinstanz wäre nur dann, vom kommunalen Standpunkt aus gesehen, abzulehnen, wenn beabsichtigt wäre, ihr kommunale Aufgaben zu übertragen oder den Leiter der staatlichen Mittelinstanz gleichzeitig zum Leiter des höheren Kommunalverbandes zu machen."

Also weg mit dem unmöglichen 3. Abschnitt des Staatsvertragsentwurfs! Entweder man schaffe eine wirkliche Selbstverwaltung in Form von Landes- oder Bezirkskommunalverbänden, wie ich sie in meiner erwähnten Broschüre näher skizziert habe und wie man sie in Hessen schon hat und in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen jetzt wieder einführen will, mit eigenem Kommunallandtag, gewählt von den Vertretungen der Stadt- und Landkreise, eigener Zuständigkeit und eigener Finanzwirtschaft, eigenem Verwaltungs-Ausschuß,

eigenem leitenden, vom Kommunallandtag gewählten Beamten, oder man lasse, wenn man dies nicht fertig bringt, die Finger lieber ganz davon — das wäre zwar außerordentlich bedauerlich, aber immer noch besser, als ein zweckloser Zweckverband mit dem staatlichen Bezirkspräsidenten als „Führer" an der Spitze. Selbstverwaltungskörperschaften sind nur dann vorhanden, wenn sie nicht nur ihre Aufgaben selbst verwalten, sondern ihre Organe auch selbst wählen und bestellen!

Es geht auch nicht an, daß der Regierungs-(Bezirks-)Präsident in der ganzen Woche, weil er dauernd aus seinen Verpflichtungen nach dem Staatsvertragsentwurf heraus im Kabinett oder in den einzelnen Ministerien oder wo anders zu tun hat, normalerweise an einem oder einem halben Tag an seinem eigentlichen Amtssitz anwesend ist, anormalerweise aber womöglich die ganze Woche nicht, und daß deshalb dort eine reine Referentenwirtschaft einreißt. Wie heißt es doch in der Regierungserklärung zutreffend: „Die Bevölkerung will so oder so nur in einen Staat hinein mit einem einfachen, wirksamen, billigen Staatsapparat. Sie will keine vier Regierungen und darüber eine Oberregierung oder eine Überregierung, welche gar nicht zum Bürger selbst herunterdringt." Die Regierungserklärung hätte hinzufügen können: „Sie will aber auch in den einzelnen Landesteilen bei den Verwaltungsstellen auf der Ebene der ehemaligen Länder oder der jetzigen Landesteile eine demokratische Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung, so wie sie auch in der württembergisch-badischen Verfassung versprochen worden ist."

Über die Organisation, den Aufgabenkreis und die finanzielle Gestaltung der Landes-(Bezirks-)Kommunalverbände habe ich im „Verwaltungsaufbau im Südweststaat — einmal anders" das Erforderliche im einzelnen ausgeführt. Ich möchte deshalb hier zum besseren Verständnis des Problems kurz zusammenfassend die Leitsätze des Instituts zur Förderung der öffentlichen Angelegenheiten in Frankfurt a. M. zur Frage der staatlichen und kommunalen Mittelinstanz veröffentlichen, deren Entwurf von mir stammt und die auf der Tagung des Instituts am 24. 4. 1950 beschlossen worden sind:

1. Höhere Kommunalverbände sollen nach Möglichkeit da erhalten bzw. neu eingerichtet werden, wo ein genügend großer, landschaftlich geschlossener Raum dafür vorhanden ist. Der Name kann wechselnd sein: Provinzialverband, Bezirksverband, Landschaftsverband, Landeskommunalverband und dergleichen.
2. Die Organisationsform ist nach dem Muster der früheren preußischen Provinzialverbände als echter Kommunalverband zu ge-

stalten, d. h. mit eigenem Landtag, der nicht durch direkte Wahlen der Bevölkerung, sondern mittelbar von den angehörigen Kreisen gewählt wird, einem Verwaltungsausschuß (Provinzialausschuß, Landesausschuß, Landschaftsausschuß, Bezirksausschuß), einem Landeshauptmann (Landesdirektor, Bezirkspräsident, Landschaftsdirektor), der zugleich geborener Vorsitzender des Ausschusses mit vollem Stimmrecht ist.

3. Ob eine staatliche Mittelinstanz in den einzelnen Ländern bestehen bleiben oder neu eingeführt werden soll, ist für den höheren Kommunalverband nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Die staatliche Mittelinstanz wäre nur dann vom kommunalen Standpunkt aus gesehen abzulehnen, wenn beabsichtigt würde, ihr kommunale Aufgaben zu übertragen oder den Leiter der staatlichen Mittelinstanz gleichzeitig zum Leiter des höheren Kommunalverbandes (der kommunalen Mittelinstanz) zu machen.
4. Der Aufgabenkreis des höheren Kommunalverbandes muß sich nach den besonderen Verhältnissen des Bezirks richten. Der Aufgabenkreis soll möglichst umfangreich gestaltet werden, wobei als Muster der der preußischen Provinzialverwaltungen dienen kann, jedoch mit der Maßgabe, daß die politischen Aufgabengebiete, die nach 1919 den Provinzen übertragen wurden, grundsätzlich fortzubleiben haben, soweit sie nicht sowieso schon von selbst inzwischen fortgefallen sind. Ziel soll sein, alles, was auf kommunaler Ebene ebenso gut oder besser als auf der Staatsebene geregelt werden kann, der kommunalen Körperschaft zu überlassen, damit der Staat sich auf seine eigentlichen staatlichen Hoheitsaufgaben und das Staatsministerium besonders sich auf das Regieren beschränken kann.
5. Die Finanzierung des höheren Kommunalverbandes erfolgt im Wege des Finanzausgleichs, wobei den Kommunalverbänden auch das Recht der Umlage auf die angehörigen Stadt- und Landkreise gegeben werden muß.

Diese auf die Verhältnisse im ganzen Bundesgebiet zugeschnittenen Leitsätze (nur die Vertreter Bayerns äußerten gewisse Vorbehalte) lassen die Frage: einmal, wie groß das Gebiet des höheren Kommunalverbandes sein soll, und zum andern, ob daneben eine staatliche Mittelinstanz (Regierungspräsident und Bezirkspräsident) bestehen bleiben oder neu eingeführt werden soll, absichtlich offen. Ich habe diese Formulierung seinerzeit bewußt gewählt, und die Tagung hat dem zugestimmt, weil die Verhältnisse in den einzelnen Ländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz oder

Württemberg-Baden oder meinetwegen Schleswig-Holstein, ganz verschieden liegen. Die Entscheidung über diese Fragen muß und soll deshalb den Landesregierungen und den Landesparlamenten und den Verfassungen überlassen bleiben. Deshalb konnte man sich auch auf das Grundsätzliche völlig einigen (Vorbehalt Bayerns in einigen Punkten):

1. Grundsätzlich Schaffung von höheren Kommunalverbänden überall, wo räumlich möglich.
2. Organisation als echte kommunale Selbstverwaltungskörperschaften mit Verbundscharakter (indirekte Wahl durch die Stadt- und Landkreisvertretungen).
3. Saubere Trennung zwischen Kommunalverwaltung und etwaiger staatlicher Mittelinstanz, persönlich und sachlich.
4. Zuständigkeit für alle Verwaltungsaufgaben oberhalb der Kreisebene, die kommunal ebenso gut oder besser als auf Staatsebene geregelt werden können, eigene, durch den Finanzausgleich gesicherte Finanzverwaltung.

Auf unsere Verhältnisse im Raum des Südweststaats übertragen, ergibt sich aus all dem folgendes:

1. Die räumlichen Voraussetzungen (Gebietsumfang, Einwohnerzahl, wirtschaftliche und damit steuerliche Leistungsfähigkeit) für die Bildung von lebensfähigen höheren Kommunalverbänden sind gegeben:
   a) sowohl für 2 große Landeskommunalverbände: Baden und Württemberg-Hohenzollern,
   b) wie für 4 Bezirkskommunalverbände: Nordwürttemberg, Südwürttemberg, Nordbaden, Südbaden. Ich persönlich halte nach wie vor aus meiner kommunalen Erfahrung heraus die Bildung von 2 großen Landeskommunalverbänden für zweckmäßiger, da sie naturgemäß leistungsfähiger sind und zum anderen der Ländergestaltung vor 1945 (abgesehen von Hohenzollern) entsprechen und damit badische und württembergische Sonderwünsche nach einem traditionellen Eigenleben besser gerecht werden können und schließlich verwaltungsorganisatorisch gesehen eine einfachere und billiger arbeitende Verwaltungseinteilung darstellen. Bei einer solchen Zweiteilung wären auch regionale Wünsche auf anderweitige Zugehörigkeit, wie z. B. bei Pforzheim, Bodenseegebiet, Hohenzollern, leichter zu erfüllen als bei einer Vierteilung. Ich muß allerdings zugeben, daß die Auffassung prominenter Kenner der

badischen Verhältnisse: die Verbundenheit zwischen Nord- und Südbaden wäre schon im alten badischen Staat nur sehr äußerlich gewesen und hätte sich durch die Entwicklung nach 1945 noch mehr gelockert und deshalb müßten, wenn man den Verhältnissen wirklich gerecht werden wolle, 2 Bezirkskommunalverbände in Baden für Nord- und Südbaden gebildet werden, sicher auch etwas für sich hat, jedenfalls ernsthaft ausgewogen werden sollte;

c) für eine Dreiteilung: Nordbaden, Südbaden, ganz Württemberg, falls die württembergischen Landesteile wieder enger zusammenkommen wollen. Allerdings würde dann der große württembergische Landeskommunalverband gegenüber den wesentlich kleineren, leistungsschwächeren beiden badischen Bezirkskommunalverbänden etwas erdrückend wirken; aber schließlich hat es ja auch in Preußen große Provinzialverbände gegeben, z. B. die Rheinprovinz mit 7,9 Millionen Einwohnern und gleichgestellte Bezirkskommunalverbände wie Kurhessen (Kassel) mit nur 1,1 Millionen Einwohnern nebeneinander, und sie haben alle funktioniert, wenn auch natürlich die großen besser als die kleinen. Daneben läßt sich auch durch Abmachungen zwischen den einzelnen Landes- und Bezirkskommunalverbänden, vor allem auf dem Gebiete der Anstaltsverwaltung, der Verkehrsverwaltung, der wirtschaftlichen Betätigung eine enge Arbeitsgemeinschaft erreichen.

2. Ob man neben den Landes- bzw. Bezirkskommunalverbänden eine staatliche Mittelinstanz (Regierungspräsident, Bezirkspräsident) — in Betracht kommen wohl vier — (Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern) einrichten will, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Man kann darüber, wie ich schon ausgeführt habe, verschiedener Meinung sein. Persönlich halte ich eine solche Neueinrichtung in unserem Raume nicht für notwendig und darf nochmals darauf hinweisen, daß man sich in anderen Ländern, wo diese Behörden von altersher bestehen, ernsthaft überlegt, ob man sie nicht abschaffen soll. Vom Standpunkt der Selbstverwaltung aus betrachtet, ist eine staatliche Mittelinstanz letzten Endes, wenn auch nicht notwendig, so doch annehmbar, wenn

   a) jeder Versuch, konstruktionsmäßig die staatliche Mittelinstanz mit der Landes-(Bezirks-)Kommunalverwaltung zu verkoppeln oder in sie hineinreden zu lassen, unterbleibt. Die Landes-(Bezirks-)Kommunalverwaltung ist deshalb auch der unmittelbaren Aufsicht des Staatsministeriums (Minister des Innern) zu unterstellen, nicht des etwaigen Bezirkspräsidenten.

   b) der staatlichen Mittelinstanz keine kommunalen Aufgabengebiete übertragen werden, also eine saubere Trennung zwischen staatlichen und kommunalen Aufgaben besteht und alles, was kommunal ebenso gut oder besser geregelt werden kann, der Landes-(Bezirks-)Kommunalverwaltung zugewiesen wird (vgl. Leitsätze oben);
   c) der Regierungs-(Bezirks-)Präsident in einem klaren Untergebenenverhältnis zum Staatsministerium steht, d. h. insbesondere nicht, sei es in welcher Form auch immer, im Kabinett sitzt oder in den Ministerien mitzureden hat. Er soll vielmehr auf seinem Amtsstuhl am Sitze der Bezirksregierung sitzen, diese straff leiten, dort für seine Bezirksangehörigen und seine Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister auch erreichbar und zu sprechen sein und nicht dauernd irgendwo anders, sei es in Stuttgart oder in Bonn, herumschwirren. Er muß andererseits aber der Außenvertreter des gesamten Staatsministeriums sein und deshalb in seiner Behörde unter Abschaffung aller überflüssigen Sonderbehörden die gesamte Staatsverwaltung in der Bezirksebene in seiner Hand vereinigen, wie dies auch der Staatsvertragsentwurf vorsieht.

Weiter läßt sich die Einrichtung von Bezirksregierungen nur dann rechtfertigen, wenn ihnen von den Ministerien nach Vorwegabzug aller den Landeskommunalverbänden zu übertragenden, bisher in der Ministerialebene bearbeiteten Verwaltungsaufgaben, d. h. etwa 75 %, die der Staatsverwaltung verbleibenden, bisher ebenfalls in den Ministerien bearbeiteten Verwaltungsaufgaben, in der Regel also staatliche Hoheitsaufgaben, abgegeben werden, so daß dann die eigentliche Verwaltung draußen im Lande in den Landeskommunalverbänden einerseits und den Bezirksregierungen andererseits geleistet wird und das Staatsministerium, abgesehen von Justiz, Finanzen usw., sich seiner eigentlichen Aufgabe des Regierens nunmehr unbeschwert und mit Hingabe widmen kann. Dieser dem Regierungspräsidenten (Bezirkspräsidenten) danach zufallende Geschäftskreis ist verhältnismäßig beschränkt, jedenfalls nicht so umfangreich, daß er einen großen Verwaltungsapparat erfordert. Also Landesdirektoren, Ministerialräte usw. sind hier überflüssig und in die Ministerien zu versetzen. Ein Vizepräsident, ein oder zwei Regierungsdirektoren nebst den dazugehörigen wenigen Oberräten und Räten genügen vollkommen. Wie sagt die Regierungserklärung doch? „Einfach, wirksam, billig."

Ich fasse zusammen: Nur wenn man, wie skizziert, entsprechend leistungsfähige und unabhängige Landes- (oder Bezirks-)Kommunalverbände schafft, — ob mit oder ohne staatliche Mittelinstanz daneben, ist eine Frage zweiter Ordnung — kann man dem an sich gut formulierten Art. 3 des Staatsvertragsentwurfs gerecht werden, der da lautet:

„Dezentralisation — Selbstverwaltung.

(1) Der Südweststaat anerkennt in allen Zweigen der Staatsverwaltung, in der Behördenorganisation und in der Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung den Grundsatz weitgehender Dezentralisation.

(2) Der Südweststaat überläßt den Gemeinden die Selbstverwaltung der örtlichen Aufgaben sowie den sonstigen kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften diejenigen Aufgaben, welche von diesen zweckentsprechend, wirksam und sparsam besorgt werden können und welche nicht ihrer Natur oder ihrer Bedeutung nach als staatliche Aufgaben zu betrachten sind. Diese Körperschaften sind durch einen entsprechenden Finanz- und Lastenausgleich wirtschaftlich zur Durchführung ihrer Aufgaben instandzusetzen.

(3) In allen Stufen ist die Einheit der Verwaltung anzustreben."

Heidelberger Gutenberg-Druckerei GmbH

Der Bund Nr. 388 vom 21.8.50

Die Beurteilung eines deutschen Südweststaates

Von der Schweiz aus gesehen

fb. Der „Südkurier" in Konstanz befaßt sich in einer Spezialseite abermals mit der Frage eines Südweststaates, der Südbaden, Südwürttemberg, Hohenzollern und Rheinland-Pfalz umschließen würde. In seinem Kommentar tastet das Blatt auch die Frage der Sympathien der Nachbarländer Frankreich und der Schweiz für einen solchen süddeutschen Zukunftsstaat ab und vertritt die Meinung, daß die Sympathie Frankreichs „und im geheimen wohl auch die der föderalistischen Schweiz" mehr den alten Landesgrenzen gehöre als einer größeren Stuttgarter Zentrale, was kein Geheimnis und auch kein Wunder sei, denn dem badischen Nachbarn fühle man sich in Frankreich näher und vertrauter. Auch die Sympathien der föderalistischen Schweiz dürften insgeheim eher den alten Ländern als einem Südweststaat gehören.

Bisher hat man in der Schweiz wohl die Diskussionen in Süddeutschland über einen Südweststaat erörtert, aber nirgends irgendwelche Stellung hierzu bezogen, da man in der Schweiz der Auffassung ist, daß es sich hier um eine rein interne deutsche Angelegenheit, handelt. Da man in der deutschen Presse immerhin die Frage der Sympathie für oder gegen einen Südweststaat in der Schweiz abwägt, scheint es geboten, einmal eine private Meinung aus dem schweizerischen Grenzgebiet zu äußern. Die Schweiz hat naturgemäß ein Interesse an der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des süddeutschen Nachbarn. Seit Kriegsende sind die süddeutschen Politiker eigentlich laufend auf der Suche nach einem neuen Staatengebilde. Es tauchten Pläne einer schwäbisch-alemannischen Demokratie, eines Groß-Schwabens, eines Rhein-Schwabens und schließlich eines Südweststaates auf, der die jetzigen von den Franzosen besetzten süddeutschen Gebiete ohne Lindau, das zu Bayern gehören will wie früher, umfassen soll. Dieser Gedanke eines Südweststaates ist vor zwei Jahren aufgetaucht und seither nicht wieder verschwunden.

Nachdem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland weitgehend gebessert und normalisiert haben, kann die Frage eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses, der seinerzeit Hauptmotiv für ein gemeinsames Staatengebilde war, wohl kaum mehr als stichhaltiger Grund genannt werden. Das Besetzungsstatut ist weitgehend gelockert worden und den Besetzungsmächten ist es heute gleichgültig, wie sich Süddeutschland staatenmäßig zusammenfassen will. Bayern bleibt dabei außer Diskussion, da es sein eigener Herr bleiben möchte. In den beiden Jahren haben sich aber auch die Ansichten über einen Südweststaat nicht genähert, man muß heute das gerade Gegenteil konstatieren. Und da drängt sich dem schweizerischen Beobachter unwillkürlich die Frage auf, welchen Wert ein solcher Südweststaat eigentlich noch haben kann. Immer wieder hört man auf deutscher Seite, daß der bekannte schwäbische Unternehmergeist das größte Schlagwort in der ganzen Frage darstelle. Baden bleibe ja Baden, Württemberg bleibe Württemberg, daran werde nichts gerüttelt, es sei nur wünschenswert, eine einheitliche, geschäftstüchtige Leitung zu erhalten, die in Stuttgart ihren Wohnsitz haben würde.

Das allein ist von der großen Illusion übriggeblieben, denn das Märchen, daß die Ländergrenzen die Wirtschaft hemmen, glaubt wohl heute kein Wirtschaftspolitiker mehr. Wenn solche Hemmnisse noch vorhanden wären, könnten sie durch Abkommen mit den betreffenden Staaten aus dem Wege geräumt werden. Der Südweststaat bezweckt, eine wirtschaftliche Machtgruppe im deutschen Süden darzustellen, dessen politisches Gewicht im Bundesparlament erhöht werden könnte. Das sind jedoch Illusionen von politisch ungeschulten Leuten. In Parlamenten kommt es meist nicht auf die Masse der Vertreter, sondern auf den überragenden Kopf an.

Die älteren Leute in Baden, die Bauern vor allen Dingen, sind gegen einen Südweststaat, schon aus dem einen Grunde, weil sie nicht unter ein württembergisches Wirtschaftsregime gepreßt sein wollen. Wer die Mentalität der beiden Volkstypen — der Württemberger und Badener — kennt, kann dies leicht verstehen. Jedes dieser Länder weist einen eigenen Volksschlag auf, und wenn man die Geschichte der Gebiete verfolgt, dann weiß man auch, daß von einem harmonischen Zusammenwirken nie viel zu spüren war. Das würde noch viel drastischer zum Ausdruck kommen, wenn der Südweststaat entstünde und die Badener ihre Initiative und Selbständigkeit im wirtschaftlichen Handeln einem württembergischen Willen unterstellen müßten. Den Kampf, den Staatspräsident Wohleb in Freiburg i. Br. gegen den Südweststaat und für die Wiedervereinigung von Süd- und Nordbaden führt, kann man in der Schweiz sehr wohl verstehen. Es ist nicht etwa nur Eigensinn Wohlebs, wie man ihm vielfach vorwirft, sondern — so beurteilen wir es — vielmehr Weitblick, um irgendwelche Konfliktstoffe, die mit der Bildung eines Südweststaates auftauchen müßten, zum vornherein zu verhindern. Die Argumentation der meisten Südweststaatanhänger, Gesamtbaden sei allein nicht lebensfähig, ist sicherlich falsch. Dann wären ja auch die Schweiz und noch vielmehr die Einzelkantone in ihr nicht lebensfähig.

Baden und Württemberg wurden beide schon früher nebeneinander eigenstaatlich regiert und haben gut leben können. Es ist eine Utopie, zu glauben, es gehe Baden besser, wenn es wirtschaftlich von einer württembergischen Zentrale gelenkt würde. Gerade wenn man als Außenstehender die ganze Frage objektiv durchdenkt, kommt man zum Schluß, daß sich die Erwartungen, die man in einen Südweststaat setzt, nicht erfüllen werden. Zu dieser rein persönlichen Auffassung kommen wir, nachdem wir im Grenzgebiet seit fünf Jahren die Versuche um die Erstellung eines neuen Staatengebildes in Süddeutschland genau verfolgt haben.

Das neue Vaterland Nr. 30 vom 16.8.50

Brief aus Baden

Krakeel um den Südweststaat

Konstanz, im August 1950

In Süd- und Nordbaden ist der Kampf um den Südweststaat im vollen Gang. Uns alten Badenern schien die Sache zunächst nicht so sehr wichtig zu sein. Die Bevölkerung interessierte sich ungefähr ebensosehr dafür, wie etwa für die Frage, ob ein Landratsamt dahin oder dorthin verlegt werden soll. Wir sind es so gewohnt in unserem engeren Vaterland, daß dabei unter allen Umständen ein paar Beamtenposten hinzukommen, wie die Affäre auch ausgehe, und man alles geduldig über sich ergehen läßt.

Das ist aber jetzt ganz und gar anders geworden. Die Interessengemeinschaft der Altbadener hat infolge einer Propaganda ohnegleichen, die vor nichts zurückschreckt, den Erfolg zu buchen, daß jetzt G r ü n d e nicht die geringste Rolle mehr spielen, daß ein Redner, der damit kommt, allgemeines Gähnen, ein anderer aber, der die Leidenschaften zu wecken weiß, allgemeinen Beifall hervorruft. Redner, die von der Zweckmäßigkeit einer Vereinigung mit Württemberg sprechen, werden aus dem „Volk" mit Rufen wie „Quisling" bedient. Diese „Stimmen aus dem Volk" sind allerdings sorgfältig ausgesucht und instruiert und wissen, was sie zu tun haben. Die Regie ist ausgezeichnet und erinnert oft ans Dritte Reich. Sogar eine Zeitung wird zu Propagandazwecken herausgegeben. Man bekommt sie umsonst. Man fragt sich nur: Woher kommen die gewaltigen Geldmittel für diese Propaganda? Die Ministerialräte in Freiburg bringen sie sicher nicht auf. Die Interessengemeinschaft der sog. Altbadener hat es auch bei uns in kurzer Zeit zustandegebracht, daß Gründe nichts, Leidenschaften alles bedeuten. Es wird der Anschein erweckt, als handle es sich hier um die heiligsten vaterländischen Belange, die badischen vaterländischen Belange. Wie sagt Herr Minister Lais? Rechts des Rheins und links des Rheins (Frankreich) liegt das Land wie zwei Altarflügel. Zusammen bilden diese beiden Flügel eine Wirtschaftseinheit, die „Rheintalwirtschaft" und diese ist von einer Struktur, die ganz, ganz anders ist als die „zentralistische" württembergische Wirtschaft. Diese Rheintalwirtschaft ist ein Bollwerk gegen den Bolschewismus, ruft Herr Oberregierungsrat Werber aus Karlsruhe. „Denkt an Korea!" Sogar die schöne Zeit wird beiläufig erwähnt, in der Baden zum größten Teil österreichisch war, was übrigens die Verarmung mancher Landesteile zur Folge hatte, aber eben doch eine schöne Zeit war. Es wird dabei aber übersehen, daß Kaiser Sigismund seit einigen Jahrhunderten tot ist und daß das Reich der Habsburger an der kaiserlich habsburgischen Politik langsam aber sicher zugrunde ging.

Man ist verblüfft über diese komisch romantische Politik. Man geniert sich als guter Badener auch ein bißchen, daß heute noch und in Baden, diesem einstigen Musterländle, mit solchen altertümlichen farbigen Schinken Politik gemacht werden kann. Was in aller Welt hat der Südweststaat mit Oesterreich zu tun? Mit dem heutigen Oesterreich hat es freilich nichts zu tun, aber irgendwie spukt im Unterbewußtsein Verschlafener noch eine Vorstellung von dem klerikalen Habsburgerstaat, den man am liebsten wieder hätte, obwohl die Zeiten ein bißchen anders geworden sind.

Es ist nicht zu leugnen, daß die niedere Geistlichkeit trotz der mehrfach betonten Neutralität des Freiburger Episkopats und trotz dem Rat der älteren Geistlichen, die von einer Einmischung in diese im wesentlichen praktische politische Frage nichts wissen wollen und darauf hinweisen, daß es den Kirchen in Württemberg gut und besser geht als in Südbaden, eine emsige Propaganda treibt und die Dinge im Vertrauen so darstellt, als seien irgendwelche kirchlichen Interessen in Frage gestellt. Diese Einmischung stößt sehr viele gute Katholiken ab. Denn unter den Anhängern des Südweststaates gibt es sehr gute Katholiken in großer Zahl. Es wird seine Folgen haben, wenn die Zeit gekommen ist.

Diese unbegreifliche Verkennung der Situation wird aber noch übertroffen durch die politische Argumentation. Daß Südbaden und ein „Altbaden" wenig steuerkräftig sind und Bundeszuschuß brauchen, den Württemberg zahlt, wird nicht als ein Notstand, sondern als Selbstverständlichkeit und gar als ein Vorzug hingestellt. Der Gedanke, durch vermehrte Anstrengung, durch geeignete Zusammenfassung wirtschaftlicher Gebiete und durch eine ganz erheblich verbilligte Verwaltungsbürokratie den Notstand aus Eigenem so weit als möglich zu überwinden, scheint den „Altbadenern" offenbar auch als Quisling-Gedankengang. Man geniert sich als Badener ein bißchen, daß derartiges in dem „Musterländle" möglich ist.

Apropos Musterländle..... Ein Musterländle war Baden als liberal regiertes Land unter den protestantischen Zähringern. Es war in ganz Deutschland und darüber hinaus bekannt durch eine sparsame und saubere Wirtschaft. Wenn es heute von Groß-Freiburg erwähnt wird, greift man ein wenig daneben und weiß nicht wie. Aber darauf kommt es in der Eile ja nicht an. Wer weiß noch etwas davon und — wer will etwas wissen!

Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß Freiburg eine schöne und angenehme Stadt ist, in der sich's behaglich leben läßt und die neuerdings auch eine beachtliche Initiative bekundet. Nicht umsonst ist es schon immer der Ruhesitz zahlreicher Pensionäre aus ganz Deutschland gewesen. Die schöne Landschaft, der gemütliche Volksschlag, das Leben und Lebenlassen hat unseren Breisgau für alle anziehend gemacht.

Seit sich aber die Wohleb-Regierung installierte, und eine gar nicht badische, wohl aber eine massive Interessenpolitik einer stetig wachsenden Bürokratie und ihres Anhanges treibt, hat die badische Politik gar nichts Mustergültiges mehr an sich und das gemütliche, behagliche Freiburg ist heute eine Hochburg der politischen Leidenschaften. Was Stuttgart vorgeworfen wird, es sei zentralistisch und „sauge die Kräfte des Landes auf", könnte Freiburg in viel größerem Maß vorgeworfen werden. Eigentlich geht es hier doch im wesentlichen um die Petrifizierung der Freiburger staatlichen Verwaltung, die es weder mit ihrer Leistungsfähigkeit, noch gar mit Toleranz gegen Andersdenkende verstanden hat, sich im badischen Lande populär zu machen. In Freiburg wird Filser-Politik getrieben nach dem Rezept: Mir san die mehreren und lachen bloß, wenn die andern was sagen. Wir sind im Badischen gewohnt, auch einen Staatspräsidenten gewissermaßen als Landesvater anzusehen. Davon sind wir aber kuriert, denn wir haben seit 1945 nur einen eigensinnigen Parteimann mit seinen wenig glücklichen Ratgebern am Werk gesehen und alles Vertrauen verloren. Das scheint selbst den Nordbadenern über die Hutschnur zu gehen, denn der Hauptpropagandist für „Altbaden", Oberregierungsrat Werber aus Karlsruhe, sagt unter lebhaftem Beifall in „altbadischen" Versammlungen: Wenn ein badischer Zusammenschluß kommt, wird selbstverständlich eine andere Politik gemacht werden müssen als bisher in Freiburg; mit der Einparteiherrschaft muß Schluß gemacht werden und ein politischer und konfessioneller Ausgleich muß gefunden werden.

Wenn man in Freiburg nicht so engstirnig Parteipolitik gemacht hätte und jemals einen Ausgleich mit Andersdenkenden gesucht hätte und wenn man vor allem etwas mehr politische und wirtschaftliche Initiative nach größeren Gesichtspunkten gezeigt hätte, brauchten sich die „Altbadener" mit ihrer Propaganda nicht so sehr anzustrengen.

Die Art der Propaganda der „Altbadener" ist auch alles eher als badisch, wenn wir unter badisch die s. Z. gewohnte Sachlichkeit und Toleranz verstehen wollen, wie sie eben für ein „Musterländle" selbstverständlich ist. Auch was den Württembergern an den Kopf geworfen wird, ist sehr peinlich, und zwar für uns. Daß so etwas in unsrer sonst so zurückhaltenden und menschlich anständigen Bevölkerung überhaupt Boden findet, muß einen guten Badener geradezu bedrücken. Mit dem wollen wir aber nichts zu schaffen haben, ob es nun aus Freiburg oder aus Karlsruhe kommt. Es ist, wie man bei uns sagt, nichts als „großgoschig".

So viel steht fest: Sollte die Entscheidung für Alt-Baden fallen, wird das Problem Südweststaat erst recht akut werden.

Wie peinlich und beklemmend, daß in einer Versammlung, in der alle Leidenschaften tobten, ein Pfälzer aufstehen konnte und sagen: Wir in der Pfalz werden es uns überlegen, ob wir uns an einen Staat anschließen wollen, in dem man sich derartig feindselig streitet. Dr. Erzkasten

Städt. Pressestelle

Rhein-Neckar-Ztg.vom 19/20.8.1950.

Amtliche Propaganda

Sehr geehrte Redaktion!

Soll der Steuerzahler die „amtliche" Südweststaat-propaganda bezahlen?

Kürzlich lag in meinem Briefkasten eine Postwurfsendung — An alle Haushaltungen, herausgegeben vom Staatsministerium, „Das Volk zur Mitwirkung aufgerufen — Reinhold Maier sprach ..." — stand auf dem Titelblatt, und dann folgten 12 Seiten mit den üblichen Argumenten für den Südweststaat, die man in jeder Zeitung schon so oft lesen konnte, daß sie allmählich langweilig werden. Nun gut — dagegen wäre an sich nichts einzuwenden; es steht schließlich jedem frei, für seine Ware, die er dem Publikum aufschwatzen will, Reklame zu machen, und je schlechter die Ware ist, desto mehr Reklame hat sie nötig. Aber der Unterschied zwischen dem Kaufmann, der Reklame macht, und dem „Dr. Kaufmann", der Südweststaat-Reklame finanziert, besteht darin, daß ersterer dazu sein eigenes Geld nimmt, letzterer dagegen Staats-, d. h. Steuergelder, also die Groschen des Volkes!!! Und das ist es, wogegen ich mich wehre! Sie, meine Herren, die Sie sich vom Südweststaat einen Vorteil erhoffen, finanzieren Sie gefälligst Ihre Propaganda aus eigener Tasche! Das Volk hat kein Interesse daran, daß sein Geld hierfür vertan wird; es weiß heute schon, daß es ihm später — so oder so — genau so bescheiden gehen wird wie heute.

Das gleiche mag im übrigen für den Mannheimer Oberbürgermeister gelten, wenn er wieder einmal Lust verspürt, das Mannheimer Amtsblatt für politische Propaganda zu mißbrauchen. *Dr. H. R. W. (Mannheim)*

Vereinigung Südwest
für Nordbaden -

18. Aug. 1950

Weinheim-Bergstr., 17.8.1950 Ha.
Weststraße 2

Herrn
- Oberbürgermeister Dr.Heimerich
M a n n h e i m

4e/4g

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Jch erhielt soeben Jhr Schreiben vom 14.August mit dem beiliegenden Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft der Badener.

Zu dem Arbeitsplan der Vereinigung Südwest für Stadt- und Landkreis Mannheim, der durch Herrn Dr.Gutermann in Zusammenarbeit mit den drei Parteisekretariaten in Mannheim durchgeführt wird, darf ich im einzelnen bemerken :

1.) Versammlungen:

Im Landkreis Mannheim ist in jedem Ort mindestens eine Versammlung geplant. Die Versammlungen haben bereits eingesetzt, letzten Sonnabend in Leutershausen, heute in Oberflockenbach, Sonnabend in Schriesheim usw. Für Mannheim-Stadt sind, wie s.Zt. mit Jhnen besprochen, drei Großveranstaltungen geplant; daneben werden in den einzelnen Stadtteilen Versammlungen abgehalten, die sehr stark auf der Parteiebene stattfinden werden.

2.) Agitationsmaterial :

Unser Organ, die Südwestdeutsche Presse, geht der Vereinigung Südwest Mannheim jeweils in Höhe von 1.ooo Exemplaren zu. Weiter wird unser mit 10tägigem Abstand erscheinender Informationsdienst verteilt, der im wesentlichen zur Information unserer Redner dient.

Zur Zeit befindet sich in Mannheim ein Plakat "Einigkeit macht stark" im Aushang. In den nächsten Tagen erscheint ein weiteres Fahnenplakat, das das badische Gelb-Rot-Gelb und das württembergische Schwarz-Rot zu einem deutschen Schwarz-Rot-Gold vereinigt zeigt. Am 6.September wird ein Plakat "Zerrissenes Land" geklebt, das nach meiner Ansicht sehr wirksam sein wird. Es folgt eine Woche später ein weiterer Anschlag, der in einer sehr originellen Form das Thema der Länder- und Bundesfarbe variiert. Drei Tage vor dem Abstimmungskampf erscheint unser Wahlplakat. Ferner wird für den Bereich von Mannheim Stadt und Land ein " Plakat herausgegeben "Mannem vorne - erst recht im Südweststaat; Erscheinungstermin etwa 10.September.

Der Mannheimer Zeitungsverlag bringt Ende dieses Monats in einer Auflage von 1o.ooo die Jhnen bereits bekannte Werbebroschüre heraus, Umfang 64 Seiten. Diese Werbebroschüre wird mit Sicherheit bei der Einweihung der Friedrich-Brücke an die namhaftesten Gäste verteilt werden können. In den nächsten 14 Tagen gelangt in Mannheim Stadt und Land ein Flugblatt zur Verteilung "Warum Südweststaat ?", Auflage für Mannheim Stadt etwa 25.-3o.ooo Exemplare. Weiter sollen zur Agitation verwandt werden : Postkarten, Klebemarken, Klebestreifen. All dieses Material liegt bei mir vor und wird laufend ausgegeben. Ebenso verwenden wir die Schrift von Professor Dr.Eschenburg über den Südweststaat, herausgegeben durch das Institut für öffentliche Angelegenheiten in Frankfurt.

3.)

In sämtlichen nordbadischen Lichtspielhäusern werden laufend Diapositive, die für den Südweststaat werben, gezeigt. Gegenwärtig sind bereits drei verschiedene Propaganda-Diapositive vorgeführt worden. Ein Werbefilm (Länge ungefähr 70 m) ist in Vorbereitung und wird in den letzten Wochen erscheinen.

4.)

Die bisher erwähnte Propaganda betrifft nur die Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg. Der Vereinigung Südwest für Mannheim ist darüber hinaus von uns ein Geldbetrag zur Verfügung gestellt worden, der verwendet werden soll :

a) zur Publikation des Flugblattes "Mannem vorne",

b) zur Herausgabe eines Flugblattes, das kurz vor dem Abstimmungstermin erscheint soll und das nur in Mannheim zur Verteilung gelangt,

c) zur Bereitstellung von Abwehrmaterial gegen die altbadische Agitation in Mannheim, z.B. Überklebematerial für altbadische Plakate usw.

Was die altbadische Agitation betrifft, so möchte ich bemerken, daß den Altbadenern das Geld weitgehend ausgegangen ist. Die Plakatschulden in Heidelberg sind noch nicht bezahlt. Mir ist bekannt, daß die "Badische Post" in ernsten finanziellen Schwierigkeiten ist. Die Tatsache, daß hier Bestellscheine für die Dauer von 12 Monaten vorgesehen sind, spricht nur zu sehr dafür, das man händeringend nach einem Ausweg sucht, um dieses Blatt in der Zeit nach der Volksbefragung über Wasser zu halten.

Für die Erfolge altbadischer Konventikel spricht der Besuch einer altbadischen Versammlung in Hockenheim am letzten Sonnabend, zu der 2o Personen erschienen, darunter 14 Südweststaatanhänger !

Wir wissen, daß manche Imponderabilien, so die Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit und die unterirdische Agitation gewisser, dem Klerus nahestehender Kreise, sehr stark gegen uns wirken, umso selbstverständlicher ist es für uns, daß wir in den nächsten Wochen unser Möglichstes tun.

Für weitere Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung !
Jhr sehr ergebener

Dirk Ameseder

14. August 1950

Sehr geehrter Herr Dr. Oncken!

Es wird mir eben das beiliegende Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft der Badener übergeben. Die Arbeitsgemeinschaft ist also sehr rührig. Ich bin der Meinung, daß unsererseits nicht genug getan wird. Es sollten viele kleine Versammlungen abgehalten werden und es sollte auch die Schriftpropaganda vermehrt werden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

Herrn
Dr. Dirk Oncken
Vereinigung Südwest
W e i n h e i m
Weststr. 2

4. Aug. 1950

Vereinigung Südwest
für Nordbaden

Weinheim-Bergstr., Weststraße 2

3. August 1950
Ha.

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Heimerich

Mannheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Zu Jhrer Anfrage, warum die Herren Oberbürgermeister Töpper und Klett nicht an der Unterschriften-Aktion für den Südweststaat-Aufruf beteiligt wurden, teile ich Jhnen mit, daß Herr Oberbürgermeister Töpper mit Rücksicht auf seine ohnehin schwierige Stellung in Karlsruhe darum bat, von seiner Unterschrift absehen zu wollen. (Siehe Anlage). Herr Oberbürgermeister Dr. Klett wurde, soweit mir bekannt ist, von der Vereinigung Südwest in Stuttgart in dieser Angelegenheit angeschrieben, hat sich jedoch aus mir unbekannten Gründen dazu nicht bereitgefunden.

Mit ergebensten Grüßen

Jhr

Ohnken

Mannheim, den 5. August 1950

1.) Kenntnis genommen.

2.) Herrn Bürgermeister Trumpfheller - zur Kenntnisnahme.

Mg. Fi

Oberbürgermeister

Dr.

Abschrift.- Ha.

Stadtverwaltung Karlsruhe Karlsruhe, den 16.6.1950

Abtlg.I.H.

An die Vereinigung Südwest für Nordbaden
z.Hd.von Herrn Bundestagsabgeordneten
Freudenberg
W e i n h e i m/Bergstraße
Weststr.2.

Lieber Herr Freudenberg !

Jch bestätige Jhr Schreiben vom 9.6.50 und bin grundsätzlich natürlich sehr erfreut über den Erlass des Aufrufs an die Bevölkerung bezüglich der Volksbefragung über die Bildung des Südweststaates. Jch möchte jedoch bitten, in diesem Falle von meiner Unterschrift absehen zu wollen mit Rücksicht auf die täglichen Schwierigkeiten und Anfeindungen, die mir in dieser Angelegenheit als Oberbürgermeister der Stadt bereitet werden. Jch glaube, daß Sie hierfür volles Verständnis haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung !
gez.Töpper

Oberbürgermeister.

Die Ängstlichen

WÄHLEN ALTBADEN

POSTKARTE

Herrn
Oberbürgermeister
H. Reinerich
Mannheim

Von einer Sitzung in Konstanz
grüßt herzl. der Aktionsausschuß:

Ruckaberle

Blümle

Reinerich 176

Gedanken zur Verwaltungsgliederung
von
Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c. Hermann Heimerich.

Wohl die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes bekannt sich zu dem Gedanken der Bundesrepublik, also zu einem föderativen Staatsaufbau. Wir wollen weder einen übersteigerten staatlichen Zentralismus, wie er sich allmählich in der Weimarer Zeit entwickelt hat und vor allem unter dem Naziregime zutage getreten ist, noch wollen wir einen losen Bund der deutschen Länder, weil schon die wirtschaftlichen Verhältnisse eine sehr enge Zusammenarbeit der Länder erfordern, die in einem Staatenbund nicht möglich ist. Es dürfte also kaum mehr einen Streit darüber geben, daß wir ein Bundesstaat sein wollen, der zentrale Einrichtungen besitzt, aber auch den Ländern ein gutes Stück Selbständigkeit läßt.

Diese Konstruktion der deutschen Bundesrepublik führt dazu, daß wir eine Bundesverwaltung haben, 11 Länderverwaltungen und die zahlreichen Kreis- und Gemeindeverwaltungen, also einen dreigliedrigen, sehr großen Behördenapparat. In der Zeit nach dem Zusammenbruch hat sich der Verwaltungsapparat der Länder besonders stark entwickelt, da das deutsche Reich nicht mehr bestand und sich nur/sehr langsam zentrale Einrichtungen bildeten. Es dauerte fast 5 Jahre bis eine die 3 Westzonen umfassende Bundesrepublik entstand. Diese Bundesverwaltung wächst nun an, während die Länderverwaltungen in ihrer bisherigen Größe beharren. Nur in einigen wenigen Ländern ist das Bestreben zutage getreten, mit Rücksicht auf die Aufgaben, die durch die Bundesverwaltung übernommen wurden, eine Verminderung des Verwaltungsapparates herbeizuführen. Zahlreiche erfahrene Politiker sind durchaus der Meinung, daß der Verwaltungsapparat der Länder jetzt ganz erheblich vermindert werden könnte und müßte. Ein Bundesminister hat vor Kurzem sogar geäußert, daß für jedes deutsche Land ein Staatsminister mit mehreren Staatssekretären genügen würde. Z.Zt. gibt es noch Länder, die nicht weniger als 10 Ministerien haben.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auch in grossen Ländern die Zahl der Ministerien auf 6 beschränkt werden könnte. Vor al - lem müßten die noch bestehenden Ministerien für politische Befrei- ung, für Verkehr, für Ernährung und Landwirtschaft und für Arbeit in Wegfall kommen, da ihre Aufgaben durch das Wirtschaftsministeri- um und das Innenministerium erfüllt werden könnten. Aber selbst eine solche Verwaltungsreform in den Ländern erscheint nicht genügend. Wenn man von Berlin zunächst absieht, würden inll deutschen Ländern dann immer noch ca. 66 Ministerien vorhanden sein, also ein Apparat, der schon aus finanziellen Gründen nicht tragbar erscheint. Von dem Steueraufkommen können sich auf die Dauer nicht 3 große Verwaltungs- apparate, die des Bundes, der Länder und der Gemeinden nähren. Es muß nicht nur durch eine allgemeine Verwaltungsreform für eine Ra- tionalisierung der Verwaltungsgeschäfte gesorgt werden, sondern es muß auch eine Verminderung der Verwaltungsinstitutionen eintreten. Diese geschieht am besten durch eine Verminderung der Zahl der deut- schen Länder. Wir können uns im deutschen Westen 11 Länder einfach nicht mehr leisten. Diese 11 Länder entstammen ja auch gar nicht einer natürlichen Gliederung, sondern sie sind größtenteils durch Maßnahmen der Alliierten oder gar durch den Zufall gebildet worden. Die Länderzerstückelung im südwestdeutschen Raum hat sich durch die Zonengrenzen ergeben. Ohne den Einfluß der Alliierten, wäre eine Vereinigung von ganz Württemberg und ganz Baden schon im Herbst 1945 oder doch im Jahre 1946 zustande gekommen. Das Land Rheinland-Pfalz verdankt seine Entstehung dem Zufall, daß im Mai 1945 General GEFFY, der Kommandeur des 23. amerikanischen Armeekorps in Idar-Oberstein residierte und mit seinen Truppen das linksrheinische Gebiet von Neustadt a.d.H. bis Koblenz und Trier und von Mainz bis Saarbrücken besetzt hielt. Die ehemaligen Hansestädte Hamburg und Bremen haben nach dem Zusammenbruch auf ihre alte eigenstaatliche Tradition wieder zurückgegriffen. Das einzige Land, das im gewohnten Rahmen blieb, war Bayern.

Auf diese Weise sind die unterschiedlichsten deutschen Länder entstanden, bettelarme wie Schleswig - Holstein, Rheinland - Pfalz und Südbaden und wesentliche reichere wie Nordrhein - Westfalen

und Hamburg. Es ist ein komplizierter Länderfinanzausgleich notwendig geworden, der im Bund viele Schwierigkeiten hervorruft und nicht nur die reicheren Länder unbefriedigt läßt, die zu Gunsten der ärmeren Länder Zahlungen leisten müssen, sondern auch die Reibungen unter den Ländern ständig erhöht. Die übergroße Zahl der Länder und der Länderfinanzausgleich tragen auch die Gefahr in sich, daß der Bund und damit der Zentralismus stärker wird, als es dem förderalistischen Gedanken entspricht. Schon die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß der Bundesrat in der deutschen Bundesrepublik lange nicht die Rolle spielt, die ihm eigentlich zukommen sollte. Das geht auf verschiedene Ursachen zurück, liegt aber doch hauptsächlich an der inneren Schwäche einzelner Länder, die immer wieder den Bund um Hilfe auf finanziellem Gebiet anrufen müssen. Genügend große, wirtschaftlich starke und in sich ausgewogene Länder würden die Situation im Bundesrat und das Verhältnis des Bundesrates zum Bundestag sofort verändern. Darum liegt nichts näher, als eine Ländergrenzenreform innerhalb der deutschen Bundesrepublik so rasch wie irgend möglich durchzuführen. Es ist eine historische Schuld der widerstrebenden 6 von 11 Ministerpräsidenten, daß die, selbst von den Alliierten zur Behandlung zugelassene, Ländergrenzenreform nicht weitergekommen, sondern geradezu verhindert worden ist. 5 bis 6 Länder würden im westdeutschen Raum nicht nur genügen, sondern es würde durch eine solche Ländergrenzenreform auch die Bildung von Ländern ermöglicht werden, die den Forderungen entsprechen, die wir eben gestellt haben. Traditionelle Gedankengänge und persönliche Ehrgeize sollten bei einer solchen Bereinigung der Ländergrenzen in den Hintergrund treten. Maßgebend müssen eine natürliche Gliederung, wirtschaftliche Gegebenheiten und in einem geringeren Umfange auch die Rücksichten auf Stammesverwandtschaft sein. Übertrieben dürfen diese letzteren Rücksichten keinesfalls werden, denn wir sehen überall, wie die Flüchtlinge sich auch in einem ihnen zunächst fremd erscheinenden Stamm eingliedern können und eingliedern müssen. Das Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt am Main wird demnächst eine größere Sachverständigen Konferenz über die Ländergrenzenregelung in Westdeutschland veranlassen

~~xxxxxxxx~~ Möge diese Tagung dazu beitragen, dieses für die deutsche Bundesrepublik so wichtige Problem einer Lösung näher zu bringen.

Eine Ländergrenzenreform mit dem Ergebnis einer wesentlichen Verminderung der Zahl der Länder würde sich auch auf die Gemeinden sehr vorteilhaft auswirken. Nach dem Grundgesetz sind die Gemeindeangelegenheiten ausschließlich Sache der Länder. Die Gemeinden haben noch keine volle Steuerautonomie erlangt, sondern sind im Zuge einer Entwicklung, die im Weimarer Staat begonnen hat, Kostgänger des Landes geblieben. Je ärmer ein Land ist, desto weniger können die Gemeinden in finanzieller Hinsicht berücksichtigt werden. Arme und notleidende Länder haben auch arme Gemeinden. Die Mängel einer Verwaltungsreform in den Ländern wirken sich in finanzieller Beziehung verhängnisvoll auf die Gemeinden aus. In wirklich leistungsfähigen Ländern würden die Gemeinden viel leichter der Kriegsschäden Herr werden können, durch die sie heute noch so stark bedrückt sind. Es würde auch bei größeren Ländern eine stärkere Neigung bestehen, den Wirkungskreis der Gemeinden zu erweitern und dadurch den Aufgabenbereich der Länder etwas zu vermindern.

Das vorliegende Heft soll dem Gedanken des Südweststaates dienen und dazu beitragen, daß dieser so viel diskutierte Südweststaat endlich Wirklichkeit wird. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bildung des Südweststaates einer Ländergrenzenreform in ganz Westdeutschland die Wege ebnen würde. Ist erst einmal mit der Bereinigung der Verhältnisse in einem Bereich der Bundesrepublik ein Anfang gemacht worden, dann wird dieses Beispiel auch weiter wirken und den Mut geben, zu anderen Bereinigungen, die auch im Interesse von Gesamtdeutschland, das wir doch wieder einmal haben wollen, dringend notwendig erscheinen.

8. Juli 1950

Vereinigung Südwest
für Nordbaden

Weinheim, den 6.Juli 1950 /Ha.
Weststr.2

K/G zum 7.7.

Der von Jhnen unterzeichnete Aufruf wird Anfang nächster Woche überall in Südwestdeutschland zum Anschlag kommen. Die Verzögerung ist eingetreten, weil sich einige kleine redaktionelle Änderungen des Aufrufes als notwendig erwiesen haben. Diese Änderungen beziehen sich im wesentlichen nur auf Streichungen innerhalb des ursprünglichen Aufruftextes.

In der Anlage erhalten Sie ein Exemplar des redigierten Aufrufes. Die Vereinigung Südwest hofft, daß Sie auch mit diesem Text einverstanden sind. Einer neuen Unterschrift bedarf es nicht,

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Oncken

(Dr.Oncken)

Anlage

A u f r u f

an die B e v ö l k e r u n g

Die Volksbefragung über die Bildung des Südweststaats oder die Wiederherstellung der früheren Länder Baden und Württemberg wird am 24.September 1950 stattfinden.

L a n d s l e u t e , M i t b ü r g e r !

Damit ist das Schicksal unserer engeren und weiteren Heimat, aber auch ein grosses Stück gesamtdeutscher Entwicklung und Zukunft in Eure Hände gelegt.

Wer heute noch die Wiederherstellung der alten Länder als "Wiedergutmachung" fordert, dreht das Rad der Geschichte gewaltsam zurück. Baden und Württemberg haben einst, getrennt voneinander, in einem reichen Deutschland eine blühende Entwicklung erlebt. Zwei mörderische Kriege aber, eine völlig veränderte wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland machen die Weiterentwicklung zu größeren, lebensfähigen und krisenfesten Bundesländern notwendig.

Deswegen fordern wir die Vereinigung von Baden und Württemberg im Südwestsstaat.
Die junge deutsche Bundesrepublik wird umso gesünder und lebensfähiger sein, je gesünder und lebensfähiger ihre Bundesländer sind.

Kleine, wirtschaftlich und finanziell schwache Länder mit geringer politischer Bedeutung wirken gegen ihren Willen als Schrittmacher für einen ungesunden Zentralismus. Lebensfähige Bundesländer mit dezentralisierter Verwaltung und Stärkung der Selbstverwaltungskörper werden beweisen, daß das demokratische Prinzip in unserem Vaterland lebensfähig ist.

E i n h e i t m a c h t s t a r k , Z w i e t r a c h t v e r d i r b t !

Darum helft alle mit, eine glücklichere Zukunft für unsere Heimat zu sichern, helft mit, das Grenzland Baden und das stammverwandte Württemberg miteinander zu vereinigen.

Für unsere Heimat, für unsere Zukunft, für Deutschland
Baden und Württemberg Hand in Hand im Südwestsstaat.

11. Juli 1950

Der Südwestdeutsche Presseverlag gibt im Interesse der Propaganda für den Südweststaat die Zeitschrift "Südwestdeutsche Presse" im Einvernehmen mit maßgeblichen Stellen des Wirtschafts- und Staatslebens heraus. Eine Finanzierung dieser Zeitschrift, die zu dem billigen Preis von DM -.10 pro Heft und größtenteils kostenlos abgegeben wird, ist nur durch Insertionsbeteiligungen möglich. Da es sich beimder Bil - dung des Südweststaates um eine Lebensfrage für Mannheim und seine Wirtschaft handelt, bitte ich, die "Südwestdeutsche Presse" durch Insertionsbeteili - gungen oder sonstige Beiträge zu unterstützen. Die einwandfreie Durchführung des Unternehmens wird durch die Vereinigung Südwest überwacht.

gez.

(Dr.Heimerich)

Mannheimer Zeitungs-Verlag G. m. b. H.

MANNHEIM

7 Juni 1950

MANNHEIM, den 6. Juni 1950

Herrn

Antworten an folgende Anschrift:

Sonderheft
„Lebensraum Südweststaat"
Redaktion:
Dr. Dr. Karl Hook
Leiter des Statist. Amtes Mhm. K5

Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich

M a n n h e i m

Hochgeehrter Herr Oberbürgermeister !

Bei meiner Vorsprache am 9. Mai 1950, bei der ich die Absicht der redaktionellen Vorbereitung einer Aufklärungsschrift "Lebensraum Südweststaat" vortrug, hatten Sie die Übernahme eines Beitrags "Gedanken zur Verwaltungsgliederung" für diese Schrift freundlicherweise zugesagt.

Nachdem die Verhandlungen mit den Herren Autoren zu einem einstweiligen Abschluss gelangt sind, gestatte ich mir heute, das endgültige Inhaltsverzeichnis der Autorenbeiträge zur Einsichtnahme vorzulegen, wozu ich bemerke, dass sämtliche Autoren die Übernahme der vorgesehenen Themata zugesagt haben.

Von Professor Metz, Freiburg, Präsident Pflüger, Stuttgart, Finanzminister Dr. Kaufmann, Stuttgart, Bundestagsabgeordnetem Bürgermeister Stahl, Titisee und Verwaltungsrat Dr. Siebler, Ludwigshafen liegen die Beiträge bereits vor.

Da ich die redaktionelle Arbeit bis Ende dieses Monats abschliessen möchte, so wäre ich sehr zu Dank verpflichtet, wenn ich über den Beitrag "Gedanken zur Verwaltungsgliederung" spätestens bis 15. ds. Mts. zu verfügen in der Lage wäre.

Ich darf nochmals bemerken, dass für die Autorenbeiträge ein Umfang von etwa 6 - 9 Schreibmaschinenseiten (normaler Zeilenabstand) vorgesehen ist und dass darum gebeten wird, den Text durch Bilder, Kartenskizzen, Diagramme, Tabellen und Zwischenüberschriften möglichst etwas aufzulockern.

Ein Exemplar des Werbeprospekts der Schrift, die die beiden Umschlagsseiten in Originalwiedergabe enthalten und in einigen Tagen fertig-

gestellt sein wird, werde ich dem Herrn Oberbürgermeister alsbald nach Fertigstellung vorlegen.

Ich nehme Veranlassung, Ihnen, hochgeehrter Herr Oberbürgermeister, für die freundlichst zugesagte Mitarbeit beim Zustandekommen der Schrift ergebenst zu danken.

Anlage

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihnen

ergeben

Lebensraum Südweststaat .

Inhaltsverzeichnis der beabsichtigten (einmaligen) Aufklärungsschrift "Lebensraum Südweststaat", 10 000 Exemplare, die kostenlos im Gebiet des Südwestraums verteilt werden, 96 Seite, Großformat (doppelte Grösse von Din A 4), erscheint voraussichtlich Ende Juli 1950 im Mannheimer Zeitungsverlag G.m.b.H..

Vorwort	Dr.Dr. Hook	(Seite 3)
Inhaltsverzeichnis		" 4
Beiträge von Autoren		" 5 - etwa 30
Werbende Firmenbeiträge,ggfs. zwischen die Inserate eingestreut		" 31 - " 50
Inserate von Firmen		" 51 - 95

Beiträge von Autoren:

	als Referenten vorgesehen:
A. Grundsätzliches:	
1.) Die Legende von "Altbaden"	Museumsdirektor a.D.Prof.Friedrich Walter, Heidelberg
2.) Der Südweststaatliche Zusammenschluss - eine staatspolitische Notwendigkeit	Vizepräsident des Bundestages Prof.Dr. Carlo Schmid, Tübingen
3.) Keine Angst vor dem "Schwabenschreck"	Staatspräsident Dr.Gebhard Müller,Tübingen im Verhinderungsfalle Prof.Dr.Eschenburg, Ministerialrat im Innenministerium, Tübingen
4.) Kann die Pfalz abseits stehen ?	Verwaltungsrat Dr.Siebler,Stadtverwaltung Ludwigshafen
5.) Gedanken zur Verwaltungsgliederung	Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich, Mannheim
B. Beiträge vorwiegend beschreibenden Inhalts:	
6.) Landschaft und Volkstum	Universitätsprofessor Dr.Friedrich Metz, Freiburg
7.) Statistischer Querschnitt durch den Südwestraum	Dr.Dr.Karl Hook, Mannheim
8.) Standort und Prosperität der Industrie an Rhein und Neckar	Prof.Dr.Schüle, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mannheim
9.) Unsere Wirtschaft als Handelspartner	Bundestagsabgeordneter Richard Freudenberg Weinheim

	als Referenten vorgesehen:
10.) ~~Bedeutung und Stellung des Handwerks~~ Handwerk und Südweststaat	Präsident Pflüger, Landesgewerbeamt, Stuttgart
11.) Ein Gang durch die Agrarwirtschaft	Landwirt Karl Dietz, Radolfzell
12.) Verkehrswege, -Mittel und Leistungen	Dr.Ing.Dr.rer.oec.Pirath, Professor für Verkehrs- und Eisenbahnwesen, Technische Hochschule, Stuttgart
13.) Verbundwirtschaftliche Energieversorgung	Dr.Kaun, Generaldirektor der Technische Werke, Stuttgart
14.) ~~Gesunde Finanzen nur in einem gesunden Staate~~ Einheit der Finanzen	Finanzminister Dr.Kaufmann, Stuttgart
15.) Das Steueraufkommen im Ländervergleich	Regierungsamtmann August Wittemann, Statistisches Landesamt, Karlsruhe
C. Beiträge über einzelne besonders beachtenswerte Lebensgebiete:	
16.) Die Arbeitnehmer und der Südweststaat	Dr.Heinz, Präsident des Landesarbeitsamts, Stuttgart
17.) Das Ja-Wort der Gewerkschaften	Präsident des Gewerkschaftsbundes Schleicher, Stuttgart
18.) Erleichtertes Flüchtlingsproblem	Regierungsdirektor a.D.Geppert, Weinheim
19.) Schule und Kultur im Grenzland	Oberregierungsrat Franz Köbele, Karlsruhe
20.) Kunst und Theater vor einem grösseren Parkett	Intendant Köhler-Helfrich, Staatstheater Wiesbaden
21.) Der Fremdenverkehr kennt keine Landesgrenzen	Bürgermeister Stahl (Bundestagsabgeordneter), Titisee
22.) Der Sport im Großraum	Sportschriftsteller Julius Etz, Mannheim
23.) Und - was sagt "der Mann auf der Strasse" zum Südweststaat ?	
(6 kleinere Beiträge)	

Städt. Presseste[illegible]

Badische Zeitung v.13.6.1950

Das falsche Pferd

Der Stuttgarter Wirtschaftsminister, Dr. Veit, hat bei einer Propagandarede für den Südweststaat in Karlsruhe ein beherzigenswertes Wort gesagt; er warnte angesichts der großen Aufgaben, die auf allen Gebieten des täglichen Lebens zu lösen seien, vor einer Überbewertung dieser Streitfrage. Das hinderte ihn dann freilich nicht, im weiteren Verlauf seiner Rede alle Register zu ziehen. Er hatte sachliche wirtschaftliche Argumente, aber auch er kam leider wieder auf den von Reinhold Maier entdeckten „hochpolitischen Hintergrund" zu sprechen. Zwar meinte er, es handle sich nicht darum, den „Franzosenschreck" an die Wand zu malen, aber was war es anderes, wenn er davon sprach, es gehe darum, daß die Franzosen einen Einfluß auf die badische Regierung in der Hand behalten wollten, oder daß Wohleb „seinen Einzug in Karlsruhe im Gefolge der französischen Truppen halten werde". Es ist wohl richtig, daß die französische Politik nach dem Kriege mit dem Ziele begonnen hat, partikularistische Strömungen in Deutschland zu fördern. Ebenso sicher ist aber auch, daß sie praktisch damit nicht weitergekommen ist, daß sie dies erkannt und den Drang nach der deutschen Einheit als Realität hingenommen hat. Was die Abgrenzung der Kompetenzen betrifft, machen die Stuttgarter Politiker zwar heute noch manche unangenehme Erfahrung mit ihren Besatzungsorganen, sie wissen aber ebensogut wie alle anderen, daß die Entwicklung vom reinen Besatzungsregime zur deutschen Souveränität in gutem Zuge und unaufhaltsam ist. Was in solchen Propagandareden jetzt an die Wand gemalt wird, ist Vergangenheit, vielleicht in einigen Köpfen jenseits der deutschen Grenze immer noch gegenwärtiges Wunschbild, aber auf keinen Fall Zukunft. Der „Franzosenschreck" — dies festzustellen hat nichts mit irgendwelcher frankophiler Haltung oder einer Parteinahme in der Frage der Ländergrenzen zu tun, — ist darum für die Propaganda ein falsches Pferd. Wer es besteigt, reitet in die überwundene Nachkriegszeit zurück. Die Entscheidung für oder gegen den Südweststaat muß aber allein nach sachlichen Maßstäben der Zukunft getroffen werden.

F
ZdA

A u s s c h n i t t aus dem "Rheinischen Merkur"
vom 10.6.50

Stuttgarter Dissonanzen / Von P. W. Wenger

Wer dieser Tage aus dem Dämmer des Stuttgarter Hauptbahnhofs trat, dem zeigte sich die aufbaufreudige schwäbische Kapitale in überraschender Festlichkeit. Vor dem lichthungrigen Grau des einheimischen Muschelkalks und vor den Ockertönen der Travertinbauten flatterte die blauweißrote Heiterkeit der Trikolore und brach zusammen mit dem frischen Rot der Eidgenossen wie eine Dur-Kantilene aus der brokatschweren Melancholie der Bundesfarben aus.

Das von den Schweizer Schriftstellern Wyler und Dr. Zbinden angeregte Treffen französischer und deutscher Bürgermeister schenkte dem gleichzeitigen Staatsbesuch des Bundespräsidenten dieses europäische Farbenterzett, und eine südlich glühende Sonne hätte den Besucher für Sekunden daran zweifeln lassen können, daß er in Deutschland und insbesondere in Württemberg sei, hätte nicht eine emsig wartende Mauer von festgefrorenen Passanten seinen beflügelten Schritten sofort Einhalt geboten. Diese Phalanx von Statisten lauerte indessen keinem hoheitlichen Staatsakt auf - nein, sie wartete auf das grüne Lichtsignal der Verkehrsampeln, die von der Gefechtskanzel aus bedient und deren stumme Befehle von den Verkehrsunteroffizieren scharfäugig überwacht wurden. Das Fußvolk übte beflissen mit, und niemand huschte durch die Lücken, auch wenn die Autos zehn und zwanzig Meter zwischen sich ließen.

Die Zwittrigkeit dieser Anfangseindrücke wiederholte sich, wenn man daranging, das dem Bundespräsidenten und der Bürgermeisterkonferenz aufgetischte Kulturmenü zu verspeisen. Bot das Pariser Loewenguthquartett im prächtigen Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses Kammermusik von Mozart, Roussel und Beethoven in meisterlicher Vollendung, so antwortete das Staatstheater mit einer achtbaren Festaufführung der „Salome" von Richard Strauß, und der dankbare Besucher fragte sich doch, ob die Wahl dieses in jeder Beziehung höchst exklusiven Spektakulums nicht der Erwägung entsprungen war, solchermaßen zielsicher zu imponieren und dem Verdacht der Frivolität auszuweichen, der bei der angemesseneren Entscheidung für „Rosenkavalier" oder „Arabella" in Stuttgarts Weinstuben vielleicht aufgestiegen wäre. Derselbe Hang zu hoheitlicher Repräsentation ließ den Staatsempfang auf der Villa Reitzenstein ohne Presse vor sich gehen und den urbanen Präsidenten auf seine Weise Rache nehmen, indem er sich in die weniger exklusive Atmosphäre der Journalisten begab, die parallel mit den Bürgermeistern tagten.

Während die Comédie Française mit Anouilhs grotesker „Ardèle ou la Marguerite" und das Staatstheater mit der deutschen Erstaufführung des „Schelms von Bergen" von Carl Zuckmayer eine glückliche Hand bewiesen, erlaubte sich die Experimentierbühne des „Jungen Theaters" den Mißgriff, Vercors' gnadenloses Widerstandsstück „Das Schweigen des Meeres" fünf Jahre zu spät zu spielen. Dieselbe Kontaktlosigkeit mit der Zeit verrieten die meisten Referate der Bürgermeisterkonferenz. Man bewegte sich in der schwimmenden Sphäre der kongreßüblichen abstrakten Problematik, wenn man etwa mit Staunen feststellte, daß die Jugend in beiden Ländern mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen habe, und würdigte das schöne Referat Eugen Wylers über die vorbildliche Bedeutung der universal zuständigen Schweizer Gemeinden keiner Diskussion. Die mit Verve gegebene Anregung des Präsidenten des Pariser Magistrats, am Grabe Karls des Großen in Aachen ein westeuropäisches Jugendtreffen zu veranstalten, war einer der wenigen frischen Akzente. Die Unfähigkeit, auf einer Verständigungstagung den menschlichen Kontakt herzustellen, zeigte sich nicht nur in der Isolierung auch der persönlich geladenen Journalisten, denen die Teilnahme am gemeinsamen Mittagstisch und damit die einzige Möglichkeit zu einem Gespräch verwehrt wurde, dieselbe kleinbürgerliche Neigung zum Erstarren im Offiziellen zeigte sich auch beim Aufmarsch der magistralen Wagenkolonnen: man sah die Überprominenz in wimpelgeschmückten Chefwagen wie schwere Mörser auf Selbstfahrlafetten davonrauschen und ganz hinten die vermeintliche Halbprominenz im großen Omnibus folgen. Kein Wunder, daß angesichts solcher Fehlregie im Stil der Gauleiter am Schluß des Treffens von französischer Seite angeregt wurde, künftig des menschlichen Kontaktes wegen in Privatquartieren untergebracht zu werden.

Wie weit der Weg vom überguten Willen zur zwanglos glückenden Tat ist, zeigten auch zwei ineinander übergehende Ausstellungen im Landesgewerbemuseum, die „schönen Dingen im Alltag" gewidmet waren. Die deutsche Abteilung paradierte mit einer Fülle modernen Kunstgewerbes, aber die zum Teil sehr geschmackvollen Dinge schlugen sich tot und erstickten in den gleichförmigen Särgen der sie bergenden Glaskästen. Der Korridor zu der kleinen Schau „Pariser Vitrinen" führte aus der Anonymität einer Empfangshalle in die elegante Behaglichkeit eines gepflegten Salons: Pariser Modelle, die tausend Kleinigkeiten des Kults der weiblichen Schönheit und intime Speisezimmer vom Louis Seize bis zur neuen Sachlichkeit ließen sich in der reizvollen Passage eines Bazars „ergehen", und winzige sternförmige Guckfensterchen hielten das Auge an besonderen Kostbarkeiten fest. Nicht minder amüsant gibt sich die Ausstellung „Württemberg und Frankreich in der Geschichte", die von der Kulturabteilung des französischen Hochkommissars im Alten Schloß gezeigt wird. Eine künstlich improvisierte Art des Hängens à la Montmartre beeinträchtigt dagegen die Wirkung der von der Galerie Valentien gezeigten „Neueren französischen Malerei aus schwäbischem Privatbesitz". Den starken Einfluß der französischen Maler auf ihre schwäbischen Kollegen plaudert eine Ausstellung der „Stuttgarter Sezession" im neuen Gebäude des Württembergischen Kunstvereins aus, und in der zum Teil wiederhergestellten Staatsgalerie bilden die delikaten Goldgrundmalereien früher Italiener einen geradezu beglückenden Kontrast zu den Meistern „Moderner französischer Graphik".

Man braucht Tage, um die zur Zeit gebotenen Ausstellungen zu bewältigen, und man braucht mindestens einen Tag für die Blumenpracht der Gartenschau auf dem Killesberg. Daß Ministerpräsident Reinhold Maier die Eröffnung dieses Parkes zu einer abgründigen Vorlesung über schwäbische Demokratie benutzte, gehört zu jenen offiziellen Mißgriffen, die dem privaten Besucher der schwäbischen Gartenstadt künftig wohl erspart bleiben dürften.

Indessen, alle diese Erwägungen treten zurück, wenn man abends auf der unvergleichlichen

A u s s c h n i t t aus dem "Rheinischen Merkur"
vom 10.6.50

Weinsteige steht und Stuttgart wie eine mit Rubinen und Smaragden und leuchtenden Perlenschnüren geschmückte Märchenstadt unter sich sieht. Man wundert sich dann, wenn man nochmals durch die lichterprangende Königsstraße gleitet, daß die Straßen so leer geworden sind, und man träumt davon, daß die Pariser oder Kölner auf solcher Zauberstraße die linde Sommernacht durchtanzen würden.

Zu solcher Heiterkeit wird man sich in Stuttgart noch gute Weile lassen. Denn es klappte - wie eine Cannstatter Zeitung schrieb - „alles wie am Schnürchen", und zwar so gut, daß bei der Eröffnung der Gartenschau keine der hübschen Ehrengärtnerinnen einem Bittenden eine Blume abgab - weder gegen Bezahlung noch als Geschenk. Selbst der Einwand, daß sie die Blumen bestimmt nicht alle in den Knopflöchern der Ehrengäste unterbringen würden, konnte die pflichtfröhlichen Gärtnerinnen nicht erweichen. Sie waren eben im Dienst und hatten keinen Befehl, von den „offiziellen" Blumen, die nach Stunden im Mülleimer enden mußten, eine wegzugeben. Privatim und über den Gartenzaun - und, wenn der Bittende befohlen hätte, auch offiziell - hätten sie es bestimmt getan.

So wurde diese kleine Szene zu einer einprägsamen Randglosse zu Ministerpräsident Reinhold Maiers schwäbischer „Demokratie von unten", die es noch vor dreißig Jahren gegeben hat, als der letzte württembergische König in Zivil seinen täglichen Spaziergang durch die Königsstraße machte und dann und wann von einem Bäuerlein von der Alb mit „Guten Tag, Herr König", gegrüßt wurde. Es war einmal, und es wird noch geraume Zeit dauern, bis der Krampf der „Stadt der Auslandsdeutschen" und der „Reichsgartenschau" sich wieder lösen wird.

höchsten Rila-Spitze - ‚Muss-Allah' (Spitze der Götter) - hat man durch ‚Stalinspitze' ersetzt, vielleicht um dem Volke eine Gottähnlichkeit Stalins zu suggerieren.

In jeder Zentralbehörde sitzen diskret getarnt russische ‚H e l f e r' und ‚B e r a t e r'. 400 sowjetische Eisenbahnspezialisten, die kürzlich ‚zur Modernisierung' unseres Eisenbahnwesens gekommen sind, überwachen den ganzen Eisenbahnbetrieb. Das Netz soll offenbar nach russischem Sonderbedarf umgebaut werden. Russen sitzen ebenso in allen Hafenverwaltungen, ‚lenken' den Innen- und Außenhandel und halten Kohlenbergwerke, Tabakmonopol und Rosenölproduktion in ihrer Hand. Das schönste Villenviertel Sofias um die Militärschule ist fast ausschließlich mit sowjetischen ‚Gästen' belegt, die in größtem Komfort leben, nachdem die Hauseigentümer größtenteils in die Provinz eingewiesen wurden. Dabei werden die russischen Funktionäre in ‚verhaßten' Dollars bezahlt und zehren so die kargen Reserven unserer Staatskasse auf. Die russische Sprache ist nicht etwa zur zweiten Sprache des Landes geworden, sondern ist eine Art offizielle Ehrensprache. Die Armee trägt russische Uniformen und muß wie die Schuljugend russische Lieder singen. Die Filmvorführungen sind fast ausschließlich russisch, und russische Schriften beherrschen Buchhandlungen und Lesesäle.

Die Atmosphäre in Sofia ist t r o s t l o s. Kaum treffe ich noch Bekannte - die meisten sind in die Provinz ausgesiedelt worden. Das Publikum auf der Straße bildet eine graue, schlecht gekleidete Masse. Die Aussiedlungen und Zwangseinweisungen in die Provinz gehen etappenweise weiter. 36 Stunden nach Zustellung des Umsiedelungsbefehls muß die Stadt verlassen werden. Krankheit, Alter und selbst Schwangerschaft werden kaum berücksichtigt. Die Verhältnisse in den sogenannten Arbeits- und Erziehungslagern gleichen denen einer S t r a f k o l o n i e. Dorthin werden wahllos täglich Hunderte eingewiesen. Die Prozesse wegen Spionage, Sabotage etc. laufen unablässig.

Ich kann mich nicht entsinnen, ob wir früher das Lachen gewohnt waren. Jetzt aber lacht und lächelt kaum noch jemand bei uns." *K. T.*

Ausschnitt aus dem „Rheinischen Merkur" vom 10.6.50

Südweststaat-Entgleisungen

Das Abgründige und Hintergründige in dem seit zwei Jahren schmorenden Südweststaatproblem brach just im selben Augenblick in bisher nicht gekannter Kraßheit hervor, als Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier vor dem Stuttgarter Landtag das Gesetz zur vorläufigen Volksbefragung einbrachte und dabei als Vorkämpfer des Südweststaates eine solch absurde Rede hielt, daß alle Beobachter dieses intrigengeladenen Kabinettsspiels sich fragten, was er eigentlich gemeint habe.

Als „unvernünftig, taktlos und bombastisch" wies Staatspräsident Wohleb die Entgleisungen Maiers zurück und erklärte, daß die „politischen und internationalen Hintergründe, mit denen Dr. Maier die nationalen Instinkte aufpeitschen wolle, schief und falsch" gesehen seien.

Bei solch scharfem Echo aus Freiburg mußte in Stuttgart, das in den letzten Monaten mit peinlichen Überraschungen im Übermaß aufwartete, schon ein besonders plumper Mißgriff passiert sein. Und in der Tat: was Dr. Maier dieses Mal von sich gegeben hat, sucht wirklich vergebens seinesgleichen in den Äußerungen deutscher Regierungschefs. „Der hochpolitische internationale Hintergrund" der Südweststaatfrage sieht in Reinhold Maiers Augen wie folgt aus: „Das Aufhören des französischen alleinigen und unbeschränkten Einflusses in Freiburg und Tübingen und die Unterstellung des ganzen Gebiets unter eine gemeinschaftliche amerikanisch-französische Verwaltung, sei es in Karlsruhe oder in Stuttgart, sei es in Stuttgart allein, wird in den Augen der französischen Öffentlichkeit folgendermaßen bewertet werden: Bisher besaßen wir, die Franzosen, in Deutschland drei Länder: Rheinland-Pfalz, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern. Von nun an wird uns Franzosen nur noch die Verfügungsgewalt über ein Land, nämlich Rheinland-Pfalz, zustehen. Sachkundige Leute beurteilen die Dinge so, daß die französische Regierung einen solchen „Verlust" innenpolitisch nicht hinnehmen könne".

Diesen taktlosen Tiefschlägen ließ Dr. Maier eine Paraphrase über die vermutlichen amerikanischen Ziele im Südwesten folgen. Die Amerikaner seien den französischen Wünschen auf Unterstellung Altbadens unter französische Besetzung vor allem deshalb unzugänglich, weil sie sich die Verkehrswege von Frankfurt und Mannheim über Karlsruhe und Stuttgart nach München nicht „entwinden lassen wollen". Der Sinn dieser Spekulationen, nämlich die Vergiftung des altbadischen Gedankens, kam dann unverhüllt in folgendem Satz zum Vorschein: „Sollte die Stadt Karlsruhe mit großer Mehrheit sich für die Wiederherstellung des Landes Baden aussprechen, so neigen die Amerikaner (nicht Dr. Maier!) dazu, dieses Ergebnis als eine demokratische (!) Entscheidung der Karlsruher Bürger im Sinne einer Option auf französische Besatzung (!) anzuerkennen mit der Folge, daß sie Karlsruhe aus dem amerikanischen Besatzungsverband entlassen."

Den Gipfel der Geschmacklosigkeit aber bildet eine Auslassung Dr. Maiers, über die Wohleb sich wie folgt empörte: „Tragisch möchte ich die eine Äußerung des Herrn Dr. Maier nehmen, falls er wirklich erklärt haben sollte, daß das von badischer Seite gelegentlich angeführte Argument, Baden bilde die natürliche Brücke zum benachbarten Frankreich, als verräterisch bezeichnet werden müsse. Dann wäre es ehrlicher gewesen, nicht das Wort verräterisch, sondern das Wort landesverräterisch zu gebrauchen, denn im ganzen Zusammenhang könnte das Wort verräterisch keinen anderen Sinn haben ..."

Mit gleichem Nachdruck verwahrte sich Frankreichs Hochkommissar François-Poncet gegen die - nach Wohleb - „hintergründigen und dunklen Komplexe Dr. Maiers", wenn er mit entwaffnender Ironie feststellte, daß zwischen den Hochkommissaren bisher noch keinerlei Besprechungen über die Regelungen der Zonengrenzen stattgefunden hätten - „wenigstens nicht im wachen Zustand". Aber Maier wisse offenbar besser als er selbst, was er in dieser Frage wünsche, wolle und plane. Der amerikanische Landeskommissar General Groß trat den dunklen Andeutungen Dr. Maiers gleichfalls entschieden entgegen, indem er erklärte, daß die Besatzungszonen auch bei einer eventuellen Bildung des Südweststaates dieselben bleiben würden.

Der Hintergrund von Maiers Ausfällen ist nahezu unverständlich. Als einziges Motiv bleibt dieses erkennbar, daß er offenbar die Wiederherstellung Altbadens national verdächtigen will. Die Kraßheit seiner Ausführungen läßt erkennen, daß er an einem aus freier Vereinbarung der bisherigen Länder entstehenden Südweststaat nicht interessiert ist. Er scheint nach wie vor damit zu rechnen, daß Südbaden und Südwürttemberg, wenn der Südweststaat jetzt nicht zustandekommt, in kurzer Zeit steuerlich zusammenbrechen und dann ohne die Möglichkeit, Bedingungen für ihren Beitritt zu stellen, den Bittgang zu seiner Stuttgarter Zentralkasse antreten müssen.

Was aber die durchgängige Taktlosigkeit seiner Äußerungen angeht, so stehen selbst Dr. Maiers Freunde vor einem Rätsel. Der Schlüssel hierzu mag darin liegen, daß Dr. Maier durch den mühevollen Kampf um die Abschirmung des Stuttgarter Entnazifizierungsskandals überbeansprucht worden ist, so daß er zur Zeit bei jedem öffentlichen Auftreten Mühe hat, im Rahmen zu bleiben. Bezeichnend hierfür ist sein Mißgriff bei der Eröffnung der Stuttgarter Gartenschau. Seine Vorlesung über schwäbische „Demokratie von unten" und seine Erklärung an François-Poncet, daß Deutschland und Frankreich über ihre gemeinsame Blumenliebe zueinander finden müßten, verursachte den Zuhörern Gänsehaut. Im übrigen scheinen seine nationalistischen Peinlichkeiten aus einem abgestandenen Reservoir zu kommen, denn er griff bei der Begrüßung des Bundespräsidenten mit gleicher Sicherheit daneben, als er die Metapher baute: „Seit dem Tag, an welchem der Deutsche Bundestag Sie mit der Purpurtoga des Bundespräsidenten bekleidet hat ..." und dann glaubte, dem Bundespräsidenten eine besondere Wohltat zu erweisen, indem er mit dem nach Wortlaut und Sinn überholten Ausspruch Friedrich Naumanns schloß, daß „das Bekenntnis zur Nationalität und zur Menschwerdung der Massen nur zwei Seiten ein und derselben Sache seien."

Es läßt sich indessen mit Recht fragen, ob im Südwesten überhaupt noch etwas glücken kann, solange alle Probleme durch die auffallend unglücklich gewordene Hand und Zunge des württemberg-badischen Ministerpräsidenten verzerrt und entstellt werden. Mit fortgesetzten „lapsus linguae" - wir erinnern an seine Äußerung über das „Bonner Bundeszentraltheater" - läßt sich der Südwesten nicht aus der Sackgasse herausführen. *P. W. W.*

Erweiterung der

Vereinigung Südwest
für Nordbaden

12. Juni 1950

Weinheim-Bergstr., 10. Juni 1950
Weststraße 2
Ha.

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. H e i m e r i c h

M a n n h e i m

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Jch danke Jhnen vielmals für die Übersendung der Predigt des Neutharter katholischen Pfarrers Krems. Die in diesem Schriftsatz enthaltenen unverschämten Angriffe auf die Südweststaatfreunde sind schon Gegenstand einer Unterredung gewesen, die Herr Lehr und ich vor 14 Tagen in Stuttgart mit Herrn Minister Kaufmann hatten. Herr Kaufmann war sehr erbittert und sprach von einer Absicht der württemberg-badischen Landesregierung, wegen dieser Angelegenheit bei dem erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg vorstellig zu werden. Ob ein solcher Schritt inzwischen erfolgt ist, weiß ich nicht; ich nehme jedoch an, daß Herr Minister Kaufmann bei geeigneter Gelegenheit auf diese Frage grundsätzlich zurückkommen wird.

Jch bedauere es, Jhnen nicht regelmässig Bericht über unsere Arbeit, die in den letzten Tagen gute Fortschritte macht, gehalten zu haben. Heute findet in Karlsruhe die Versammlung mit Minister Veit statt. Am 13.Juni spricht Herr Landrat Schwan in Mosbach, am 16.Juni ist eine Rede von Herrn Freudenberg in Hockenheim vorgesehen, am 23.Juni eine große Versammlung der Vereinigung Südwest in Heidelberg, am 24. Juni der Vereinigung Südwest in Pforzheim. Für den 1. und 2. Juli sind Versammlungen mit Herrn Minister Kaufmann oder einem anderen führenden Vertreter der CDU in Wertheim, Tauberbischofsheim und Buchen geplant. Allgemein wird von unseren Freunden aller Parteirichtungen mitgeteilt, daß sich die Stimmung leicht für den Südweststaat gebessert habe. Das gilt insbesondere auch für die Landkreise Buchen und Tauberbischofsheim, wo sich die gesamte CDU gegen den Umfall des Bundestagsabgeordneten Wacker erklärt hat.

Sorgen macht mir nur der Mannheimer Morgen. Mir wurde zwar vor wenigen Tagen von dem innenpolitischen Redakteur, Herrn Schäfer, mit dem ich gut zusammenarbeite, mitgeteilt, der Mannheimer Morgen werde sich für den Südweststaat einsetzen und in den letzten 4 Wochen des Abstimmungskampfes wesentlich aktiver eintreten. Diese Zusage hat aber den Mannheimer Morgen

nicht gehindert, laufend Korrespondenzen zu bringen, deren Grundton zum mindest nicht südweststaatfreundlich ist. Jch habe Herrn Schäfer auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht. Jch erlaube mir die Anfrage, ob nicht auch von Jhnen die Möglichkeit einer wie auch immer gearteten Einwirkung auf diese wichtigste Mannheimer Zeitung besteht.

Mit den ergebensten Grüßen

Jhr

Dr. Runkel

Wv. 15. VII 50

12.6.

19. Juni 1950

Vereinigung Südwest
für Nordbaden
Geschäftsstelle

Weinheim, den 15.Juni 1950 /Ha.
Weststr.2

XC/9

Bei dem Schreiben vom 9.Juni d.Js., in dem Sie gebeten wurden, einen Aufruf an die südwestdeutsche Bevölkerung mit zu unterzeichnen, sind in dem letzten Absatz bedauerliche Fehler unterlaufen. In dem letzten Absatz soll es selbstverständlich heissen : Der Aufruf soll bis zum 25.Juni in Druck gegeben werden, um am 30.Juni verwendungsbereit zu sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Oncken

(Dr.Oncken).

15 Juni 1950

Vereinigung Südwest
für Nordbaden

Weinheim, den 9.Juni 1950/Ha
Weststr.2

Die Arbeitsgemeinschaft für den Zusammenschluß Badens und Württembergs, in der sämtliche Vereinigungen für den Südweststaat in Südwestdeutschland vereinigt sind, beabsichtigt, nach Ablauf der Einspruchsfrist der Hohen Kommissare gegenüber dem Volksbefragungsgesetz über den Südweststaat einen kurzen Aufruf an die badische und württembergische Bevölkerung herauszubringen.

Zwei Exemplare dieses Aufrufes liegen diesem Schreiben bei. Es ist vorgesehen, daß aus jedem der Landesteile 40-50 Vertreter des öffentlichen Lebens (Minister, Abgeordnete, Bürgermeister, Landräte, Vertreter der Gewerkschaften, Handels- und Handwerkskammern u.a.) unterschreiben. Der Aufruf bezweckt weniger, die Bevölkerung durch zündende Worte zu begeistern, als ihr zu zeigen, welch beachtliche Repräsentation hinter dem Gedanken des Südweststaates steht und welche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für ihn eintreten. Der Aufruf wird in allen drei südwestdeutschen Ländern zum Aushang gelangen.

Die Vereinigung Südwest für Nordbaden wäre Jhnen sehr zu Dank verbunden, wenn Sie als Vertreter Nordbadens diesen Aufruf unterschreiben würden. Wir übersenden Jhnen daher in der Anlage 2 Exemplare dieses Aufrufes und bitten Sie, eines davon mit Jhrer Unterschrift zu versehen und bis zum an uns zurückzusenden. Das zweite Exemplar ist für Jhre eigenen Akten bestimmt.

Die Vereinigung Südwest bittet höflichst, diese dringliche und vereinfachte Form der Unterschriftenwerbung mit der drängenden Zeit zu entschuldigen. Der Aufruf soll bis zum 15.6. in Druck gegeben werden, um am 20.6. verwendungsbereit zu sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Richard Fredenhagen

A U F R U F

a n d i e B e v ö l k e r u n g

Die Volksbefragung über die Bildung des Südweststaats oder die Wiederherstellung der früheren Länder Baden und Württemberg ist beschlossen und wird am 24. September 1950 stattfinden.

L a n d s l e u t e , M i t b ü r g e r !

Damit ist das Schicksal unserer engeren und weiteren Heimat, aber auch ein grosses Stück gesamtdeutscher Entwicklung und Zukunft in Eure Hände gelegt.

Die Länder Baden und Württemberg sind in den Jahren 1806 durch Besatzungsdiktat geschaffen worden, ebenso wie sie im Jahre 1945 durch Besatzungsdiktat wieder auseinandergerissen wurden. Wer die Wiederherstellung der alten Länder als "Wiedergutmachung" fordert, dreht damit das Rad der Geschichte gewaltsam zurück. Gewiss haben sich die Länder in den 150 Jahren ihres Bestehens entwickelt und sind zur Blüte gekommen. Zwei mörderische Kriege aber und eine veränderte wirtschaftliche und politische Struktur in Deutschland machen die Weiterentwicklung zu grösseren Einheiten notwendig.

Die junge deutsche Bundesrepublik wird umso gesünder und lebensfähiger sein, je gesünder und lebensfähiger ihre Bundesländer sind.

Kleine, wirtschaftlich und finanziell schwache Länder mit geringer politischer Bedeutung sind Schrittmacher für den Zentralismus eines totalitären Machtstaates. Lebensfähige Bundesländer mit dezentralisierter Verwaltung und Stärkung der Selbstverwaltungskörper werden beweisen, dass das demokratische Prinzip in unserem Vaterland lebensfähig ist.

E i n h e i t m a c h t s t a r k , Z w i e t r a c h t v e r d i r b t !

Darum helft alle mit, eine glücklichere Zukunft für unsere Heimat zu sichern, helft mit, das Grenzland Baden mit dem stammverwandten Württemberg zu vereinigen und damit dem gesamten Deutschland enger zu verbinden.

Für unsere Heimat, für unsere Zukunft, für Deutschland

Baden und Württemberg Hand in Hand im Südweststaat

gez.

7. Juni 1950

Sehr geehrter Herr Dr. Oncken !

Von Herrn Ministerialdirektor Dr. Franz in Stuttgart erhalte ich das abschriftlich beiliegende Schreiben vom 2. Juni nebst Beilage.

Es dürfte sich doch empfehlen, dieser Sache nachzugehen. Ich weiß nicht, ob es sich um einen katholischen oder evangelischen Geistlichen handelt. Jedenfalls sollte man nicht nur bei der zuständigen vorgesetzten Stelle des Geistlichen - also entweder dem Evangelischen Oberkirchenrat oder dem Erzbischöfl. Ordinariat - Beschwerde führen, sondern auch diesen Hetzpfarrer in der Öffentlichkeit entsprechend blosstellen. Das fehlte jetzt gerade noch, daß von Geistlichen von der Kanzel aus eine politische Hetze betrieben wird, ~~und~~ die Feindschaft der Menschen gegeneinander vermehrt.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

Ø h.

Herrn
Dr. O n c k e n,
Weinheim a.d.B.
Weststr. 2

Kultministerium
Ministerialdirektor Dr. Franz

(14a) Stuttgart N, 2. Juni 1950
Dillmannstraße 3
Postschließfach Nr. 480

5. Juni 1950

Herrn
Oberbürgermeister Heimerich
M a n n h e i m

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Angeschlossen übersende ich Ihnen einen Abdruck des in der Bruchsaler Gegend verbreiteten Schriftsatzes, der auf eine Predigt von Herrn Pfarrer Krems in Neuthart bei Bruchsal zurückgehen soll.

Mit freundlicher Begrüssung
Ihr sehr ergebener

Franz.

Mannheimer Morgen
vom 3.Juni 1950, Nr. 127

Wird Karlsruhe „internationales" Problem?

Erklärung Maiers vor dem Landtag löst Erwiderung Wohlebs aus

Von unserem Ft-Korrespondenten

Freiburg. In einer am Freitag in Interviewform abgegebenen Erklärung nahm Staatspräsident Wohleb auf eine sich selbst gestellte Frage, in der von ebenso phantasievollen wie außenpolitisch bedenklichen Entgleisungen des württemerg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier gesprochen wird, zu den Ausführungen Dr. Maiers und des Finanzministers Dr. Kaufmann vor dem württembergisch-badischen Landtag Stellung. Diese Reden hätten, so meinte Wohleb, keinen anderen Zweck gehabt, als die Abstimmungskampagne der Südweststaatler „mit Pauken und Trompeten zu eröffnen". Die Ouvertüre sei mit ihrer Maßlosigkeit und mit ihrem unglaublichen Mangel an Vernunft und Takt ebenso bombastisch wie lauttönend gewesen. Die „hochpolitischen internationalen Hintergründe", mit denen Stuttgarts Ministerpräsident die „nationalen" Instinkte für den Südweststaat aufpeitschen zu können glaubte, seien vom deutschen wie vom europäischen Standpunkt aus betrachtet völlig schief und falsch. Zu diesen Aeußerungen, die Dr. Maier dieses Mal nicht als Lapsus linguae (sich versprechen) bagatellisieren könne, könnten unter Umständen die Bundesregierung und der Bundestag ein Wort zu sagen haben.

Verfügungsgewalt

Früher sei man, so fuhr Wohleb fort, gewöhnt gewesen, daß Dr. Maier sich auf seine US-Militärregierung berief, um jetzt mit nicht geringer Ueberraschung festzustellen, daß er sich jetzt zum Sprachrohr angeblich französischer Politik mache. Nach den früheren Hinweisen von Stuttgart, daß die französische Politik die Wiederherstellung des Landes Baden zum Ziel habe, erfahre man auf einmal durch Dr. Maier, daß die französische Besatzungsmacht um keinen Preis den „uneingeschränkten Einfluß", den sie in Baden und Südwürttemberg habe, mit den Amerikanern teilen wolle und daher die Beibehaltung des augenblicklichen Zustandes anstrebe. Was die „Verfügungsgewalt" angehe, die die französische Regierung nach Ansicht Dr. Maiers in drei Ländern aus Prestigegründen behalten müsse, so könne man nur fragen, ob Dr. Maier nichts von dem auch für die Franzosen verbindlichen Besatzungsstatut wisse und ob nicht gerade er ein Lied von einer „Verfügungsgewalt" zu singen wisse, die unter dem Besatzungsstatut einer deutschen Regierung gegenüber weit fühlbarer in Erscheinung getreten sei, als dies jemals bei der französischen Besatzungsmacht der Fall gewesen sei. Statt dieses Wissens beschäftige sich Dr. Maier mit den „hochpolitischen Hintergründen der französischen Politik", auf der Grundlage des „Urteils sachkundiger Berater", nach deren sachlicher Kennzeichnung eigentlich der württembergisch-badische Landtag fragen müsse, wenn er nicht in den Ruf der „Besatzungshörigkeit" kommen wolle.

Karlsruhe

Daneben fühle sich Dr. Maier auch in der Lage, sagte Wohleb, nach wie vor für die Amerikaner zu sprechen, die genau wie die Franzosen noch keine offizielle Aeußerung abgegeben hätten. Mit der Ankündigung, daß Karlsruhe, falls es sich für die Wiederherstellung Altbadens entscheiden sollte, aus dem amerikanischen Besatzungsverband entlassen würde, habe nur das Stichwort für das Wiederauftauchen des längst vergessen geglaubten „Franzosenschrecks" gegeben werden sollen. Auf gewisse Karlsruher Antipathien aus dem Jahre 1945 wolle dieser jeder ernsten Begründung entbehrende Versuch eine Stimmungsmache in Karlsruhe aufbauen. Die in Stuttgart genau bekannte Stimmung in Karlsruhe sei bestimmt nicht so, wie sie der Karlsruher Oberbürgermeister Töpper im Landtag gekennzeichnet habe, wobei er wider besseres Wissen behauptet habe, es bestehe die Absicht, Karlsruhe im wiedervereinten Baden nicht mehr zur Hauptstadt zu machen. Die Attacke auf die ausgesprochene Anti-Südweststaat-Stimmung in Karlsruhe sei das Hauptanliegen in der Rede des Finanzministers Dr. Kaufmann gewesen.

Südweststaatfrage „international"

Wohleb stellte sich dann die Frage, was die Stuttgarter Regierung zu derart unverantwortlichen Erklärungen veranlaßt habe, die gleichbedeutend seien mit der Bankrott-Erklärung der Südweststtaatpropaganda und antwortete darauf, in Stuttgart wisse man, daß man gerade in Baden, das eine tadellos sparsame Staatsverwaltung gewöhnt sei, an den viel gerühmten „einfachen Staatsapparat" der Südweststaat-Metropole Stuttgart nicht glaube. Man könnte auch wissen, daß die Versicherung Dr. Maiers, „der Südweststaat werde für die viel geschmähten Schwaben kein Geschäft, sondern ein Opfer bedeuten", in Baden schlechthin lächerlich wirke. An der Lebensfähigkeit Badens könnten auch die Etat-Rechenkunststücke Dr. Kaufmanns kein Jota ändern.

Mannheimer
MORGEN
Unabhängige Zeitung Badens und der Pfalz

England lehnt Schumanplan-Entwurf ab

6.Juni 1950.

1. An Herrn Bundestagsabgeordneten Richard Freudenberg,
Weinheim/a.d.Bergstr.

Lieber Herr Freudenberg !

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 5. ds.Mts. Ich bin bereit, dem von der Vereinigung Südwest in Nordbaden gebildeten Komitée beizutreten.

Mit besten Grüßen
bin ich
Ihr

Obgmstr.

2. Z.d.A.

fct.6.6.50.Hr.

RICHARD FREUDENBERG

6. Juni 1950

Weinheim i. B., den 5.Juni 1950 Ha.

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Heimerich

Mannheim

Lieber Herr Heimerich !

Bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft für den Zusammenschluss von Baden und Württemberg, an der sämtliche Südweststaatvereinigungen in Südwestdeutschland teilnahmen, ist beschlossen worden, daß jeder der vier Landesteile ein Gremium bestimmen sollte, das die jeweiligen Landesteile innerhalb dieses Komitees repräsentieren soll. Im Auftrag der Vereinigung Südwest in Nordbaden bitte ich auch Sie, diesem Komitee beizutreten, dem ausser mir die Herren Veit, Neuburger, Schwan, Brandenburg und ein noch zu benennender Flüchtlingsvertreter angehören.

Bestens grüßend

Jhr

Richard Freudenberg

Mannheim, den 5. Juni 1950

1.) Ich habe in Basel am vergangenen Freitag Vormittag die Redak - tion der "Basler Nachrichten" aufgesucht und habe dort mit Herrn Dr. Hartmann, dem außenpolitischen Redakteur der Zeitung Rücksprache genommen. Ich habe Herrn Dr. Hartmann auf die Ausführungen in der Ausgabe vom 26. Mai aufmerksam gemacht und habe darauf hingewiesen, daß die "Basler-Nachrichten" schon wiederholt Auffassungen vertreten hätten, die sich gegen die Bildung des Südweststaates richteten. Herr Dr. Hartmann sagte, daß es sich dabei immer um Einsendungen aus Südbaden gehandelt habe, daß die "Basler-Nachrichten" aber auch schon einmal Vertreter des Südweststaates ausführlich hätten zu Wort kommen lassen. Die "Basler Nachrichten" seien auch bereit, wiederum Beiträge zu übernehmen, die für den Südweststaat eintreten. Ich sollte doch durch mein Presseamt einen solchen Beitrag ausar - beiten lassen. Ich sagte Herrn Dr. Hartmann, daß mir eigentlich wertvoller erschiene, wenn die "Basler-Nachrichten" zu einer eigenen Auffassung gelangten und diese Auffassung, dann in ihrer Zeitung vertreten würden. So beriefen sich jetzt die Altbadener immer darauf, daß auch die Basler-Presse gegen den Südweststaat sei. Ich fügte meinen Ausführungen hinzu, daß ich gerne bereit wäre, einen Vertreter der Basler-Nachrichten in Mannheim zu empfangen und entsprechend zu orientieren. Herr Hartmann hielt einen Besuch eines Vertreters der Basler-Nachrichten in Mannheim nicht für ausgeschlossen. Im ganzen war aber doch Herr Hartmann ziemlich zurückhaltend. Er sprach von dem Föderalismus, der der schweizerischen Auffassung entspräche und den sie gerne auch in Deutschland sehen würden und er prägte sogar das Wort "vom Föderalismus mit der alten Tradition" womit er wohl das alte Baden meinte. Ich bin dieser Auffassung von Föderalismus ent - schieden entgegengetreten und habe vor allem erklärt, daß die deutschen Finanzen den großen Apparat von allein 11 Ländern im Westen nicht tragen könnten. 5 bis 6 Länder im Westen würden vollauf genügen. Dazu käme dann noch, das ein wiedererstandenes Altbaden gar nicht lebensfähig sei. Wie wollte allein dieses

./.

für

Altbaden/4 Hochschulen aufkommen. Ich wies auch auf die Probleme des Finanzausgleichs in Deutschland hin. Ferner betonte ich, daß die altbadischen Bestrebungen eigentlich auf die altbadische Monarchie zurückgingen, und daß die Altbadner sich auch nicht scheu--en mit gewissen Nazimethoden zu arbeiten, so mit Musikkapellen aufzutreten, in den Versammlungen keine Diskussion zuzulassen und dergleichen. Herr Dr. Hartmann hörte das alles mit Interesse an, verlor aber seine betont höflich kühle Haltung nicht.

2.) <u>An Herrn Dr. Gutermann -</u>

Es dürfte zweckmäßig sein, einen Artikel von uns jetzt in den "Basler Nachrichten" unterzubringen. Vielleicht können Sie zu-sammen mit Herrn Dr. Oncken und Dr. Poensgen einen solchen Artikel ausarbeiten.

3.) Z.d.A.

Oberbürgermeister

Abschrift (Auszug) aus den "Basler Nachrichten" vom 26.5.1950.

Dr Hartmann. Infanterist. 40
Fernsprechplatz
Lage Rhein.

Baden oder Südweststaat ?

..... Wie Mannheim und Heidelberg stimmen werden, hängt von Zufälligkeiten ab. Es bleibt unerfindlich, wie der derzeitige Oberbürgermeister von Mannheim, der Sozialdemokrat Dr.Heimerich, behaupten kann, nur der Südweststaat werde "Männheims wirtschaftliche Zukunft sichern", nachdem sich doch die bisherige württembergische Kanalpolitik (Neckarkanal!) für Mannheims Hafenverkehr geradezu katastrophal ausgewirkt hat. Die Haltung der badischen SPD. ist überhaupt reichlich stur, im Gegensatz zu jener der CDU. und FDP., die beide Standpunkte gelten lassen. Wenn ursprünglich p a r t e i politische Erwägungen für die SPD. hier eine Rolle gespielt haben sollten, so können diese der Tatsache nicht standhalten, dass die SPD. weder in einem Südweststaat noch in einem wiederhergestellten Baden die absolute Mehrheit besässe und somit auf eine Koalition, mindestens mit der CDU. angewiesen wäre.

x. x.

Herrn
Oberbürgermeister Dr.Heimerich
zur gefl. Kenntnis.

Mannheim, den 31.5.1950.

Hartmann.

6. Juni 1950

Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg.

Der Generalsekretär.

Briefanschrift: Freiburg, Kaiser-Josef-Str. 255/V (Büro Lehr).

Zeichen: 2/11. Datum: 31.5.50.

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Heimerich

M a n n h e i m

XL/4

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Mit freundlichem Dank bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 27.5.50, von dessem Inhalt ich gern Kenntnis genommen habe. Wir werden nicht versäumen, Sie ab Mitte Juli für unseren Propagandaeinsatz vorzusehen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang bitten, sich dann in der Zeit von Mitte Juli bis 24. September möglichst von jeglichen anderen Terminbindungen frei zu halten.

Von dem Inhalt Ihrer Rede möchte ich vielleicht bei unserer Propagandaarbeit eingehenderen Gebrauch machen; hierauf werde ich noch zurückkommen. Ich denke an eine Aufnahme auf Tonband oder ähnliches.

Mit freundlichen Grüssen!

(Albert Maria Lehr)

Um mir selbst einen Überblick zu verschaffen, darf ich Sie zum Schluss höflich bitten, mir doch kurz zu berichten, welche Aktionen dieser Art Sie ins Auge gefasst haben und in die Wege leiten werden. Vielleicht ist es Ihnen trotz Ihrer knappen Zeit noch möglich, mir nach Abschluss einige Zeilen über die erzielten Erfolge zu berichten.

Mit besten Empfehlungen!

(Albert Maria Lehr)

Mannheim, den 27. Mai 1950

Sehr verehrter Herr Lehr !

Besten Dank für Ihren Brief vom 20. Mai. Ich werde mich für die Südweststaatpropaganda weitgehend freimachen. Allerdings ist mir dies, erst ab Mitte Juli möglich. Ich füge mich dann gerne in die Dispositionen ein, die Sie und wohl auch Herr Dr. Oncken treffen werden.

Gestern habe ich in der Sparkassen-Akademie in Stuttgart gesprochen und habe hinsichtlich der Ländergrenzenbereinigung des Südweststaates folgendes ausgeführt:

Seite 29, 30,31 und zum Teil 32

Diese Ausführungen haben bei den ca. 300 Anwesenden große Zustimmung gefunden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

2.) Nachricht an Herrn Dr. Oncken.

Obgmstr.

Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg. 27. Mai 1950

Der Generalsekretär.

Briefanschrift: Freiburg, Kaiser-Josef-Str. 255/V (Büro Lehr).

Zeichen: 22/11. Datum 2o.5.5o.

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Heimerich
M a n n h e i m.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Eine Beobachtung der Methoden, die Herr Staatspräsident W o h l e b mit Erfolg angewendet hat, zeigt, dass besonders wirksam kleine geschlossene Sitzungen im Kreis von 4o - 5o Personen, meist Honoratioren, Intellektuelle usw. zu sein scheinen. Diese Methode führt in konsequenter Anwendung dazu, dass sich überall im Land Kristallisationspunkte bilden, und selbst Gebiete, in denen unsere Auffassung absolut vorherrschend ist, sind davon nicht ausgenommen. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als dass wir selbst so schnell wie möglich mit dieser gründlichen, zähen und zielbewussten Kleinarbeit beginnen. Ich bin mir dabei sehr wohl bewusst, dass dies gerade an Sie, der Sie sowieso sehr stark in Anspruch genommen sind, besondere Anforderungen stellt und nicht geringe Opfer an Zeit und Arbeitskraft verlangt.

Wichtig ist, dass dabei alle möglichen, persönlichen Anknüpfungspunkte, die ja jeder in den verschiedensten Gegenden unseres kommenden SW-Staates hat, benützt werden. An diese anknüpfend ist es erforderlich, den Kreis der Beteiligten persönlich einzuladen oder einladen zu lassen, wobei es gerade auf die Schwankenden und noch Abseitsstehenden sehr ankommt. Selbstverständlich wird man nicht ausgesprochene Gegner einladen, die nur als Zusammenträger zur anderen Seite hin wirken.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bitten, in die Dispositionen der kommenden Wochen derartige Aktionen einzubeziehen. Es ist absichtlich davon abgesehen, diese Bemühungen planmässig zu lenken, da vor allem das persönliche Element sehr stark in den Vordergrund treten muss. Immerhin muss ich Sie sehr herzlich und ernsthaft darum bitten, im Laufe des Monats Juni einmal in besonderer Weise in dieser Richtung zu wirken. Ich glaube, dass es Ihnen sicher möglich sein wird, vielleicht 5 - 6 solcher Versammlungen zu halten, wobei natürlich Versammlungen gerade in den Gebieten interessant sind, wo wir in Gegenden Fuss fassen können, in denen unsere Gedanken noch nicht genügend bekannt sind.

b.w.

27. Mai 1950

1.) An den Herrn Generalsekratär Albert Maria L e h r,
F r e i b u r g Kaiser-Josef-Str. 255

Sehr verehrter Herr Lehr !

Besten Dank für Ihren Brief vom 20. Mai. Ich werde mich für die Südweststaatpropaganda weitgehend freima - chen. Allerdings ist mir dies, erst ab Mitte Juli möglich. Ich füge mich dann gerne in die Dispositionen ein, die Sie und wohl auch Herr Dr. Oncken treffen werden.

Gestern habe ich in der Sparkassen-Akademie in Stuttgart gesprochen und habe hinsichtlich der Ländergrenzenbereinigung/des Südweststaates folgendes ausgeführt:

„Die völlig unsichere Finanzlage entsprichtin keiner Weise der Bedeutung der Gemeinden im Staat und den Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. An der ganzen Konstruktion des deutschen Staates ist hier etwas falsch. Zunächst ist zu sagen, daß es keine wirkliche Selbstverwaltung geben kann, wenn die Gemeinden sich hinsichtlich ihrer Finanzgebahrung in einer so starken Abhängigkeit vom Staate befinden wie gegenwärtig. Ein in seiner Richtigkeit immer wieder bestä - tigtes Sprichwort lautet: "Wer zahlt schafft an!" Alle in den Verfassungen enthaltenen Selbstverwaltungsgarantien können darüber nicht hinweghelfen. Aber noch eine andere Redensart kennzeichnet die Lage der Gemeinden. Sie lautet: "Den Letzten beißen die Hunge!" Erst strebt der Bund in einem mehr oder weniger harten Ringen mit den Ländern darnach, seine Ausgaben zu befriedigen. Dann suchen die Länder nach einer Haushaltdeckung und schließlich - aber eben an letzter Stelle - muß auch noch an die Gemeinden ge - dacht werden. Der Staat muß sich zweifellos von unten nach oben aufbauen, also von der Gemeinde über das Land zum Bund, aber die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben erfolgt seltsamerweise von oben nach unten. Es besteht die starke Befürchtung, daß auch ein konsolidiertes Deutschland drei große Verwaltungsapparate, die der Gemeinden, der Länder und des Bundes, nicht zu finanzieren vermag, sodaß eine Verwaltungsvereinfachung unbedingt erforderlich ist. Diese Verwaltungsvereinfachung wird sich auf alle drei Verwaltungssektoren erstrecken müssen, vor allem aber auf die Länder, die auch, nachdem der Bund ins Leben getreten ist, einen viel zu großen Verwaltungsapparat behalten haben, der einen Abbau durchaus vertragen kann.

Vor allem wäre es wichtig, zum Zwecke der Vereinfachung und Verbilligung unseres Verwaltungsapparates die Zahl der deutschen Länder zu vermindern. Es ist eine sehr traurige Tatsache, daß die Ländergrenzenreform ins Stocken geraten ist, und daß es bisher noch nicht einmal gelungen ist, den Südweststaat ins Leben zu rufen. Sentimentalitäten, kleinliche Eifersucht und persönlicher Egoismus hemmen diese Ländervereinigung in Deutschland. Es würde wahrlich genügen, wenn wir ins Westdeutschland 5 oder höchstens 6 Länder statt wie jetzt 11 hätten. Der mangelnde politische Sinn der Deutschen zeigt sich in der Unfähigkeit, solche notwendigen Bereinigungen vorzunehmen, die dem Ganzen doch nur nutzen können. Mit großer Entrüstung muß man feststellen, daß z.B. die altbadischen Kreise sich über die Schwaben teilweise so ablehnend äußern, wie wenn diese die größten Feinde der Badener wären. Dabei muß jeder Einsichtige erkennen, daß Baden seine Lebensbedingungen nur verbessern kann, wenn es mit Württemberg zusammengeht.

Würden die Ländergrenzen unter Verminderung der Zahl der Länder vernünftiger gezogen werden, dann würde es nicht mehr deutsche Länder geben, die bettelarm sind wie Schleswig-Holstein, Rheinladn-Pfalz und Südbaden und andere Länder, die in besonders reichem Maße über Mittel verfügen, wie z.B. Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Es würde dann auch ein Finanzausgleich unter den Ländern, wie er jetzt schon wieder eingeführt werden mußte, kaum mehr notwendig sein. Das vereinigte Württemberg-Baden könnte sein Geld behalten und bräuchte nichts mehr an Bayern abzuführen. Aber ebenso wie ein Finanzausgleich zwischen den Ländern möglichst vermieden werden müßte, so müßte man auch zu einer Abschaffung des Finanzausgleichs zwischen den Ländern und Gemeinden kommen. Die Gemeinden müssen wieder dazu kommen, ihre finanziellen Bedürfnisse aus eigenen Steuerquellen zu befriedigen und dabei von einer eigenen Steuerkraft auszugehen. Jetzt wird die eigene Steuerkraft der Gemeinden bei den Finanzzuweisungen durch die Länder überhaupt nicht mehr berücksichtigt. Die eigene Steuerkraft muß wieder das Maß für die Aufwendungen in einer Gemeine sein."

Diese Ausführungen haben bei den wa. 300 Anwesenden große Zustimmung gefunden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

2.) An Herrn Dr. O n c k e n -

10. Mai 1950

Die Mannheimer Zeitungsverlag GmbH. gibt im Interesse der Propaganda für den Südweststaat eine Aufklärungsschrift heraus, die in einer Auflage von mindestens 10ooo Exemplaren unentgeltlich zur Verteilung gelangen soll. Eine Finanzierung dieser Schrift ist nur mit Hilfe von Inseraten möglich. Da es sich bei der Bildung des Südweststaates um eine Lebensfrage für Mannheim und seine Wirtschaft handelt, bitte ich das Vorhaben des Mannheimer Zei - tungsverlages GmbH. durch Aufgabe eines Inserates oder eines verkaufswerbenden Firmenbeitrages zu unterstützen.

Die einwandfreie Durchführung des Unternehmens wird durch die Vereinigung Südwest überwacht werden. Der Verlag hat die Verpflichtung übernommen, einen etwaigen Überschuß, der sich bei der Herausgabe der Druckschrift ergibt, der Vereinigung Südwest für Propagandazwecke zur Verfügung zu stellen.

Hh.

27. April 1950

Sehr verehrter Herr Freudenberg !

Ich bestätige mit bestem Dank den Empfang Ihres Schreibens vom 24. d.M. Mit der Übernahme der mir zugedachten Aufgaben bin ich einverstanden.

In der Anlage übersende ich Ihnen den Wortlaut der Etatrede, die ich morgen nachmittag im Mannheimer Stadtrat halten werde. Sie finden auf Seite 25 ff deutliche Bemerkungen über den Südweststaat.

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr

Dr. H.

Herrn
Bundestagsabgeordneten
Richard Freudenberg,

Weinheim a.d.B.

RICHARD FREUDENBERG

25/ -1 1950

Weinheim i. B., den 24.April 1950 Ha.

Herrn
Oberbürgermeister Dr.Heimerich

M a n n h e i m

Lieber Herr Heimerich !

Auf der letzten Sitzung der Vereinigung Südwest für Nordbaden wurden Sie von den Sitzungsteilnehmern einstimmig zum Mitglied des Vorstandes der Vereinigung Südwest vorgeschlagen. Ausser Jhnen und mir gehören dem Vorstand noch an die Herren :

Professor Bläsi, Bürgermeister, Bruchsal
Oberbürgermeister Brandenburg, Pforzheim
Referendar Dietl (Idad) Schwetzingen
Landwirt Ebert, Ittlingen
Gewerkschaftssekretär Flößer, Karlsruhe
Dr.Hammerbacher, Vorsitzender d.Industrie- und Handelskammer, Mannheim
Kreisvorsitzender der SPD Emil Henk,Heidelberg
Oberlandesgerichtspräsident Martens,Karlsruhe
Landrat Schwan,Tauberbischofsheim
Oberbürgermeister Swart,Heidelberg
Minister Veit, Stuttgart
Rechtsanwalt Dr.Waldeck, Heidelberg.
Minister Kaufmann, Stuttgart.

Es wurde gleichzeitig beschlossen, innerhalb dieses Vorstandes einen geschäftsführenden Ausschuss zu bilden, der bei wichtigen Entscheidungen zusammentritt. Jch würde es begrüßen, wenn Sie sich hierfür ebenso wie die Herren :

Brandenburg
Henk
Martens
Schwan
Waldeck
und ich

zur Verfügung stellen würden.

Bestens grüßend

Jhr

Freudenberg

26. April 1950

Herrn
Direktor Georg Christians
i.Fa. Schütte-Lanz Holzwerke A.G.
Mannheim-Rheinau

Sehr geehrter Herr Christians!

Besten Dank für die Übersendung Ihres Schreibens an Herrn Richard Freudenberg vom 21. d.M.

Ich weiß, daß immer wieder die Nachricht verbreitet wird, daß die Badener von den Schwaben zurückgesetzt und benachteiligt würden, und daß diese Frage in der Agitation um den Südweststaat eine große Rolle spielt. Ich halte die Behauptung einer solchen Zurücksetzung und Benachteiligung aber nicht für richtig. Die Schwaben haben zwar gute Ellenbogen, aber jede Nachprüfung von Einzelheiten hat immer wieder ergeben, daß seitens der württembergisch-badischen Staatsregierung gerecht und ausgleichend gehandelt wird. Den größten Nachteil der gegenwärtigen Situation sehe ich darin, daß immer noch ein getrennter nordwürttembergischer und nordbadischer Etat besteht, und daß wir trotz einer einheitlichen Verfassung und Gesetzgebung immer noch kein einheitliches Land Nordwürttemberg-Nordbaden vor uns haben. Die künftige Aufgabe wäre, einen wirklich einheitlichen Südweststaat, bestehend aus dem ganzen früheren Württemberg und dem ganzen früheren Baden zu schaffen und unter keinen Umständen wieder zu einer Landesbezirkseinteilung zu kommen. Gerade die Landesbezirkseinteilung, wie wir sie in Nordwürttemberg und Nordbaden haben, ist einer einheitlichen Gesamtpolitik und Gesamtfinanzgestaltung ungünstig. Also keine Abmachung über

./.

gegenseitige Verpflichtungen, sondern das Zusammenwachsen zu einem einheitlichen Staat scheint mir notwendig zu sein. In 10 Jahren wird man dann kaum mehr wissen, wo Baden aufgehört und Württemberg angefangen hat. Ich bin auch überzeugt, daß gerade Mannheim sich in einem württembergisch-badischen Gesamtstaat leichter wird durchsetzen können als etwa in einem wiedererstehenden Baden. Wir sind in Baden immer wieder die Benachteiligten gewesen, da aus dem hohen Mannheimer Steueraufkommen wesentliche Teile dazu dienen mußten, eine Duodezregierung zu finanzieren. Wir müssen dazu kommen, daß man aufhört, badisch oder württembergisch zu denken, und daß man bei allen Entscheidungen von einem einheitlichen südwestdeutschen Raum ausgeht.

Ich werde mich zu diesen Fragen auch noch am Schluß meiner morgigen Etatrede äußern und werde mir erlauben, Ihnen ein Exemplar dieser Rede zugehen zu lassen.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung
bin ich Ihr ergebener

2.) An Sekr. I
wegen Absendung des Abdrucks der Rede.

3.) Zum Akt Südweststaat.

Lg.

Obgmstr.

Direktor Christians i.Fa.

22. April 1950

SCHÜTTE-LANZ HOLZWERKE A.G.

SPERRHOLZFABRIK MANNHEIM-RHEINAU

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. jur. C. Arthur Pastor · Vorstand: Dipl. Ing. Georg Christians, Dr. Josef Helffrich

Schütte-Lanz Holzwerke Mannheim-Rheinau Bahnstation: Mannheim-Rheinau Anschl. Gleis

Herrn
Oberbürgermeister
Heimerich

Mannheim
Rathaus

Drahtanschrift: „Schütte-Lanz Mannheim"
Telefon: Mannheim Nr. 48927/28
Südwestbank, Konto-Nr. 402 49
Allg. Bankgesellschaft, Konto-Nr. 2020 7
Badische Bank, Konto-Nr. 2488
Landes-Zentralbank, Konto-Nr. 52/892
Postscheckkonto: 4159 Karlsruhe

Ihre Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	(17a) Mannheim-Rheinau
Betreff:		Chr/Bz	den 21.4.1950

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Von Ihrer Frau Gemahlin wurde ich anlässlich ihres Besuches auf unserem Werk wieder daran erinnert, dass Sie sich mit besonderem Nachdruck für den Südweststaat einsetzen. Daraufhin gestatte ich mir, Ihnen die 2.Ausfertigung eines diesbetreffenden Schreibens zu übermitteln, das ich heute an Herrn B.A.Freudenberg, Weinheim, als Vorsitzer der Vereinigung für den Südweststaat gerichtet habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anlage

Direktor Christians i.Fa.

SCHÜTTE-LANZ SPERRHOLZFABRIK

HOLZWERKE A.G. MANNHEIM-RHEINAU

Vorsitzer des Aufsichtsrates: Dr. jur. C. Arthur Pastor / Vorstand: Dipl. Ing. Georg Christians, Dr. Josef Helffrich

Schütte-Lanz Holzwerke Mannheim-Rheinau Bahnstation: Mannheim-Rheinau, Anschl.-Gleis

Herrn
Fabrikant Richard Freudenberg
Abgeordneter des Bundestages

(17a) Weinheim

DRAHTANSCHRIFT: „SCHÜTTELANZ MANNHEIM"
TELEFON: MANNHEIM NR. 48927/28
SÜDWESTBANK, KONTO-NR. 40249
ALLG. BANKGESELLSCHAFT, KONTO-NR. 20207
BADISCHE BANK, KONTO-NR. 2488
LANDES-ZENTRALBANK, KONTO-NR. 52/892
POSTSCHECKKONTO: 4159 KARLSRUHE

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	(17a) den
		Chr/Bz	21.4.1950

Betreff:

Abstimmung für den Südweststaat

Sehr geehrter Herr Freudenberg!

Wenn ich mich in meinem Bekanntenkreis für den Südweststaat einsetze, so begegne ich nicht selten dem Einwand, dass darin die Badener von den "Schwaben" ebenso zurückgesetzt und benachteiligt würden, wie es bisher in dem vereinigten Nordwürttemberg/Baden der Fall gewesen sei. Derartige Äusserungen kommen auch von solchen Kreisen, die keineswegs mit Herrn Wohlleb sympathisieren, oder die den politischen Bestrebungen der anscheinend stark vom Klerus beeinflussten CDU und deren Personalpolitik mit großer Skepsis gegenüberstehen.

Denke ich an unsere eigenen geschäftlichen Erfahrungen, so muß ich zugeben, dass auch wir nicht selten eine Bevorzugung der württembergischen Wirtschaft durch die Stuttgarter Behörden feststellen konnten. Ich neige daher zu der Auffassung, dass es taktisch wichtig und für den Ausgang der Volksbefragung von erheblicher Bedeutung sein könnte, wenn im voraus zwischen den zuständigen Stellen in Baden und Württemberg bindende Abmachungen getroffen werden, wodurch eine Benachteiligung der Badener im Falle der Vereinigung beider Länder zum Südweststaat ausgeschlossen ist. Ich habe in den bisherigen Reden und Berichten eine derartige Klarstellung vermißt und hielt es daher, obwohl ich mich sonst von jeder Einmischung in politische Fragen neuerdings lieber zurückhalte, doch für geboten, Ihnen von diesen Überlegungen Kenntnis zu geben.

Mit bester Empfehlung

Ihr sehr ergebener

Christians.

18. April 1950

1.) An Herrn Bundestagsabgeordneten Richard Freudenberg,
Weinheim a.d.Bergstraße

Sehr geehrter Herr Freudenberg !

Ich kann wegen der Vorbereitung der Etatberatungen in Mannheim den Termin der Vereinigung Südwest für Nordbaden am Samstag, dem 22. April d.J. 15 Uhr 30 im Kur - pfälzischen Museum in Heidelberg leider nicht wahrnehmen. Herr Bürgermeister Trumpfheller wird mich aber vertreten.

Mit besten Grüßen bin ich

Ihr ergebener

2.) An Herrn Bürgermeister Trumpfheller -

Ich werde wegen der Vorbereitung meiner Etatrede den Termin in Heidelberg nicht wahrnehmen können. Ich bitte daher, mich zu vertreten.

Oberbürgermeister

1. Motiert.
2. W.V. 22.4.

24.4.50

2. z/a.

18. April 1950

RICHARD FREUDENBERG

Weinheim i. B., den 17.April 1950 Ha.

Herrn
Oberbürgermeister Dr.Heimerich
Mannheim

Lieber Herr Heimerich !

Am 22.April findet in Heidelberg eine Sitzung des erweiterten Vorstandes der Vereinigung Südwest für Nordbaden statt. Jch würde es namens der Vereinigung Südwest sehr begrüßen, wenn Sie an dieser Sitzung teilnehmen würden. Die Tagesordnung dieser Sitzung, die um

15.30 Uhr im Kurpfälzischen Museum
Heidelberg, Hauptstr.97,

stattfinden wird, liegt diesem Schreiben bei.

Bestens grüßend Jhr

i. A. Dr. Oncken

(4) 1249

T a g e s o r d n u n g

für die Sitzung des erweiterten Vorstandes der Vereinigung Südwest für Nordbaden

am 22.4.1950.

1.) Bericht über den Stand der Südweststaatfrage.

2.) Bericht über organisatorische Arbeiten der Vereinigung Südwest.

3.) Vorbereitung der Abstimmung und Verstärkung der Agitation für den Südweststaat

   a) durch Materialverteilung

   b) durch verstärkte Versammlungstätigkeit.

4.) Koordinierung der Arbeit der Südweststaatfreunde in allen Landesteilen Südwestdeutschlands evtl. Vorbereitung einer gemeinsamen Arbeitstagung.

5.) Sonstiges.

Mannh. Morgen 18/18.4.50

Ein Briefwechsel

Landesverband der Arbeitsgemeinschaften
der Badener

Karlsruhe, 14. April 1950

An die Redaktion des „Morgen"
Mannheim, Am Marktplatz

Wir beziehen uns auf Ihren Artikel „Vereinigung Südwest bedauert Absage Wohlebs" in der Nr. 87 Ihrer Zeitung vom 14. April, in dem es wörtlich heißt: „Die Tatsache, daß die Altbaden-Gruppe jetzt eine freie Diskussion nicht wünscht", erklärte Freudenberg abschließend, „veranlaßt die Vereinigung Südwest, die Mannheimer Versammlung bis zu einem Zeitpunkt zu verschieben, zu dem sich die Altbadener doch noch einmal zur Diskussion stellen".

Wir stellen fest, daß diese Erklärung des Herrn Freudenberg, die von Ihnen gebracht wurde, nicht der Wahrheit entspricht. In der Anlage erhalten Sie die Abschriften unserer Korrespondenz mit Herrn Freudenberg, aus der unsere grundsätzliche Diskussionsbereitschaft klar und deutlich hervorgeht. Obgleich wir jederzeit in der Lage wären, unsere Stellungnahme in den „Badischen Neuesten Nachrichten" zu veröffentlichen, glauben wir doch, daß die Redaktion des „Morgen", die die Erklärung des Herrn Freudenberg gebracht hat, im Sinne einer objektiven Berichterstattung Wert darauf legt, uns, der Gegenseite, Gelegenheit zu einer Klarstellung zu geben. Wir bitten Sie deshalb um die Veröffentlichung des Ihnen von uns übersandten Materials.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Landesverband der Arbeitsgemeinschaften
der Badener
K a l b e

3 Anlagen

Landesverband der Arbeitsgemeinschaften
der Badener

Karlsruhe, 28. März 1950

An die Vereinigung Südwest
z. H. von Herrn Richard Freudenberg
Weinheim (Baden)

Sehr geehrter Herr Freudenberg!

Wir nehmen Bezug auf Ihre Einladung zu einer öffentlichen Diskussion über das Thema „Baden oder Südweststaat", die Sie anläßlich unserer Kundgebung im Rosengarten in Mannheim am 25. März 1950 an die Herren Altreichskanzler Dr. Wirth und Staatspräsident Wohleb richteten, und machen zur Durchführung dieser öffentlichen Diskussion folgende V o r s c h l ä g e :

1. Zur Schaffung gleicher Voraussetzungen für die Diskussionsteilnehmer, sowie im Interesse einer fairen Diskussion laden b e i d e Organisationen, die Vereinigung Südwest und der Landesverband der Arbeitsgemeinschaften der Badener g e m e i n s a m die Mannheimer Oeffentlichkeit zu einem Diskussionsabend ein.
2. Jede der beiden Organisationen erhält die gleiche Anzahl Einlaßkarten zur Verteilung an die Oeffentlichkeit.
3. Die Unkosten der Veranstaltung (Plakatierung, Saalmiete usw.) werden von beiden Organisationen gemeinsam getragen.
4. Jede der beiden Organisationen stellt zwei Referenten, von denen jeder ein Kurz-Referat hält, das eine Dauer von 30 Minuten nicht überschreiten darf.
5. Sämtliche Referenten müssen Badener sein, da die Frage „Baden oder Südweststaat" allein Sache der badischen Bevölkerung ist.
6. Im Anschluß an die Referate können aus der Versammlung in Forumform Fragen an die Referenten gerichtet werden, die der jeweils angesprochene Referent beantwortet.
7. Ein noch zu bestellender Versammlungsleiter lehnt alle Fragen ab, die sich nicht auf das Thema beziehen, und bestimmt bereits zu Beginn der Veranstaltung den Zeitpunkt, zu dem die Diskussion beendet wird.

Für die Regelung der technischen Einzelheiten bezüglich der Vorbereitung der Versammlung, die möglichst unmittelbar nach Ostern stattfinden sollte, schlagen wir eine mündliche Besprechung vor. Ihrem Vorschlag, an welchem Ort und zu welchem Zeitpunkt diese mündliche Besprechung stattfinden kann, sehen wir mit Interesse entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Landesverband der Arbeitsgemeinschaften
der Badener
gez. K a l b e

Richard Freudenberg

Weinheim i. B., 3. April 1950

An den
Landesverband der
Arbeitsgemeinschaften der Badener
Karlsruhe, Riefstahlstraße 7

Abschrift

Sehr geehrter Herr Kalbe!

Ich bestätige der Ordnung halber den Empfang Ihres Briefes vom 28. März, den ich nach meiner Rückkehr von Bonn hier vorfinde. Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir zu einer öffentlichen Versammlung auf

Freitag, den 21. April, 19,30 Uhr
in den Rosengarten nach Mannheim

einladen werden. Zu dieser öffentlichen Versammlung hat jedermann freien Eintritt, so daß ein Ausgeben von Karten in keiner Weise in Frage kommt. Damit erledigen sich auch Ihre Punkte 1 bis 7. Die Versammlung wird unter meinem Vorsitz stehen und ich sichere jedem freie Diskussionsrede zu, wie ja das ganz selbstverständlich ist. Ich freue mich, daß Herr Altreichskanzler Wirth mir mit Schreiben vom 29. März mitgeteilt hat, daß er „gern und frohgemut in einer Versammlung, zu der alle eingeladen sind", sprechen wird. Er weiß eben als alter Demokrat so gut wie ich, daß man in öffentlichen Versammlungen die Dinge zu klären hat und nicht im geladenen Kreis.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
gez. Richard Freudenberg.

Landesverband der Arbeitsgemeinschaften
der Badener

Karlsruhe, 6. April 1950

Abschrift

An die
Vereinigung Südwest
z. H. von Herrn Richard Freudenberg
Weinheim (Baden)

Sehr geehrter Herr Freudenberg!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 3. April 1950 und stellen fest, daß Sie unseren Vorschlag eines gemeinsam abzuhaltenden Diskussionsabends rundweg abgelehnt haben. Wir bedauern dies sehr, weil wir an einem öffentlichen, neutral geleiteten Diskussionsabend in Mannheim großes Interesse bekunden. Nach den wohlvorbereiteten, unwürdigen Vorkommnissen bei unserer letzten Kundgebung in Mannheim mußten wir die in unserem Brief vom 28. März 1950 mitgeteilten Vorschläge machen. Der letzte Absatz unseres Briefes weist darauf hin, daß sich über die Einzelheiten noch hätte reden lassen.

Auch glauben wir, daß Sie den Brief des Herrn Altreichskanzlers Dr. Wirth vom 29. März 1950 völlig mißverstanden haben. Herr Dr. Wirth wird auf keiner Versammlung sprechen, die, im ganzen gesehen, nicht die Voraussetzungen erfüllt, die wir im Brief vom 28. März 1950 niedergelegt haben. Wir nehmen an, daß Sie soviel Fairneß besitzen, bei der Bekanntgabe auf unsere grundsätzliche und selbstverständliche Diskussionsbereitschaft zu verweisen.

Hochachtungsvoll

Landesverband der Arbeitsgemeinschaften
der Badener
gez. K a l b e

*

Vereinigung Südwest erklärt:

Die Geschäftsstelle der Vereinigung Südwest in Weinheim stellt zu dem veröffentlichten Briefwechsel ergänzend fest, daß die Einladung zu einer öffentlichen Versammlung mit Diskussion für den 14. April — später auf den 21. April verlegt — von dem Bundestagsabgeordneten Richard Freudenberg als Vorsitzenden der Vereinigung Südwest ausgesprochen wurde. Obwohl Dr. Wirth, der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft der Badener", diese Einladung sofort annahm, hat sich die „Arbeitsgemeinschaft der Badener" nachträglich geweigert, in dieser öffentlichen Versammlung der Vereinigung Südwest von dem ihr ausdrücklich garantierten, selbstverständlichen Recht auf freie Diskussion Gebrauch zu machen. Sie glaubte stattdessen, Bedingungen stellen zu müssen. Nachdem auch Herr Dr. Wirth die Teilnahme an der Versammlung am 21. April wegen einer Reise ablehnte und Staatspräsident Wohleb gleichfalls absagte, hat die Vereinigung Südwest die geplante Versammlung mit freier Diskussion vorläufig verschoben. Inzwischen rückt erfreulicherweise, dank der Beschlüsse der südwestdeutschen Regierungschefs, der Termin der Volksbefragung näher. Nunmehr sollten auch, so erklärt die Vereinigung Südwest, die Altbadener den Mut haben, statt Kundgebungen mit Musik zu Versammlungen mit freier und demokratischer Diskussion überzugehen. Die Vereinigung Südwest wartet deshalb mit Spannung auf die „Arbeitsgemeinschaft der Badener", trotzdem sie an ihrer Methode der diskussionslosen Kundgebungen, wie sie schon wieder für Karlsruhe und am 7. Mai für Waldürn geplant sind, festhält.

I
21.4.-

Tageblatt Heidelberg 4.April 1950

Südweststaat-Volksabstimmung Ende Mai?

Buchen. Auf einer Zusammenkunft der „Arbeitsgemeinschaft der Badener" in Buchen erklärte Studienrat Dr. Müller, daß nach seinen Informationen Ende Mai — Anfang Juni mit der Volksabstimmung über die Südweststaatfrage zu rechnen sei. Auf Grund dieser Ankündigung wurde beschlossen, Mitte Mai in Buchen eine Großkundgebung abzuhalten.

I 44.

1, Rede v. 25.III.50

Die Redner Wohleb u. Wirth dürften hier in Mannheim nicht fremd sein. Ich wüßte nicht, wann wir je das Vergnügen gehabt haben, sie hier zu begrüßen. Darum ist es wohl notwendig ihnen u. ihren Anhängern ein paar Worte über Mannheim und seinen Standpunkt in der Südweststaatfrage zu sagen.

Wie ist Mannheim eigentlich zu diesem alten – in Wirklichkeit recht jungen Baden gekommen? Die verschiedenen Teile der Bad. Markgrafschaft um Karlsruhe, Pforzheim u. Baden-Baden hat sich unter dem Einfluß der Franzosen durch fürstl. Handelsgeschäfte in den Jahren 1801–1819 zu der unnatürlichen Kunstschöpfung erweitert, die in einem langen schmalen Streifen von Wertheim bis nach Konstanz verläuft.

Mannheim ist aus der Mitte der Kurpfalz, deren Hauptstadt es war, herausgenommen und in ein Länder

5

8

eingedrückt werden, da wo die bad. die Bayerische u. die hessische Grenze zusammenstoßen.

Wir wollen es doch ganz deutlich sagen, daß sich Mannheim mit diesem seinem politischen Schicksal nie ganz abgefunden hat. Die Mannheimer waren zwar loyale Staatsbürger, aber sie sind in diesem so bunt zusammengewürfelten Lande nie recht heimisch geworden. Die Konflikte zwischen der werdenden Großstadt Mannheim u. den im übrigen Lande oft herrschenden ländlichen Gesichtspunkten wollten nicht aufhören. Die Großherzöge kamen nur selten u. mit leichtem Frösteln nach Mannheim und ich kann Herrn Wohleb auch heute schon prophezeien, daß auch er dieses Frösteln in Mannheim nicht verlieren wird, wenn er seinen altbadischen Staat wiederherstellen sollte.

Wir in Mannheim haben nie aufgehört, danach zu streben, unsere geographisch-politische Lage zu verbessern. Wir haben begeistert zugestimmt

als in der Weimarer Zeit von einer Vereinigung Badens mit Württemberg die Rede war –. Wir haben geglaubt, daß aus dem Zusammenbruch des Reiches im Jahre 1945 endlich eine vernünftige politische Raumgliederung in Deutschland herauswachsen würde. Es wäre in Südwestdeutschland auch ohne weiteres zu der Vereinigung von ganz Württemberg u. ganz Baden gekommen, wenn nicht die Zonengrenze bestanden hätte, und wir hätten trotz der Zonengrenze die Vereinigung bereits erreicht, wenn nicht Herr Wohleb und sein Anhang diese Bildung eines Südweststaates ganz planmäßig sabotiert hätten. Sie haben Südweststaatsverhandlungen geführt, aber jetzt ist ganz klar geworden, daß sie den Südweststaat nicht wollen.

Ich will nur mit wenigen Worten die großen politischen Gesichtspunkte hervorheben, die den Südweststaat notwendig machen.

Wir leben jetzt in Westdeutschland

nicht wenigen also 11 (mit Ausnahme von Bayern) mehrheitlich gebildet Länder, nur 11 Regierungen und ~~eine~~ etwa 100 Ministerien – also eine ungeheuren Kostspieligen Verwaltungsapparat. Darunter sehr viele Länder wie Hamburg und Bremen, Hessen – ganz arme wie z.B. Schleswig-Holstein. Dann ein sehr kompliziertes Finanzausgleich unter den Ländern mit. Es würden 5 bis 6 Länder – Reiche, genügen, die dann sich untereinander möchten – ohne Finanzausgleich bestehen können.

Eine solche innere Gemeinschaft der Länder und eine Beschränkung – vor Zahl – ist auch für eine wirkliche Föderalisierung Deutschlands der Zentralismus, der uns doch alle nicht mehr retten wird, weiter mit der Zahl der Länder und ihrer Unausgeglichenheit u. verwickelten Leistungsfähigkeit. Was will z.B. ein

kleines armes Baden, gegenüber dem so leistungsfähigen Nordrhein-Westfalen?

Nur durch die Bildung des Südweststaates läßt sich die ganze Ländergrenzenfrage in Westdeutschland wieder aufrollen. Es entsteht dann nicht nur neben Bayern im Süden ein kräftiges Land, sondern es erwächst dann auch die Aussicht, die Rheinpfalz für dieses Land zu gewinnen. Dem kleinen leistungsschwachen Baden wird sich die Rheinpfalz niemals anschließen. Für Mannheim ist die Wiedervereinigung der ehemaligen kurpfälzischen Gebiete im Rahmen eines größeren Landes einfach eine Lebensfrage. Nur unter diesen Umständen kann Mannheim aus seiner Enge u. Abgeschnittenheit herauskommen.

Aber auch finanzielle Erwägungen führen uns zu dem Südweststaat. Mannheim ist schon im alten Baden die Hauptfinanz

Quelle gewesen. Es brachte $\frac{1}{3}$ und mehr des gesammten Steueraufkommens. Es würde es auch jetzt wieder werden, so daß wir in einem im ganzen wenig leistungsfähigen Lande die Hauptlasten zu tragen hätten. Wir müßten in der Hauptsache die Kosten der teuren Sonderregierung des Herrn Wohleb bezahlen. Wie soll dieses ländliche Baden überhaupt finanziell bestehen? Mit seinen 4 Hochschulen, 7 Theatern u. anderen kostspieligen Einrichtungen.

~~Wir hier in Baden müßten die Hauptsteuern aufbringen u. den Beamtenapparat der Regierung~~

Aber noch ein anderer Grund spricht gegen ein so kleines Land Baden, das in seinen wesentlichen Teilen sich entlang der französischen Grenze hinzieht. Wir wollen nicht, daß sich hier in einem kleinen Grenzlande französische Einflüsse etwa so geltend machen, wie wir es im Saargebiet gerade jetzt erleben.

7.

Wir wollen Frieden u. Verständigung mit Frankreich, aber das läßt sich leichter erreichen, wenn wir Frankreich keine Gelegenheit geben, gewisse Einflußsphären u. Grenzgebiete zu erreichen. Verständigung setzt volle u. offene Partnerschaft voraus, deren Frankreich gewiß sein kann, wenn auf dieser Seite sich ein kräftiger Südweststaat an seiner Grenze hinzieht.

Ich bin nun schon angelangt bei dem großen Gedanken einer Union mit Frankreich, den gerade jetzt der Bundeskanzler Adenauer in die Debatte geworfen hat und bei der unbedingten Notwendigkeit ein geeintes Europa zu schaffen, wenn wir die nächste Jahrzehnte politisch überstehen wollen.

Wie nimmt sich gegenüber dieser europäischen Notwendigkeit nun die Kleinstaaterei und

der damit verbundene Kleingeist in Deutschland aus. Wir brauchen eine starke deutsche Bund bestehend aus kräftigen, genügend große deutsche Ländern, wenn wir uns in einen europäischen Bund u. Wiederaufbau einfügen wollen. In Ihnen, meine Herren Müller u. Wohleb, sehe ich die Verfechter kleine Länder interessen. Was tun Sie eigentlich für Deutschland u. Europa? Sie fahren in alte badische Bezirke landauf, landab, treiben ihre Agitation u. suchen das Volk auseinander zu bringen. Sie nähren den unseligen deutschen Streit im Kleinen statt einem großen Ziele zu dienen.

Wir hier in [illegible] wollen Ihnen nicht folgen. Wir sehen über das alte Baden

hinaus, wir wollen ein vernünftig gegliedertes Deutschland und wir wollen auch daß Baden in einem geeinigten Europa seinen Platz [in einem] Land hat, das dieser Stadt Größe u. Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern vermag. Das kann nicht das alte Baden sein, sondern nur der große Südweststaat.

Wir haben auch keine hysterische Angst vor den Württembergern. Sie sind uns nicht fremder wie die Freiburger. Der Lauf des Neckars verbindet uns in besonderer Weise mit Württemberg. Wir werden uns mit diesem tüchtigen Volke schon zusammenraufen. Ein zusammengeschlossenes Württemberg-Baden wird ein sehr gesundes deutsches

deutsches Land sein, ein isoliertes Baden wird immer zu den armen deutschen Ländern und zu den Bettlern beim Bunde gehören. Ich muss Ihnen versichern, daß wir Sie von ihren Ideen und von ihren vorgefaßten Meinungen nicht mehr bekehren können und daß Sie sich schon allmählich festgelegt haben, aber Sie sollen doch in Mannheim nicht weg gehen, ~~ob~~ ohne den ~~Gefühl~~ Eindruck, daß Sie hier für Ihre Ideen nur wenige Freunde haben und daß unsere Herzen für den Südweststaat schlagen. Es lebe der Südweststaat.

Stuttgarter Zeitung vom 15.März 1950

Südweststaat oder...? / Von Oberbürgermeister Dr. Roser

Ueber zwei Dinge scheinen sich die Streiter für und wider den Südweststaat einig: daß das Volk durch Abstimmung entscheiden und daß die eine der beiden Möglichkeiten der Entscheidung eben der Südweststaat sein solle. Und schließlich hat man sich, etwas voreilig, sogar darauf geeinigt, daß in einem einzigen Wahlgang entschieden werden solle: „Südweststaat oder ...". Insoweit wären also aller guten Dinge drei.

Unentwegt aber geht der Kampf um den vierten Punkt, ein Kampf in und zwischen den Parteien und ihren Bezirken, in Ausschüssen und Komitees, zwischen Verfassungsrechtlern und Abstimmungsspezialisten, Statistikern und Volksmeinungserkundern: welche andere Lösung gibt es für Südwestdeutschland, wenn das stimmberechtigte Volk den Südweststaat ablehnt?

Sollen die alten Länder Württemberg und Baden wiederhergestellt werden, wie es die Freudenstädter Beschlüsse fordern? Soll das jetzige Württemberg-Baden zusammenbleiben, zu dem Südwürttemberg und Südbaden je für sich hinzutreten können? Oder soll der jetzige Zustand bleiben?

Nun ist eins sicher: der gegenwärtige Zustand ist keinem recht. Eine Abstimmung über ihn würde überall zur Ablehnung durch fast 100 Prozent der Abstimmenden führen. Ebenso sicher ist, daß die Wiedervereinigung von Nord- und Südwürttemberg in beiden Landesteilen von 100 Prozent der Bevölkerung gewünscht wird, unabhängig davon, ob mit oder ohne Baden. Unklar dagegen ist die Lage in Baden. In Nordbaden besteht keine Einhelligkeit darüber, ob man sich mit Südbaden vereinigen oder bei Württemberg bleiben will, falls es nicht zum Südweststaat kommt. Ebensowenig herrscht in Südbaden Einmütigkeit darüber, ob man sich nur dann mit Nordbaden vereinigen will, wenn es zuvor von Württemberg gelöst wird, oder in jedem Falle, also auch im Falle eines Südweststaates.

Von diesen unbestreitbaren politischen und psychologischen Tatbeständen ausgehend, gibt es ein allen Möglichkeiten gerecht werdendes Abstimmungsverfahren, das allerdings Abstimmungen zu verschiedenen Zeitpunkten erfordert.

Die erste Abstimmung hätte in Nord- und Südwürttemberg gemeinsam zu erfolgen und die Fragen zu umfassen: 1. Willst du die Wiedervereinigung des Landesbezirks Nordwürttemberg und des Landes Württemberg-Hohenzollern? 2. Bist du darüber hinaus mit dem Verbleib Nordbadens bei Württemberg oder dem Beitritt ganz Badens zu einem Südweststaat einverstanden?

Die Frage 1 würde wohl zu 100 Prozent mit Ja beantwortet. Wird die Frage 2 verneint, ist der Fall erledigt, und die alten Länder werden wiederhergestellt.

Wird die Frage 2 bejaht, erfolgt die nächste Abstimmung, etwa 14 Tage später, in Nordbaden mit der Alternativfrage: 1. Willst du die Vereinigung Nordbadens mit Württemberg ohne Rücksicht auf die Entscheidung Südbadens? Oder: 2. Willst du die Vereinigung Nord- und Südbadens ohne Rücksicht auf die Entscheidung des Gesamtlandes Baden über den Südweststaat?

Wird die erste Frage bejaht, erfolgt die dritte Abstimmung, wieder 14 Tage später, in Südbaden: 1. Willst du die Vereinigung Südwestdeutschlands zu einem Südweststaat? Oder: 2. Willst du, daß Südbaden ein selbständiger Staat bleibt?

Wird in Nordbaden die zweite Frage bejaht, so erfolgt die dritte Abstimmung in Gesamtbaden: 1. Willst du die Vereinigung Badens und Württembergs zu einem Südweststaat? Oder: 2. Willst du, daß Baden und Württemberg getrennte Länder seien?

Die Reihenfolge der Abstimmungen scheint Württemberg vor Baden, Nordbaden vor Südbaden zu bevorzugen. Zum ersten ist zu sagen, daß es ein großer politischer Fehler wäre, die Gemüter in Baden noch weiter zu erhitzen, ehe klar ist, ob Württemberg den Südweststaat überhaupt will. Will es ihn nicht, so müssen die Badener, ob sie wollen oder nicht, miteinander leben, und dieses Zusammenleben wird leichter, wenn es nicht durch einen vorherigen Abstimmungskampf vergiftet ist. Schon aus diesem Grunde ist es für Baden besser, wenn die erste Abstimmung in Württemberg erfolgt. Vielleicht erspart ihr Ergebnis den Badenern die Abstimmung überhaupt.

Die Abstimmung in Nordbaden muß vor der in Südbaden erfolgen, damit die Südbadener wissen, welches die Folgen ihrer Abstimmung sein werden. Die in Nordbaden zu stellende Vorfrage braucht in Südbaden gar nicht erst entsprechend gestellt zu werden. Hier würde zweifellos mit großer Mehrheit die zweite Frage bejaht. Dafür haben die Südbadener den Vorzug, die Ergebnisse der vorangegangenen Abstimmungen zu kennen und sich dementsprechend verhalten zu können.

Eins ist jedenfalls sicher: Wir Württemberger in Nord und Süd haben keine Lust mehr, unsere Wiedervereinigung durch die badischen Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten aufschieben zu lassen. Wir wollen wieder zueinander, in jedem Falle, ob zu einem Württemberg allein, ob mit Nordbaden oder ganz Baden vereinigt. Wir haben die Südweststaatstreitigkeiten gründlich satt und fordern sofort und ohne Aufschub eine Volksabstimmung über unseren Zusammenschluß. Die Badener mögen dann entscheiden, ob und in welchem Umfange sie bei uns bleiben oder zu uns kommen wollen.

I 8.1.A. Lh

Mannheim, den 6. April 1950

Herr Dr. O n c k e n teilt telefonisch mit, dass die Südweststaatversammlung nun endgültig auf den 21.4.50 festgelegt ist. Auch Herr Minister Veit wird sprechen.

Römer

K. g.

Lh.

Städt. Pressestelle

Neue Zeitung vom 17. März 1950-Nr.65

Die europäische Bedeutung der Südweststaatfrage

Aus dem regionalen Problem ist ein internationales geworden / Von H. K. F. Mayer

Heidelberg, 16. März (NZ). — Wieder ist von der Möglichkeit einer — wenn auch nur informatorischen — Volksabstimmung über die Frage „Wiederherstellung der alten Länder Württemberg und Baden oder Südweststaat?" die Rede.

Das Ergebnis einer eventuellen Abstimmung erscheint nach wie vor ungewiß. Wohl haben die Altbadener offenbar auch in Nordbaden Boden gewonnen, ob dieser Erfolg ihnen aber in diesem Landesbezirk eine klare Ueberlegenheit geben würde, ist fraglich. Die Einstellungen der politischen Parteien haben sich im allgemeinen und von „Ausbrechern" abgesehen, nicht geändert und sind in Nordbaden mehr oder weniger modifiziert für den Südweststaat.

Das Interesse der Bevölkerung an dem Problem hat eher ab- als zugenommen und das trotz oder vielleicht gerade wegen der vielen Verhandlungen, die sich über viele Monate hinzogen, der wiederholten Beschlüsse, der Stellungnahmen und Gegenstellungnahmen, der Taktiken und Gegentaktiken der verschiedenen Länder, Parteien, Interessenten und Interessengruppen. Der Erfolg der Altbadener ist zum Teil sicherlich darauf zurückzuführen, daß sie unter sich einiger und daher in ihrer Werbung stoßkräftiger sind als die Südweststaatanhänger.

Große Zusammenhänge

Das ganze Problem ist von einer verwirrenden Komplexität. Eindeutig ist wohl nur, daß die Mehrzahl der deutschen Politiker im Südwesten Deutschlands das dauernde Bestehen der 1945 von den Besatzungsarmeen gezogenen Grenze, die zur Bildung der drei inzwischen mit Verfassungen versehenen südwestdeutschen Länder geführt hat, nicht für wünschenswert ansieht. Es handelt sich, das stellt sich bei näherem Zusehen heraus, bei den gegensätzlichen Bemühungen nicht einfach um „Realpolitik" (der Südweststaatanhänger) gegen „Gefühlspolitik" (der Altbadener) oder um „fortschrittlich" gegen „überaltert". Die Südweststaatfrage steht in größeren Zusammenhängen.

Realpolitik

An der Spitze der nordbadischen Südweststaatanhänger steht ein Industrieller, der parteilose Weinheimer Bundestagsabgeordnete Richard Freudenberg. Aus wirtschaftlichen Ueberlegungen kommt vor allem die Forderung nach dem Zusammenschluß der jetzigen südwestdeutschen Länder zu einem Staat. Nur dieser sei, so sagt man, gestützt auf die sich gegenseitig ergänzende ökonomische Struktur des Gebietes, lebensfähig. Aus der Tatsache der verkehrsmäßigen, wirtschaftlichen und auch stammesmäßigen Verbundenheit des nördlichen Baden mit der ehemals bayerischen Pfalz wird zudem der fordernde Mensch nach einem Anschluß dieses Gebietes an den Südweststaat abgeleitet. Das koinzidiert mit dem Streben der Stadt Mannheim, der zweitgrößten Stadt des deutschen Südwestens übrigens, aus der Randlage im Staate Württemberg-Baden herauszukommen und das Zentrum nicht nur des großen Siedlungs- und Industrieraumes an der Neckarspitze zu sein, sondern auch eines der vier Regierungsbezirke zu werden, in die der mit der Pfalz verbundene Südweststaat nach dem Plan des Professors Metz gegliedert werden soll.

Gegen diese Ueberlegungen steht die Politik der Altbadener, an deren Spitze der ehemalige Gymnasiallehrer, geschätzte Beamte der badischen Unterrichtsverwaltung und jetzige südbadische Staatspräsident Leo Wohleb steht. Die Anhänger des altbadischen Gedankens in Nordbaden, dem Kreuzpunkt der Auseinandersetzung, appellieren nicht nur an das in den annähernd 150 Jahren des Bestehens des Großherzogtums

I d/h.

Vg. Zu meinem #/Bg
als meine letzte
Rede über Südweststaat
enthält.

Vh.

und späteren Landes Baden entstandene Heimatgefühl, das einen nicht zu unterschätzenden politischen Faktor bildet. Sie erinnern auch an oft schwer wegzudiskutierende Tatsachen, durch die sich Nordbadener durch Stuttgart und die Schwaben benachteiligt fühlten. Beide Gruppen, Südweststaatler und Altbadener, empfinden die Zweigleisigkeit von Regierung in Stuttgart und Verwaltung („Semiregierung") in Karlsruhe als hinderlich. Viele Karlsruher sähen selbstverständlich gerne in ihrer Stadt wieder den Sitz der Regierung eines Landes.

Beschränken sich diese Ueberlegungen, Wünsche und Thesen auf Verhältnisse in Südwestdeutschland selbst, so weisen Gespräche in denen gesagt wird, besonders die katholische Bevölkerung Nordbadens (Verhältnis der Konfessionen etwa 50 zu 50) werde für Altbaden stimmen, schon in weitere Räume. Hier handelt es sich, so wird gesagt, um die Frage der Wiedervereinigung der in zwei Länder gespaltenen Erzdiözese Freiburg und um die Herstellung eines vorwiegend katholischen Landes. Politisch bedeutete das in diesem Land ein Uebergewicht gegenüber den Liberalen (Freudenberg hospitiert bekanntlich bei der FDP-Fraktion) und den besonders in Mannheim starken Sozialisten. Die Auseinandersetzung auf diesem Feld, wenn sie als solche auftritt, stellt sich im wesentlichen nicht als Kampf einer Konfession gegen eine andere, sondern als Bemühung um Erreichung einer eindeutig diszipliniert-christlichen Majorität dar. Auch hier sind „realpolitische" Ueberlegungen am Werk.

Der europäische Gesichtspunkt

Eine gewisse Kräfteverschiebung wollen die Südweststaatanhänger im Bund erreichen: Nur der Südwestsaat sei imstande, im deutschen Süden ein Gegengewicht gegen das große Land Bayern zu bieten.

Sich behaupten — und zwar gegen die Politik Frankreichs — zu müssen, dieser Gedanke ist ebenfalls bei der Forderung nach einem Südweststaat, möglichst mit Einschluß des linksrheinischen, an das Saargebiet grenzenden Landesteiles Pfalz von Bedeutung. Besonders nach dem Abschluß der Saarkonventionen haben sich wieder Stimmen gemehrt, die davon sprechen, Frankreichs Politik werde immer noch vom Testament des Kardinals Richelieu geleitet: Die deutschen Länder sollten so klein wie möglich, der Einfluß Frankreichs so groß wie möglich gehalten werden und das linke Rheinufer sei zu beherrschen. Dem setzt zum Beispiel die „Junge Nation" in Heidelberg die Konzeption eines in fünf große Länder gegliederten Westdeutschlands entgegen, in dem alle Gebiete links des Rheins in Ländern rechts des Rheins verankert sind. Damit wäre das Südwestproblem dem Thema „Kampf um den Rhein" wieder recht nahe gerückt. Die historische Reminiszenz „Rheinbund" steigt bei der Vorstellung an ein wiederhergestelltes Baden und ein weiterbestehendes Land Rheinland-Pfalz auf, ohne daß dabei an Separation, eher an das Projekt einer Union Deutschland-Frankreich gedacht würde. Aber damit wäre das regionale ein internationales Problem geworden.

31. März 1950

Herrn
Dr. Oncken
W e i n h e i m

Sehr geehrter Herr Dr. Oncken!

Für die Südweststaatversammlung war der 14. April 1950 in Aussicht genommen. Ich habe nun festgestellt, daß ich am 14./15.4. Sitzungen des Württembergisch-Badischen Städteverbands in Crailsheim wahrnehmen muß. Ich kann diese Sitzungen nicht wieder absagen, da sie schon wiederholt verlegt wurden. Ich könnte also am 14.4. abends nicht zur Verfügung stehen. Ich hoffe nun, daß es Herrn Freudenberg gelingen wird, als Redner für die Versammlung am 14.4. Herrn Prof. Carlo Schmid zu gewinnen. Sollte dies wider Erwarten nicht möglich sein und das Bedürfnis bestehen, auf mich zurückzugreifen, so müßte die Versammlung um 8 Tage verschoben werden.

Ich bitte Sie, Herrn Freudenberg möglichst umgehend zu verständigen.

Mit den besten Grüßen
bin ich Ihr

ab 31.3. Fr

Dr.

20. III.

23. März 1950

Verehrter Herr Oberbürgermeister!

Für die Glückwünsche, die Sie mir zum 80. Geburtstag auch namens der Stadt Mannheim sandten, danke ich aufrichtig. Ich hätte mir nicht träumen lassen, daß ich so viele Beweise der Anerkennung und Freundschaft erhalten würde und mir/.

23.3.50.

langsam bewältige ich den Berg von Briefen.
Aber das bestärkt mich auch, nicht nach-
zulassen in der wissenschaftlichen Auf-
klärung für die Notwendigkeit des Jüd-
ischen Staates – auch wenn ich dafür hier
von den Machthabern nur Undank
und Schimpfworte ernte. Einmal muß
die Vernunft siegen und eine organische
Ordnung des Judenstaates kommen.
In Verehrung Ihr ergebener [illegible]

V o l l m a c h t :

Herr Dr. G u t e r m a n n - der Leiter der Geschäfts - stelle des Verein Kurpfalz - ist berechtigt, aus dem Konto der Vereinigung Südwest einen Betrag

von: DM 100.-- einhundert D-Mark

in Empfang zu nehmen.

(Dr. Heimerich)

An Ref. II
Ein neuer Vorschlag!
Bg. St. 44 8.3.

Abschrift

Dr. Hermann Kessler
Rechtsanwalt u. Notar
Karlsruhe, Stabelstr.10

X./Mü. Karlsruhe,
3n 6. März 1950

1./ Herrn Wilhelm Simpfendörfer
Landesvorsitzender der CDU Nord-
württemberg MdL

S t u t t g a r t - O

Archivstr. 18

2./ Herrn Wirtschaftsminister
Dr. Hermann V e i t , M.d.B.

K a r l s r u h e

Akademiestr.

3/ Herrn Bürgermeister
H e u r i c h , Landesvorsitzen-
der der CDU, Nordbaden, M.d.L.

K a r l s r u h e

Rathaus

4/ Herrn
Dr. Richard Freudenberg, M.d.B.

W e i n h e i m

Sehr geehrte Herren !

In der Anlage übersende ich den Mitgliedern der in Maulbronn gewählten Kommission einen Abdruck des Vorschlages, der als Diskussionsgrundlage für die weiteren Beratungen dienen soll.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

gez. Dr. Kessler
Rechtsanwalt
M.d.L.

Abschrift

Dr. Hermann Joseler
Rechtsanwalt u. Notar
Gerlingerstr. 10

1.) Herrn Wilhelm Simpfendörfer
Landesvorsitzenden der CDU Württemberg-Hohenzollern
Stuttgart-O
Archivstr. 13

2.) Herrn Ministerpräsident
Dr. Hermann Veit, M.d.L.
Stuttgart
Rathaus

3.) Herrn Bürgermeister
Regierungsrat, Landesvorsitzender der CDU, Bondorf, Kr. ...

4.) Herrn
Dr. Richard Freudenberg, M.d.L.
Weinheim

Sehr geehrte Herren !

In der Anlage übersende ich den Mitgliedern der Ja-Mehrheit zonalen Resolution einen Abdruck der Vorschläge, der als Diskussionsgrundlage für die weiteren Beratungen dienen soll.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

gez. Dr. Joseler
Rechtsanwalt

1 Anl.

Abschrift

Vorschlag:

Es wird nur eine Frage gestellt und zwar die in den Freudenstädter Beschlüssen formulierte erste Frage.

Zwischen den Ländern wird folgendes vereinbart:

1./ Wird die Frage in allen 3 Ländern bejaht, ist der Südweststaat hergestellt.

2./ Wird die Frage in einem der 3 Länder verneint, sind die Verhandlungen über die Neugliederung des Gesamtraumes von den zuständigen Instanzen (Regierungen und Landtagen) unter Berücksichtigung des in den einzelnen Landesteilen zum Ausdruck gekommenen Volkswillens fortzusetzen.

3./ Sind diese Verhandlungen nicht innerhalb 4 Wochen nach der Volksabstimmung erfolgreich beendet, ist die Angelegenheit aufgrund der durchgeführten Volksabstimmung dem Bund zur Behandlung nach Artikel 118 der Bundesverfassung vorzulegen.

Abschrift

Dr. Hermann Kessler
Rechtsanwalt u. Notar
Karlsruhe, Stabelstr.10

K./Mü. Karlsruhe,
3n 6. März 1950

1./ Herrn Wilhelm Simpfendörfer
Landesvorsitzender der CDU Nord-
b württemberg MdL

S t u t t g a r t - O

Archivstr. 18

2./ Herrn Wirtschaftsminister
Dr. Hermann V e i t h M.d.B.

K a r l s r u h e

Akademiestr.

3/ Herrn Bürgermeister
H e u r i c h , Landesvorsitzen-
der der CDU, Nordbaden, M.d.L.

K a r l s r u h e

Rathaus

4/ Herrn
Dr. Richard Freudenberg, M.d.B.

W e i n h e i m

Sehr geehrte Herren !

In der Anlage übersende ich den Mitgliedern der in Maulbronn gewählten Kommission einen Abdruck des Vorschlages, der als Diskussionsgrundlage für die weiteren Beratungen dienen soll.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

gez. Dr. Kessler
Rechtsanwalt
M.d.L.

Abschrift

Vorschlag:

Es wird nur eine Frage gestellt und zwar die in den Freudenstädter Beschlüssen formulierte erste Frage.

Zwischen den Ländern wird folgendes vereinbart:

1./ Wird die Frage in allen 3 Ländern bejaht, ist der Südweststaat hergestellt.

2./ Wird die Frage in einem der 3 Länder verneint, sind die Verhandlungen über die Neugliederung des Gesamtraumes von den zuständigen Instanzen (Regierungen und Landtagen) unter Berücksichtigung des in den einzelnen Landesteilen zum Ausdruck gekommenen Volkswillens fortzusetzen.

3./ Sind diese Verhandlungen nicht innerhalb 4 Wochen nach der Volksabstimmung erfolgreich beendet, ist die Angelegenheit aufgrund der durchgeführten Volksabstimmung dem Bund zur Behandlung nach Artikel 118 der Bundesverfassung vorzulegen.

Vereinigung Südwest
für Nordbaden
Geschäftsführung.

Weinheim, den 3.Februar 1950/Ha.
Weststr.2

7. Feb. 1950

B zu m. Akt.
7.2.
Uh.

Rundbrief.

Der Vorsitzende der Vereinigung Südwest für Nordbaden, Richard Freudenberg, hat sich in einer Presseerklärung vom 24.Januar 1950 dafür ausgesprochen, daß sich Anhänger und Gegner des Südweststaates in dem einen Ziel einig sein sollten, die im Grundgesetz festgelegten deutschen Rechte zu wahren und die Südweststaatfrage solange zurückzustellen, bis die Gültigkeit der Artikel 29 und 118 des Grundgesetzes geklärt sei; keine der beiden Parteien vergebe sich etwas mit einer derartigen Haltung.

Diese Aufforderung, die in der Presse vielfach als Wunsch nach einem Burgfrieden ausgelegt wurde, hat in einzelnen Fällen den irrtümlichen Eindruck hinterlassen, als werde seitens der Südweststaatfreunde in Baden das Ziel des Zusammenschlusses von Württemberg und Baden nicht mehr mit der gleichen Energie verfolgt. Hierzu muß festgestellt werden : Die Vereinigung Südwest wird es nach wie vor begrüßen, wenn die Auseinandersetzungen über den Südweststaat in einer sachlichen Weise geführt werden. Sie vertritt diese Ansicht gerade deshalb, weil sie sich der Gefahr, die eine Verschärfung der Diskussion für den politischen Frieden bedeuten kann, voll bewußt ist. Das bedeutet nicht, daß von Seiten der Vereinigung Südwest ruhig hingenommen wird, wenn altbadische Kreise die gegenwärtige Ruhe dazu ausnutzen, um verschärft den Kampf fortzusetzen.

Die Freunde der Vereinigung Südwest werden deshalb gebeten, der Geschäftsstelle alle Fälle mitzuteilen, in denen eine unfaire Ausnutzung des Burgfriedens vorliegt. Insbesondere legt die Vereinigung Südwest Wert auf Unterrichtung über die Presse- und Versammlungstätigkeit der Altbadener.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Oncken

(Dr.Oncken).

Herrn
Bundestagsabgeordneten
Richard Freudenberg
W e i n h e i m

1. Februar 1950

Lieber Herr Freudenberg!

Wir erleben in der Südweststaatfrage jeden Tag neue Überraschungen. Gestern hat sich das SPD-Mitglied Herr Schück den Alt-Badenern angeschlossen und heute ist es Herr Landrat Gaa. Wie ich Ihnen vertraulich mitteilen möchte, spielt Herr Schück eine eigenartige Rolle und wird nicht überall (auch nicht bei der SPD) ernst genommen. Die Verhältnisse in der SPD in Heidelberg liegen sehr eigenartig. Nur deswegen war es wohl möglich, daß Herr Schück noch zum Stadtrat gewählt werden konnte. Er gilt als außerordentlich eitel.

Ich will die Sache mit dem hiesigen SPD-Vorsitzenden Herrn Trumpfheller besprechen und sehen, was sich in den Angelegenheit Schück tun lässt.

Wesentlich mehr Sorge macht mir die Haltung des Herrn Landrat Gaa.

Mit den besten Grüßen
bin ich Ihr

Hh.

RICHARD FREUDENBERG

Weinheim i. B., den 30.Januar 1950 /Ha.

= 1. Feb. 1950

Herrn
Oberbürgermeister Heimerich

M a n n h e i m

Lieber Herr Heimerich !

Jch lese gerade eben im Mannheimer Morgen, daß das Heidelberger SPD-Mitglied Schück, Direktor der Lehrerbildungsanstalt, die Führung der Kreisgruppe für die Altbadener übernommen hat. Könnten Sie mir kurz Auskunft geben, was das für ein Mann ist. Es müßte eigentlich Mittel und Wege geben, um ihn zur Ordnung zu pfeifen.

Bestens grüßend

Jhr

Richard Freudenberg

27 Jan. 1950

Vereinigung Südwest
für Nordbaden
Pressestelle

Weinheim, den 24.Januar 1950 /Ha.
Weststr.2

B zum TRL

Der Bundestagsabgeordnete Richard Freudenberg übergibt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigung Südwest der Presse die folgende Erklärung :

Durch den Einspruch des französischen Hohen Kommissars, daß die Südweststaatfrage im Rahmen der Artikel 29 und 118 des Grundgesetzes vor Friedensschluß nicht als rein deutsche Angelegenheit gelöst werden kann, ist die Südweststaatfrage bedauerlicherweise in das Rampenlicht der großen Politik gerückt worden. Auch die anderen Hohen Kommissare sind jetzt gezwungen, sich mit dieser Frage zu befassen.

Jch kann mir in dieser Lage nur denken, daß sich Anhänger und Gegner des Südweststaates in dem einen Ziel einig sind, die im Grundgesetz und dem Genehmigungsschreiben der Militär-Gouverneure vom 12.Mai 1949 festgelegten deutschen Rechte zu wahren. Jch stehe auf dem Standpunkt, daß, solange diese Frage nicht gelöst ist, die innerdeutsche Auseinandersetzung über die Bildung des Südweststaates zurückgestellt wird. Keine der beiden Parteien vergibt sich etwas mit einer derartigen Haltung. Niemand wird, solange es um die Klärung deutscher Rechte den Besatzungsmächten gegenüber geht, ein Schweigen dahin auslegen, daß Südweststaat-Gegner oder Südweststaat-Anhänger in ihrer Zielsetzung schwankend geworden sind.

Ich bin überzeugt, daß die Bundesregierung alles tun wird, um die Gültigkeit der Artikel 29 und 118 des Grundgesetzes auf das rascheste zu klären. Sie ist dazu gezwungen, weil gerade die Gültigkeit des Artikels 29 an enge Zeitgrenzen gebunden ist. Die Bundesregierung muß auch deswegen handeln, weil es im Unterschied zu Württemberg/Baden die Etat-Lage von Südwürttemberg und Südbaden nicht mehr verträgt, daß die Regelung der südwestdeutschen Ländergrenzen auf die lange Bank geschoben wird.

Mannheim, den 21.1.1950

Südweststaat

betr.

Anlässlich der Einweihungsfeier der neuen ESSO-Tankstelle am Luisenring in Mannheim habe ich heute morgen zufällig den Oberbürgermeister von Offenburg gesprochen. Ich habe mich mit ihm kurz über die Südweststaatfrage unterhalten und habe seinen Ausführungen entnommen, daß er xxx dem von Herrn Wohleb in Freiburg geführten Regierungskurs ganz abgeneigt ist und durchaus die Meinung vertritt, daß der Südweststaat ins Leben gerufen werden sollte. Er meinte, daß diese Auffassung in der Offenburger Gegend weitgehend geteilt würde. Der Oberbürgermeister gehört der CDU an.

2.) Abschrift an die Herren

Dr. Gutermann, Mannheim

Dr. Oncken, Weinheim

Mannheim, den 1o. Januar 195o

Herr Oberbürgermeister

Herr Richard Freudenberg hat heute gegen 12 Uhr angerufen und lässt sagen, daß er morgen mit Ministerpräsident Reinhold Meyer verabredet sei, daß er wegen einer Besprechung Ende der Woche nochmals anrufen werde und daß er für den gestrigen Brief einstweilen bestens danke.

9. Januar 1950

1.) Herrn Bundestagsabgeordneten Richard Freudenberg, Weinheim

Sehr verehrter Herr Freudenberg!

Ich glaube, daß es notwendig ist, zu der neuen Situation in der Südweststaatfrage Stellung zu nehmen. Durch die Erklärung des Hohen französischen Kommissars und der Anschlußerklärung der Hohen amerikanischen Kommission ist die Südweststaatfrage bis nach dem Abschluß des Friedensvertrages auf Eis gelegt. Wann der Friedensvertrag zustandekommt, steht völlig dahin. Es hängt dies m.E. von der Art der Lösung des Ost-Westkonfliktes ab. Vielleicht müssen wir sogar wünschen, daß der gegenwärtige Schwebezustand noch andauert, bis eine klarere Sicht besteht. Ich kann jedenfalls Ihre Zuversicht, daß die Entscheidung über den Südweststaat noch in diesem Jahre erfolgt, nicht recht teilen; nach einer in der heutigen Ausgabe der Rhein-Neckar-Zeitung enthaltenen Notiz sollen Sie am Freitag abend in Schwetzingen dieser Zuversicht Ausdruck gegeben haben.

In Mannheimer Morgen von 9.1.1950 heisst es, daß Wohleb weitermachen will. Wohleb soll sich am Samstag vor Freiburger Pressevertretern dafür eingesetzt haben, daß die Verhandlungen über eine Vereinbarung zwischen den drei südwestdeutschen Ländern auch nach der amerikanischen Erklärung fortgesetzt werden sollen, damit die Ländergrenzenfrage nach Abschluß des Friedensvertrages eine rasche Regelung erfahren könne. Für die Prüfung der Frage einer engeren Zusammenarbeit zwischen Württemberg-und Baden sei allerdings die vorherige Wiedervereinigung der alten Länder Württemberg und Baden Voraussetzung.

Man weiss nie ganz, ob solche Pressoberichte der Wahrheit entsprechen, aber es ist schon möglich, daß Wohleb, Bürcher, Dr. Herber und andere Herren ihr die ganzen südwestdeutschen Länder beunruhigendes Treiben fortsetzen wollen. Ich glaube, daß man dazu nicht schweigen kann.

Darum halte ich es für notwendig, nach zwei Richtungen hin vorzugehen:

a) Man wird mit aller Klarheit feststellen müssen, warum es soweit gekommen ist, daß die Alliierten entgegen der klaren Verfassungsbestimmung sich für die Verschiebung der Lösung der Südweststaatfrage entschieden haben. Das wäre niemals geschehen, wenn in den Ländern Württemberg-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Baden eine einheitliche Haltung zutagegetreten wäre, und wenn Herr Wohleb nicht diesen ganz unwürdigen und unzweckmäßigen Streit entfesselt hätte. Ich weiß nicht, ob man Herrn Wohleb nachweisen kann, daß er in einem stillen Einvernehmen mit den Franzosen gehandelt hat, aber auf jeden Fall steht doch fest, daß er durch seine Politik die französische Politik, die am Rhein so oft schon eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, ganz wesentlich gefördert hat. Das müßte man jetzt auch Herrn Wohleb ganz deutlich ins Stammbuch schreiben, indem man seine Verantwortlichkeit für diese Entwicklung klar herausstellt.

b) Die in vielfacher Beziehung so lähmende Unruhe in südwestdeutschen Raum hinsichtlich der Südweststaatfrage müßte durch eine feste und klare Haltung möglichst weitgehend beseitigt werden. Dazu gehört u.E. die Vollendung der staatlichen Vereinigung zwischen Nordwürttemberg und Nordbaden. Das Zusammenschmelzen dieser Landesteile müßte man mit allen Mitteln fördern. Dies bedingt die Aufhebung des Landesbezirks Baden in seiner jetzigen Form. Das Fortbestehen einer detachierten Regierung in Karlsruhe halte ich für untragbar. Die Zuständigkeiten der Ministerien in Stuttgart müssen für das ganze Land Württemberg-Baden bestehen, und diese Ministerien müssen mit badischen Beamten entsprechend durchsetzt werden. Ich glaube,

man müßte jeden Einfluß ausüben, um diese völlige Verschmelzung zwischen Nordwürttemberg und Nordbaden jetzt herbeizuführen und dadurch auch eine vollendete Tatsache zu schaffen, mit der sich Herr Wohleb wird abfinden müssen. Auch hinsichtlich der Stadt Karlsruhe wird ein endgültiger Zustand dadurch geschaffen werden müssen, daß man eben gewisse Behörden nach Karlsruhe legt und damit den Karlsruhern entgegenkommt.

Ich meine, sehr verehrter Herr Freudenberg, daß wir diese Dinge in allernächster Zeit im Vorstand der Vereinigung Südwest erörtern und entsprechende Beschlüsse bzw. Aktionen herbeiführen müssen. Ich hatte zuerst daran gedacht, im Hannheimer Stadtrat eine für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärung abzugeben. Bei einem gestrigen Gespräch mit Herrn Haidek waren wir aber beide der Meinung, daß das Podium breiter sein müsse. Man könnte daran denken, ähnlich wie die Arbeitsgemeinschaft der Badener es getan hat, eine allgemeine Kundgebung zu veranstalten. Es ist doch mehr als kühn, daß Herr Oberlandesgerichtspräsident Dr. Fürcher auf der Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft der Badener erklärt hat, diese Versammlung sei die Repräsentanz des gesamten badischen Volkes, die zu einer Art "illegaler Nationalversammlung" werden müsse. Wir müssen dann dieser "illegalen Nationalversammlung" eine andere Nationalversammlung in Nordbaden gegenüberstellen.

Ich habe gestern abend mit Herrn Professor Walter auch noch folgendes erörtert: Man sollte zwei Schriften herausgeben. In der einen sollte man klarstellen, wie das Land Baden in der Geschichte überhaupt zustande gekommen ist, und damit den unwahren historischen Argumenten des Herrn Wohleb und seiner Leute begegnen. In der zweiten Schrift sollte dann der Ablauf der Südweststaatverhandlungen und ihr unrühmliches Ende dargestellt werden. Während zur Abfassung der ersten Schrift Herr Professor Walter bereit wäre, könnte die zweite Schrift vielleicht von Herrn Oncken verfasst werden. Professor

Rechenberg würde sicher dabei mit Material zur Verfügung stehen.

Eine Abschrift dieses Briefes sende ich Herrn Dr. Waldeck und Herrn Professor Walter.

Mit den besten Grüßen
verbleibe ich Ihr

2.) Abschrift hiervon
Herrn Rechtsanwalt Dr. Florian Waldeck, Heidelberg, Werderplatz 5
Herrn Professor Friedrich Walter, Heidelberg, Mozartstr. 14

ab 9.1.50 Kl

3.) Z.d.A.

Obgmstr. 44.

E 7. Jan. 1950

Vereinigung Südwest für Nordbaden
Pressestelle

Weinheim, den 5.1.1950 /Hä.
Weststr.2

Herrn
Oberbürgermeister Heimerich

Mannheim

Ak / Gemmer

45

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Kürzlich veröffentliche Pressemeldungen haben den Eindruck hinterlassen, als ob der Vorsitzende der nordbadischen CDU Heurich für die Restaurierung Badens eintrete. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß sich Heurich im Stuttgarter Landtag am 10.3.1949 als entschlossener Verfechter des Südweststaatgedankens bekannt hat. In der Anlage wird der Text der damaligen Rede Heurich's beigelegt.

Hochachtungsvoll

Dr. Onoken

(Dr. Onoken)

Anlage

Rede Heurichs in der Landtagssitzung am 10.3.1949.

Meine Damen und Herren !

Die historischen Betrachtungen, die uns der Herr Ministerpräsident soeben gegeben hat und die angefügten nationalen und völkischen Bewegungen, die Wertschätzungen der beiden Gebiete des Südweststaates Süd-Württemberg und Süd-Baden finden unsere volle Zustimmung. Jch erkenne an, daß der südwestdeutsche Raum als erster dazu berufen ist, im Sinne einer deutschen gesamteuropäischen Entwicklung neu gegliedert zu werden.

Der Südweststaat, sagte mit Recht der Herr Ministerpräsident, ist auch eine deutsche Frage. Jch füge hinzu, daß wir nicht nur Württemberger und Badener sein dürfen, sondern daß wir auch deutsche Patrioten sein müssen. (Beifall und sehr richtig). Auf der süddeutschen Länderkonferenz in Hohen-Neuffen am 2.August 1948 habe ich in einer längeren Rede, die ich hier im hohen Hause als bekannt voraussetzen darf, im Auftreg des Herrn Ministerpräsidenten zu der Anschlußfrage im südwestdeutschen Raum Stellung genommen und die zu erfüllenden Voraussetzungen für den Anschluß herausgestellt und ein Staatsvertrag gefordert. Darüber haben ja auch Verhandlungen stattgefunden, und zwar zweimal in Karlsruhe und im weiteren Gefolge in Bühl und Bebehausen unter der Leitung des Herrn Ministers Dr. Köhler. Bei diesen Verhandlungen sind fast alle von mir in Hohen-Neuffen geforderten Sicherungen angesprochen und zum größten Teil akzeptiert worden. Warum und wie die Verhandlungen gescheitert sind, darüber ist bis jetzt etwas Bestimmtes in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden.

Auch in der heutigen Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten ist man nicht darauf eingegangen. Jch möchte die Frage nur anschneiden, um damit zu zeigen, daß Fehlkonstruktionen bei den Verhandlungen sich eingeschlichen haben müssen. Jch wäre dankbar, darüber von dem Herrn Ministerpräsidenten mehr zu hören.

Die Entschließung des dritten Parteitages der CDU am 12. und 13. Juni in Bretten lautet :

> "Wiedervereinigung von Südbaden und Südwürttemberg mit den beiden Nordteilen und Volksabstimmung über die Bildung eines gemeinsamen Südweststaates."

Meine Damen und Herren ! In dieser kurzen zusammengefaßten Erklärung ist die Stellung der nordbadischen CDU klargestellt. Der Parteitag hat diese Entschließung nahezu einstimmig angenommen. Der genannte Parteitag bekannte sich also mit diesem Beschluß zum südwestdeutschen Staat. An diesem Beschluß hat die verantwortliche Leitung der CDU trotz allem Gegengeschwätz der Lizenzpresse bis heute festgehalten und nichts geändert (Bravo).

Eine Konferenz des Landesvorstandes, der Kreisvorsitzenden und der bad.Abgeordneten bekannte sich erneut in den letzten Tagen zu diesem Beschluß. (Möller : Bravo). Jch habe keinen Grund, daran zu zweifeln, daß der vierte Parteitag der CDU Nordbaden, der auf den 2. und 3. April 1949 einberufen ist, diese Stellungnahme erneut bestätigen wird.

Die Nordbadische CDU und die Fraktion der CDU bitten den Herrn Ministerpräsidenten, ungesäumt die Verhandlungen über einen Staatsvertrag wieder aufzunehmen ! Weiter erwarten wir vom Herrn Ministerpräsidenten, daß er aus staatspolitischen und allgemeinen Gründen dem von uns schriftlich und mündlich geäußerten Wunsch Rechnung trägt und damit einen staatspolitischen Akt vollzieht, der die Zustimmung der Anschlußfreunde in Südbaden und in Nordbaden im Kampfe für die Abstimmung stärken wird. Jch habe in Hohen-Neuffen erklärt, aus der geschichtlichen Entwicklung heraus, daß ich - und ich glaube auch der größte Teil meiner politischen Freunde aus Nordbaden - diesen südwestdeutschen Staat, aus wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökonomischen Gründen bejahe. An dieser Stellungnahme wird wohl nichts geändert werden. Nun müssen, und hier wende ich mich noch einmal an den Herrn Ministerpräsidenten, die Voraussetzungen geschaffen werden, die den Kampf für die Abstimmung günstig gestalten. Jch bitte, das Nötige aus allgemeinen staatspolitischen Gründen zu vollziehen.

Basler Nachrichten vom 5.Januar 1950

Baden oder Südweststaat?

Der Kampf unserer badischen Nachbarn um die Wiederherstellung der Einheit in den alten Grenzen von 1945 und um die Erhaltung der historisch gewachsenen Eigenständigkeit und Individualität in der deutschen Bundesrepublik begegnet ausserhalb Badens in deutschen Kreisen nicht überall einem abweisenden oder feindseligen Echo, wie etwa bei den Neo-Zentralisten in Stuttgart oder Frankfurt. Man sollte zwar meinen, dass im deutschen Süden überall Verständnis für echt demokratisch-föderalistische Regungen vorhanden sein sollte. Dagegen wittern die Bayern offenbar instinktiv, dass hier, in der Kontroverse zwischen der von Stuttgart getragenen Konstruktion eines «Südweststaates», die, wie ja gerade die Widerstände bei unseren demokratischen Nachbarn Badens zeigen, als eine künstliche und das regionale Eigendasein bedrohende Lösung empfunden wird, und der Wiedervereinigung des von den f r e m d e n Besetzungsmächten vor fünf Jahren willkürlich zerschnittenen Landes Baden, eine vielleicht entscheidende Runde im Kampf zwischen Föderalismus und Zentralismus überhaupt ausgetragen wird. Unter dem Titel «Um das badische ‚Musterländle'» unterzieht der bayerische Bundestagsabgeordnete Herman A u e r in der «B a y e r i s c h e n L a n d e s z e i t u n g», dem Organ der streng föderalistischen Bayernpartei das Thema Baden und Südweststaat einer sachlichen Prüfung in einem den Standpunkt der Wiederherstellung eines einheitlichen Landes Baden befürwortenden Sinne.

Er führt dabei u. a. aus: «Die Frage einer Neugliederung des Bundesgebietes ist keineswegs ein Gedanke, der erst durch ein Dokument der Militärgouverneure an die Ministerpräsidenten der Westzone Gestalt gewonnen hat; sie war bereits in der Weimarer Verfassung vorgesehen, hat aber auch im Bonner Grundgesetz Aufnahme gefunden. Im Gegensatz zu damals ist aber in jedem Falle eine Volksabstimmung erforderlich. Da die Gebietshoheit primär bei den Ländern liegt und jeder Eingriff darin durch den Bund eine Durchbrechung dieses verfassungsmässigen Prinzips bedeutet, ist daher Ausgangspunkt für eine Neugliederung des südwestdeutschen Raumes eine Vereinbarung zwischen den drei Ländern Südbaden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern über die dem Volke vorzulegenden Fragen. Die badische Landesregierung hat hierfür die Alternativfrage: Entscheidung für die beiden früheren Staaten Baden und Württemberg oder für einen Südweststaat vorgeschlagen. Die württembergisch - badische Landesregierung hat diesen Vorschlag abgelehnt und stattdessen eine zeitlich getrennte Abstimmung zuerst über die Lösung Südweststaat und dann über die andere Lösung: frühere Gesamtstaaten vorgeschlagen.

Dieser Gegensatz spiegelt deutlich die verschiedenartige Auffassung wider, die in den Ländern Baden einerseits und Württemberg andrerseits über die anzustrebende Lösung vorherrscht. Die Verfechter des Gedankens eines neuzubildenden Südweststaates führen im wesentlichen rein wirtschaftliche Argumente ins Feld, denen zufolge die Eingliederung in den Südweststaat dem angeblich wirtschaftlich schwächeren Lande Badens lediglich Vorteile eintragen würde. Nun übersieht diese Argumentierung, dass die Grundlage für den Neuaufbau der deutschen Länder die von General Marshall am 24. März 1947 auf der Moskauer Konferenz abgegebene Erklärung ist: ‚Bei der endgültigen Festlegung der Länder sollen historische, wirtschaftliche und kulturelle Gesichtspunkte berücksichtigt werden'. Und das eingangs rwähnte Dokument der Militärgouverneure ergänzt: ‚Solche Aenderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen.'

Das badische Volk, das nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches durch einseitigen Beschluss der Siegermächte aus rein militärverwaltungsmässigen Erwägungen heraus in zwei administrativ voneinander unabhängige Teile aufgespalten worden ist, erstrebt in seiner überwältigenden Mehrheit die Wiederherstellung Badens, weil damit seinen Interessen am besten gedient wäre, ohne Gefährdung der gesamtdeutschen Belange. Dieses Streben nach Wiedergewinnung seiner Eigenstaatlichkeit stützt sich nicht allein auf ökonomische Ueberlegungen, es ist vielmehr ebenso traditionell bedingt.

Die von württembergischer Seite vertretene Auffassung, dass Württemberg-Baden eine historische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit sei, geht an der Tatsache vorbei, dass beide Länder seit Jahrhunderten ein voneinander unabhängiges Sonderdasein geführt haben und seit dem Ende des Hohenstaufenreiches voneinander getrennt ihre eigenen Wege gegangen sind. Demgegenüber ist es unerheblich, dass das Staatsgebilde Baden seine endgültige Formung erst im napoleonischen Zeitalter erhalten hat, der 1771 die Vereinigung der beiden Markgrafschaften Baden-Baden und Baden-Durlach vorausgegangen war. Schliesslich gilt das gleiche ja auch für die übrigen süddeutschen Länder.

Unter der zielbewussten und klugen Herrschaft Karl Friedrichs entwickelte sich das neue Staatswesen in überraschend kurzer Zeit zu einem immerhin bedeutenden, innerlich gefestigten Staat mit einem geradezu vorbildlichen Beamtenapparat. Bereits 1818 gab sich Baden als eines der ersten Länder des Deutschen Bundes eine landständische Verfassung, die dem Lande eine konstitutionelle Monarchie brachte. Zwar dauerte es Jahrzehnte, bis die neue grossherzogliche Verwaltungsorganisation überall das althergebrachte, reichsfürstliche, grundherrliche oder reichsstädtische Regiment ersetzte, aber behutsames Vorgehen erreichte schliesslich das gesteckte Ziel einer vollen Einheitlichkeit in der Verwaltung. So konnte es nicht ausbleiben, dass die kluge und massvolle Regierungskunst des Grossherzogs Karl Friedrich das neue badische Staatswesen in sich zusammenfügte und festigte und in der Bevölkerung ein eigenes Staatsbewusstsein erweckte und förderte, zu dem sich die Badener mit Stolz bekannten. Hand in Hand mit der Neuorganisation von Verwaltung und Rechtspflege ging eine bewusste Pflege des kulturellen Lebens und der kulturellen Einrichtungen, die in bemerkenwertem Masse eine sowohl geographisch wie geschichtlich begründete Mannigfaltigkeit aufweisen. Die Erkenntnis der landschafts- und volkstumsbedingten Verschiedenheiten des alemannischen Südens und des fränkischen Nordens hat die Verschmelzungsbemühungen vor Gleichmacherei bewahrt. So entstand das badische ‚Musterländle'.

Es würde den Rahmen dieser Betrachtung überschreiten, sollte hier eine eingehende Darstellung der wirtschaftlichen Struktur und Bedeutung Badens gegeben werden. Es darf vielleicht der Hinweis genügen, dass eine hochentwickelte chemische Industrie, Aluminium-, Textil- und Metallindustrie, zu denen noch holzverarbeitende, feinmechanische und die Uhrenindustrie neben anderen Industriezweigen treten, Baden zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor machen. Eine Ergänzung der badischen Industrie durch diejenige Württembergs ist nur bedingt möglich, da beide Länder unter dem gleichen Mangel an Roh- und Hilfsstoffen leiden. Erwähnt sei noch der übergrosse Reichtum an Wasserkräften, der die Energieversorgung des Landes mehr als sicherstellt, die mustergültigen Verkehrsverhältnisse, die durch den Rhein und ein ausserordentlich entwickeltes Eisenbahn- und Strassensystem bestimmt werden.

Die wirtschaftliche Kraft eines Landes kann am besten an Hand seiner tatsächlichen Steuerleistungen beurteilt werden. Blieb das Steueraufkommen Badens je Kopf der Bevölkerung bis zum Kriege, wenn auch nur geringfügig, hinter demjenigen Württembergs zurück, so hat sich das Verhältnis nach dem Krieg, insbesondere nach der Währungsumstellung, zugunsten Badens umgekehrt. Freilich ist trotz der Ueberschüsse des ordentlichen Haushalts das Land heute in stets wachsende finanzielle Schwierigkeiten geraten, die im wesentlichen durch die ungeheuren Kriegsfolgelasten bedingt sind. Diese Kosten betragen für das Jahr 1949 je Kopf der Bevölkerung 140 DM gegen nur 85 DM in der Bizone. Doch steht zu erwarten, dass die Uebernahme der Kriegsfolgelasten durch den Bund, wie im Bonner Grundgesetz vorgesehen, eine fühlbare Entlastung bringen werden.

Unter all diesen Gesichtspunkten betrachtet ist Baden ein durchaus leistungsfähiges und lebensfähiges Staatsgebilde. So ist es auch verständlich, dass Volk und Regierung Badens zäh um die Erhaltung bzw. Wiederherstellung seiner Eigenstaatlichkeit kämpfen! Gerade Bayern als kompromissloser Verfechter des föderalistischen Gedankens verfolgt und unterstützt diesen Kampf mit grösstem Verständnis und wärmster Sympathie.»